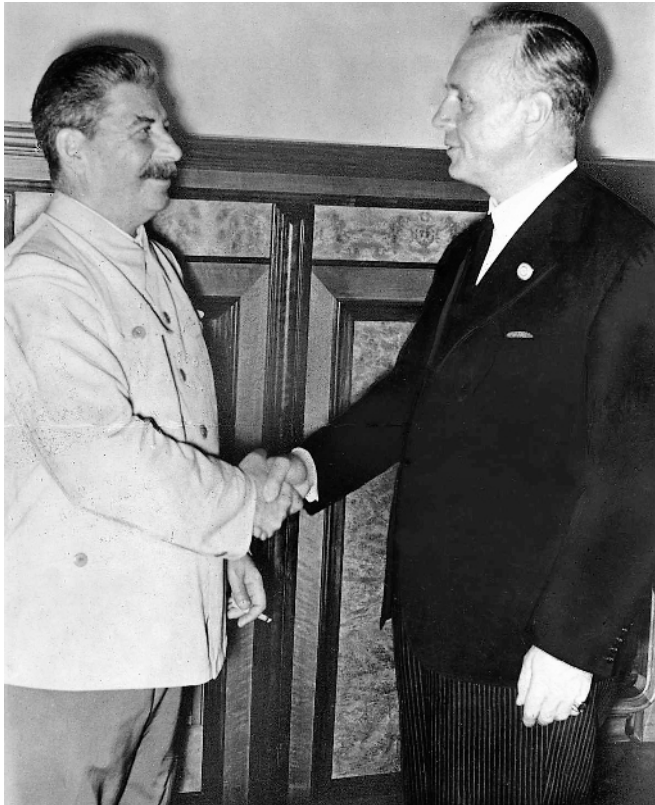


Rainer Roth

# Sowjetunion – Schuld am Weltkrieg?



**Geschichtsfälschungen der Europäischen Union  
als Mittel der Kriegsvorbereitung**

Impressum:

2. Auflage, Mai 2026

Autor: Rainer Roth

Layout/Satz: Reinhard Frankl

Herausgeber: KLARtext-Blog [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

Bestellung über [info@klartext-info.de](mailto:info@klartext-info.de)

Druck: Druckerei Reichert, Großostheim

Titelbild:

Stalin und Ribbentrop in Moskau. Bundesarchiv, Bild 183-H27337 /

CC BY-SA 3.0 de

# Vorwort

Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, desto mehr stellen Medien, Politiker und Wissenschaftler Vergleiche mit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg an. Man müsse die richtigen Lehren aus der Geschichte ziehen. Niemals wieder dürfe man gegenüber einem Aggressor Kompromisse schließen, mit denen territoriale Annexionen anerkannt würden.

Genau das taten England und Frankreich aber Ende 1938 mit dem Münchener Abkommen gegenüber der Tschechoslowakei. Heute wird es verurteilt, Abtretungen ukrainischen Territoriums anzuerkennen. Man dürfe den Münchener Pakt mit Hitler nicht wiederholen und sich zum Helfer des Aggressors Putin machen.

Wenn aber Putin tatsächlich mit Hitler gleichzusetzen wäre, müsste er – wie schon der „alte Adolf“ – unbedingt militärisch besiegt werden. Russland und seine Truppen müssten vollständig aus der Krim und dem Donbass vertrieben werden.

Doch wer soll dieses ehrgeizige Ziel umsetzen? In der ersten Zeit nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 trugen die USA die Hauptkosten. Sie haben jedoch unter Trump beschlossen, sich aus der Finanzierung zurückzuziehen, weil sie China als Hauptgegner betrachten. „*Ich brauche kein internationales Recht*“, sagte Trump in einem Interview der „New York Times“. Auf die Frage, welche Einschränkungen es für ihn dabei gebe, erwiderte er: „*Mein eigener Sinn für Moral. Mein eigener Verstand. Das ist das Einzige, was mich stoppen kann.*“<sup>1</sup> Trump erklärt sich zum alleinigen Führer, der über dem Parlament und seinen Gesetzen und über der Justiz und als Oberbefehlshaber der US-Army auch über dem Völkerrecht steht.

Die USA haben die Hauptverantwortung für den Sieg im Krieg mit Russland der EU und Deutschland übertragen. Deutschland folgt seinem Imperator und begrüßt unmissverständlich, den Krieg als Führungsmacht weiterführen zu können. Der Krieg wird noch viele Jahre dauern müssen, wenn die vollständige Vertreibung Russlands aus der Ukraine erreicht werden soll oder sogar die bedingungslose Kapitulation Russlands (vgl. 6.2.1).

---

1 FAZ vom 10.2.2026

Die Abschaffung der Schuldenbremse zum Zweck der entsprechenden Hochrüstung ist beschlossen. Sie kann also 500 Milliarden Euro unbegrenzt übersteigen. Weitere 500 Milliarden Kredite, getarnt als Sondervermögen, soll die Infrastruktur für den zukünftigen Kriegsfall tauglich machen. Das ist in der Tat eine „Zeitenwende“, für die die Bevölkerung Deutschlands massiv geschröpft werden muss. Um die Opfer, die von der Bevölkerung verlangt werden, für unvermeidbar zu erklären, muss Russland als „existentielle Bedrohung“ hingestellt werden, die „Freiheit und Frieden“ ganz Europas bedrohe.

Diesem Ziel diene schon eine Entschließung des europäischen Parlaments von September 2019. Die Sowjetunion wurde posthum beschuldigt, ihre Zustimmung zum „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 habe den Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Nicht mehr nur Hitler und Deutschland, auch die Sowjetunion soll die Schuld für diese Katastrophe tragen. Da Russland unter Putin die Nachfolge der Sowjetunion angetreten hat und Putin den Hitler-Stalin-Pakt nicht mehr verurteilt, werden die heutigen Annexionen Russlands als logische Folge angeblicher Annexionen in Folge dieses Paktes dargestellt. Dazu muss die Geschichte in breitem Umfang auf den Kopf gestellt und gefälscht werden. Der Krieg der Ukraine gegen Russland und seine uneingeschränkte Finanzierung durch europäische Staaten wird mit Hilfe von Geschichtsfälschungen als ein „Nie wieder“ hingestellt, das jetzt als Lehre aus der Geschichte Wirklichkeit werden müsste – genau solche Geschichtsfälschungen, wie sie nach dem chinesischen Sprichwort *„Haltet den Dieb!“, ruft der Dieb ...“* in der EU-Resolution der russischen Propaganda zugeschrieben werden.

Unsere Ausführungen dazu sind nur eine Skizze. Die Bemühungen, die wirklichen Verhältnisse in solcher Kurzform darzustellen, halten wir für vertretbar, weil es bisher nahezu keine Auseinandersetzung mit der Entschließung der EU gibt, die ja auch den Standpunkt Deutschlands wiedergibt.<sup>2</sup> Sachlich konstruktive Kritik an diesen skizzenhaften Ausführungen nehmen wir gerne entgegen.

---

2 vgl. <https://www.infosperber.ch/politik/europa/so-schreibt-das-eu-parlament-die-geschichte-europas-um/> und ebda. .../zur-resolution-des-eu-parlaments-geschichtsfalscher-am-werk/ sowie dortige weiterführenden Hinweise;

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Löste Stalin den 2. Weltkrieg aus?.....</b>	<b>8</b>
1.1 Stalin – schuld am Weltkrieg wie Hitler?.....	9
1.1.1 UdSSR Ursache ‚nie dagewesener Verluste‘?.....	11
1.2 Paktieren der Westmächte mit Hitler.....	12
1.2.1 Nichtangriffspakt (Teufelspakt?) schon 1933.....	13
1.2.2 Gemeinsam mit Hitler die Welt aufteilen.....	14
1.2.3 Russland – Einflussgebiet Deutschlands.....	16
1.2.4 Zusammenarbeit bei der Aufteilung der Welt.....	17
1.2.5 England lehnt Verteidigung Polens ab.....	18
1.3 Hauptziel: Kommunismus ausschalten!.....	20
1.3.1 Arbeiterbewegung zerschlagen – Ziel Londons.....	20
<b>2 NS-Diktatur und UdSSR – gleichermaßen totalitär?.....</b>	<b>23</b>
2.1 Lage der Arbeiter in der Sowjetunion.....	23
2.2 Moskauer Prozesse bis Anfang 1937.....	27
2.2.1 Säuberungen ab Sommer 1937 bis 1938.....	29
2.2.2 Das ZK der KPdSU machte dem ein Ende.....	29
2.2.3 Abschließende Bemerkung von Davies.....	31
2.3 Kein Massenmord an Deutschen geplant.....	31
2.4 Versklavung aller Slawen als Kriegsziel.....	32
2.4.1 Was deutsches Herrenmenschentum bedeutete:.....	33
2.4.2 Widerstand gegen Sklaverei.....	37
2.5 Kultur des Gedenkens oder Vergessens?.....	37
<b>3 Westmächte für Stärkung des „totalitären“ Großdeutschland. .</b>	<b>40</b>
3.1 Annexion Österreichs.....	41
3.2 Annexion des Sudetenlands.....	43
3.3 Annexion der „Rest-Tschechei“.....	44
3.3.1 Kein Beistand für die Tschechoslowakei.....	46
3.4 Münchener Nichtangriffspakte mit Hitler.....	47
3.5 Auslieferung Spaniens an Franco – Unterstützung für Hitlers Krieg. .	48
3.5.1 Programm der Volksfrontregierung.....	49
3.5.2 Abwehr des faschistischen Staatsstreichs.....	50
3.5.3 Frankreich: keine Waffen an Spanien.....	51
3.5.4 „Nichteinmischung“ statt Solidarität.....	52
3.5.5 Stärkung Deutschlands für den Weltkrieg.....	54

3.5.6	Trotz Vertrags kein Beistand für Polen.....	56
3.5.7	Annexion Polens stärkte Großdeutschland.....	57
3.6	Frankreich: „Lieber Volksfront als Hitler“.....	58
3.6.1	Volksfrontregierung gegen Faschismus.....	59
3.6.2	„Lieber Hitler als Volksfront“.....	61
3.6.3	1939: Kein Beistand für Polen – Verbot der PCF.....	61
3.6.4	Unterwerfung Frankreichs – Ziel Berlins.....	62
3.6.5	Militärische Fehleinschätzungen Frankreichs.....	63
3.6.6	Faschistische Diktatur in Vichy.....	65
3.7	Kollaboration der französischen Industrie.....	67
3.7.1	Warum Kapitulation und Kollaboration?.....	68
3.7.2	Laval und Darlan – Beispiele für Kollaboration.....	70
3.8	England kapituliert nicht.....	72
<b>4</b>	<b>Nichtangriffspakt Berlin - Moskau.....</b>	<b>75</b>
4.1	Moskau für Pakt mit Hitler - Warum?.....	79
4.1.1	Dreierbündnis gegen Hitlerdeutschland scheitert.....	79
4.1.2	Polen und Baltikum - Gegner sowjetischer Hilfe.....	81
4.2	Hitler-Stalin-Pakt: Annexionen als Ziel?.....	84
4.2.1	Mehr Zeit zur Vorbereitung auf Hitlers Überfall.....	84
4.2.2	Wiederherstellung der Curzonlinie – Annexion?.....	85
4.2.3	UdSSR verlagert ihre Grenze nach Westen.....	87
4.2.4	Curzonlinie durch die Alliierten anerkannt.....	88
4.2.5	Pakt für Polen eine „beispiellose Tragödie“?.....	89
4.3	Besetzung Bessarabiens - Annexion?.....	91
4.3.1	Rumänien - Bündnispartner Hitlerdeutschlands.....	91
4.4	Annexion Finnlands - Kriegsziel?.....	92
4.4.1	Finnische Grenze nach Norden verschoben.....	92
4.4.2	Kriegspläne gegen die UdSSR umsetzen?.....	94
4.4.3	Finnland – Bündnispartner Hitlerdeutschlands.....	95
4.4.4	Aushungern von Leningrad.....	95
4.5	Annexion der baltischen Staaten?.....	98
4.5.1	Faschistische Diktaturen im Baltikum.....	99
4.5.2	Baltikum - Beziehungen zu Deutschland.....	99
4.5.3	Baltikum – Beziehungen zur Sowjetunion.....	100
4.5.4	Baltikum - Bündnispartner Hitlerdeutschlands.....	104

4.6	Territoriale Gewinne als Ziel?.....	105
4.6.1	Der Pakt – Bündnis zwischen Hitler und Stalin?.....	106
<b>5</b>	<b>Zweiter Weltkrieg - Vorgeschichte von einer Woche?.....</b>	<b>108</b>
5.1	„Zweiter Weltkrieg - kein Revanchekrieg!“.....	109
5.2	„Kriegsziele 1914 und 1939 sind nicht gleich!“.....	111
5.3	„Machtübergabe '33 – bereitet Krieg nicht vor“.....	114
5.4	„Vierjahresplan '36: keine Weichen zum Krieg“.....	116
5.5	„Demokratien stärkten Hitlerfaschismus nicht“.....	118
<b>6</b>	<b>Bündnis Deutschland – Russland?.....</b>	<b>119</b>
6.1	Jelzins Staatsstreich – Putin als Helfer.....	120
6.2	Putin für Bündnis Russlands mit der EU.....	121
6.2.1	Welcher Lohn winkt in der Zukunft?.....	126
6.3	Hitler-Stalin-Pakt und Ukrainekrieg.....	128
6.3.1	Trump-Putin- Pakt.....	130
6.3.2	USA verlagern Hauptverantwortung auf EU.....	130
6.3.3	Existentielle Bedrohung durch Russland?.....	131
6.3.4	Putin verteidigt den Hitler-Stalin-Pakt.....	132
6.3.5	Vertuschung der Annexionen Deutschlands.....	133
<b>7</b>	<b>Literatur.....</b>	<b>135</b>

# 1 Löste Stalin den 2. Weltkrieg aus?

Zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs verabschiedete das Parlament der Europäischen Union (EU) am 19. September 2019 eine „Entschließung zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas.“<sup>3</sup>

Es erklärt, „**dass der Zweite Weltkrieg, der verheerendste Krieg in der Geschichte Europas, als unmittelbare Folge des auch als „Hitler-Stalin-Pakt“ bezeichneten berüchtigten Nichtangriffsvertrags zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 23. August 1939 und seiner geheimen Zusatzprotokolle ausbrach, in deren Rahmen die beiden gleichermaßen das Ziel der Welteroberung verfolgenden totalitären Regime Europa in zwei Einflussbereiche aufteilten.**“ (Punkt 2, S.6)

Das bedeutet laut FAZ im Klartext, dass „sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion durch den Hitler-Stalin-Pakt die Schuld am Ausbruch des Krieges tragen.“<sup>4</sup> Der Artikel bedauert, dass diese Aussage hierzulande bisher kaum wahrgenommen wird.

Die BILD-Zeitung war schon 2009 noch deutlicher: „*Er (der Nichtangriffspakt, d. V.) machte den deutschen Überfall auf Polen und die neuerliche Teilung dieses so oft geprüften Landes möglich. ... Der Zweite Weltkrieg begann in Wirklichkeit schon an jenem 23. August 1939. Die Millionen Morde wurden möglich und ebenso die Riesen-zahlen der Gefallenen und der zivilen Toten auf allen Seiten. Man denkt daran in tiefster Traurigkeit, in betrübter Verbitterung und in ohnmächtiger Wut.*“ So der Vorstandsvorsitzende der Axel-Springer-Stiftung zum 70. Jahrestag des oft „Teufelspakt“ (so Sebastian Haffner) genannten Hitler-Stalin-Paktes<sup>5</sup> am 19.10.2009.<sup>6</sup>

---

3 [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0098\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0098_DE.html);  
Alle Hervorhebungen stammen vom Verfasser

4 Luca Vazgec, In einer Zeit ohne Schlafmittel“ FAZ 27. August 2024

5 Die UdSSR nennt den Pakt Molotov-Ribbentrop-Pakt. Stalin hat sich nie mit Hitler getroffen, um diesen Pakt abzuschließen.

6 <https://www.bild.de/politik/2009/der-teufelspakt-9481562.bild.html>

Hätte Stalin keinen Nichtangriffspakt mit Hitler geschlossen, hätte der Zweite Weltkrieg auch nicht ausbrechen können. Die Sowjetunion soll sogar die Hauptschuld tragen, denn Stalin „*machte den deutschen Überfall auf Polen möglich,*“ indem er diesen Pakt abschloss.

Die Initiative zu der EU-EntschlieÙung vom September 2019 ging von 18 polnischen und einem lettischen Abgeordneten aus. Eingbracht wurde sie von der Fraktion der Christdemokraten (Europäische Volkspartei – EVP), der progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D), der Fraktion Renew, die aus der Allianz der Liberalen und Demokraten hervorging, und der Fraktion der europäischen Konservativen und Reformen (ECR). Sie wurde mit 535 Ja-Stimmen bei 66 Nein-Stimmen und 52 Enthaltungen angenommen, also mit der absoluten Mehrheit von 82 Prozent.<sup>7</sup> Auf die genannten Fraktionen entfielen 493 Abgeordnete. Die Partei Viktor Orbans förderte diese Resolution. Die meisten als rechtsextrem eingestuften europäischen Parteien, sofern sie im EU-Parlament saÙen, stimmten dafür.<sup>8</sup> 42 Abgeordnete aus anderen Fraktionen (Grüne, Liberale, Sozialisten usw.) müssen ebenfalls mit Ja gestimmt haben.

## **1.1 Stalin – schuld am Weltkrieg wie Hitler?**

Die große Mehrheit der Regierungs- und Oppositionsparteien der EU, auch die der Bundesregierung (CDU und SPD) und des Bundestags, brach 2019 offen mit der bisher vorherrschenden Auffassung, dass der Zweite Weltkrieg im Wesentlichen der Krieg Hitlers war. Die EntschlieÙung verabschiedete sich vom Nürnberger Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs (IGH) der vier Siegermächte vom 1. Oktober 1946. Göring, ein Stellvertreter des „Führers“, wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt, weil er als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan und Oberbefehlshaber der Luftwaffe „*die treibende Kraft hinter den Angriffskriegen war und lediglich Hitler nach-*

7 [https://de.wikipedia.org/wiki/EntschlieÙung\\_des\\_Europaeischen\\_Parlaments\\_zur\\_Bedeutung\\_des\\_europaeischen\\_Geschichtsbewusstseins\\_fuer\\_die\\_Zukunft\\_Europas\\_\(2019/2819\\_\(RSP\)\)](https://de.wikipedia.org/wiki/EntschlieÙung_des_Europaeischen_Parlaments_zur_Bedeutung_des_europaeischen_Geschichtsbewusstseins_fuer_die_Zukunft_Europas_(2019/2819_(RSP)))

8 <https://www.infospesber.ch/politik/europa/zur-resolution-des-eu-parlaments-geschichtsaelscher-am-werk/>

*stand. Er war der Pläneschmied und die Hauptbewegkraft der militärischen und diplomatischen Kriegsvorbereitungen Deutschlands.*<sup>9</sup> Es war also Hitlers Krieg. Damals kam niemand auf die Idee, der Sowjetunion eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs anzudichten. War sie doch erkennbar die Hauptkraft des Siegs über den Hitlerfaschismus und saß in Nürnberg über den Hitlerfaschismus zu Gericht.

Fast 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ernennen die maßgeblichen Parteien der EU nun die damalige Sowjetunion zum Mit- wenn nicht gar zum Hauptschuldigen. Wie hätte die Sowjetunion es vermeiden können, sich diese ungeheure Schuld aufzuladen? Sie hätte sich offensichtlich weigern müssen, den Pakt abzuschließen, den ihr der „Teufel“ Hitler anbot. Sie hätte auf keinen Fall Polen gemeinsam mit Hitler „aufteilen“ dürfen. Das sei unmoralisch gewesen. Moralisch wäre also demnach gewesen, ganz Polen dem Terror des Hitlerfaschismus zu überlassen.

Dieser radikale Bruch mit dem Nürnberger Urteil muss laut EU-Parlament *„das europäische Geschichtsbewusstsein für die Zukunft Europas“* prägen. Die Darstellung der *„Geschichte der totalitären Regime und die Untersuchung ihrer Folgen soll in die Lehrpläne und die Schulbücher aller Schulen in der EU aufgenommen werden.“* (Punkt 8., S.7) Der Hitlerfaschismus gilt der EU nicht mehr als alleiniger Aggressor. Er wird gewissermaßen „entschuldigt“.

Russland dagegen wird in die Tradition der für den Weltkrieg (mit-)verantwortlichen Sowjetunion gestellt, weil es den „Hitler-Stalin-Pakt“ nicht mehr verurteile. Zur Zeit kursiert ein „Trump-Putin-Pakt“,<sup>10</sup> mit dem die Ukraine der Zugehörigkeit der Ostukraine und der Krim an Russland zustimmen soll. Das wird als Wiederholung des „Hitler-Stalin-Paktes“ hingestellt. Auch das Münchener Abkommen von 1938 wird ins Spiel gebracht, das damals Hitler den Weg bereitet hat. (vgl. 3.2 – 3.4) Die Lehre daraus sei, dem russischen Aggressor nie wieder nachzugeben, der Europa heute genau so bedrohe wie damals die Sowjetunion.

---

9 Das Urteil von Nürnberg 1946, S. 121

10 BILD 22.11.2025 und Berthold Kohler, Der Trump-Putin-Pakt FAZ 22.11.2025

Mit der Verlagerung der „Schuld“ am Zweiten Weltkrieg auf die Sowjetunion will vor allem Deutschland selbst von seiner Schuld ablenken. Das trifft auch auf andere Staaten der EU zu wie Frankreich, Italien, Spanien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Polen, Finnland, Litauen, Estland, Lettland und auch auf England. Sie alle haben auf ihre Art den Hitlerfaschismus bei der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion unterstützt oder/und sich sogar direkt militärisch am Krieg gegen die Sowjetunion beteiligt. (vgl. 3)

### **1.1.1 UdSSR Ursache ‚nie dagewesener Verluste‘?**

In der Entschließung wird behauptet, dass Deutschland und die Sowjetunion *„Massenmorde, Völkermord und Deportationen durchführten und im 20. Jahrhundert einen in der Geschichte der Menschheit nie dagewesenen Verlust an Menschenleben und Freiheit verursachten.“* (Punkt 3., S. 6)

Man reibt sich die Augen. Als logische Schlussfolgerung daraus, dass Hitler und Stalin, also Deutschland und die UdSSR gemeinsam den Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben sollen, kann das EU-Parlament auch alle registrierten Toten der Schuld dieser beiden Staaten zuordnen. Das führt dazu, dass die 27 Millionen Toten der Sowjetunion (13 Millionen Soldaten und 14 Millionen Zivilisten)<sup>11</sup> nicht allein dem Angriffskrieg und dem Völkermord Deutschlands an den Völkern der Sowjetunion zugerechnet werden, sondern auch der Sowjetunion selbst. So, als hätte sich die Sowjetunion selbst angegriffen, als hätte die Sowjetunion selbst die eigene Zivilbevölkerung mit einem Massenmord überzogen. Deutschland verlor 5,18 Millionen Soldaten und 1,17 Millionen Zivilisten, insgesamt 6,35 Millionen Menschen. Wenn *„der nie da gewesene Verlust an Menschenleben“* durch die beiden „totalitären“ Staaten beklagt wird, wird indirekt auch verurteilt, dass Truppen der UdSSR Millionen deutsche Angreifer getötet haben. Die Verharmlosung des Hitlerfaschismus nimmt groteske Züge an. Da unter die toten Zivilisten der Sowjetunion auch die ermordeten jüdischen Zivilisten der Ukraine, Bjeloruslands und Russlands fallen, verschiebt das Parlament der EU auch diese geschätzt

---

11 [https://de.wikipedia.org/wiki/Tote\\_des\\_Zweiten\\_Weltkrieges](https://de.wikipedia.org/wiki/Tote_des_Zweiten_Weltkrieges)

eine Million Toten<sup>12</sup> auf das Konto der Sowjetunion. Polen verlor sechs Millionen Menschen, darunter drei Millionen Juden. Die Opfer des Vernichtungskriegs gegen „slawische „Untermenschen“ (vgl. 2.4) werden auch der Sowjetunion zugeschrieben. Die Schuld Deutschlands wird zu einer Schuld der Sowjetunion umgefälscht. Es ist eine ungeheure Verniedlichung des Hitlerfaschismus, die Sowjetunion mit ihm gleichzusetzen. Schon 2009 hatte das Europäische Parlament den Tag der Verabschiedung des „Hitler-Stalin-Paktes“, den 23. August, zum Gedenktag an alle Totalitarismusopfer ernannt. Die „Opfer“ des deutschen Faschismus stehen mit den „Opfern“ seines angeblichen sowjetischen Zwillingsbruders auf derselben Stufe. Die FAZ bedauert, dass dieser Gedenktag *„nur schwach in der Erinnerungskultur verankert ist.“*<sup>13</sup>

## 1.2 Paktieren der Westmächte mit Hitler

Wir beginnen die Geschichte der Schuld, die zum Weltkrieg führte, nicht mit einem Ereignis eine Woche vor seinem Ausbruch, dem allseits bekannten „Hitler-Stalin-Pakt“. Wir beginnen nicht mit dem Ende einer Entwicklung, sondern mit den Anfängen, mit der wenig bekannten Vorgeschichte, die zu diesem Vertrag geführt hat. Sie besteht u. a. in der langjährigen Zusammenarbeit der beiden führenden Mächte des Völkerbundes, England und Frankreich, mit dem Hitlerfaschismus. Diese lief darauf hinaus, Deutschland für den Krieg gegen die Sowjetunion kriegstüchtiger und stärker zu machen. In dem der Zweite Weltkrieg zur „unmittelbaren Folge“ des „Hitler-Stalin-Pakts“ erklärt wird, fallen die Hitler-Chamberlain-Pakte unter den Tisch, mit denen der englische Imperialismus die Aufteilung der Welt zwischen dem Britischen Weltreich und dem Deutschen Reich regeln wollte (vgl. 1.22 – 1.24). Die imperialistischen Konkurrenten Deutschlands, Frankreich und England strebten nach einem Ausgleich der Interessen, den sie Frieden nannten. Sie warfen Spanien, die Tschechoslowakei, Österreich und Polen dem Hitlerfaschismus zum Fraß vor (vgl. 3.1 – 3.5). Frankreich unterwarf sich selbst (vgl.

---

12 <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/opferzahlen-des-holocaust/>

13 Thomas Thiel, Sind Osteuropäer Opfer zweiter Klasse? in FAZ 15.08.2025

3.7). Es kapitulierte wenige Wochen nach dem „überraschenden“ Überfall Deutschlands. Es stellte sein industrielles Potential und seine Arbeitskräfte für den erhofften Sieg des Hitlerfaschismus über die Sowjetunion zur Verfügung. England schaffte es in allerletzter Minute, die regierende konservative Aristokratie von einem Friedensschluss mit Hitlerdeutschland abzuhalten (vgl. 3.9). Aber beginnen wir mit den Anfängen.

### 1.2.1 Nichtangriffspakt (Teufelspakt?) schon 1933

England, Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichneten schon am **15. Juli 1933** in Rom einen **„Pakt über Eintracht und Zusammenarbeit“**. Im ersten Satz hieß es: *„Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, alle Anstrengungen zu machen, um im Rahmen des Völkerbundes eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zur Erhaltung des Friedens zur Anwendung zu bringen.“*<sup>14</sup>

Der Vertrag verpflichtete die Vertragspartner zu gemeinsamer Beratung aller Fragen von wechselseitigem Interesse. *„In Deutschland wurde der Viererpakt als Mussolinis „Großer Friedensplan“ gerühmt. Auch das Deutsche Reich selbst erzielte mit dem Vertragsabschluss einen enormen außenpolitischen Prestigegewinn: Die neuen Machthaber konnten der Welt verkünden, nur am Frieden in Europa interessiert zu sein.“*<sup>15</sup> Niemand bezeichnet heute diesen Pakt als McDonald-Hitler-Pakt oder „Teufelspakt“. Dabei wusste der englische Premier, dass Hitler schon lange vor 1933 die Eroberung neuen Lebensraums im Osten als sein Ziel formuliert hatte (vgl. 5). England und Frankreich dichteten Hitler einen Friedenswillen an, den weder er noch der deutsche Imperialismus hatten. Sie lähmten damit den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus. Anders formuliert:

Für sie war der Eroberungsdrang des Hitlerfaschismus nach Osten durchaus mit ihrem Streben nach Frieden vereinbar. Ein paar Monate nach der Unterzeichnung des Viererpakts trat Deutschland allerdings aus dem Völkerbund aus. Es hielt den beschlossenen Zusam-

---

14 [https://www.telezeitung-online.de/Thema\\_des\\_Tages\\_15.\\_Juli\\_2016\\_'Viermaechte'.htm](https://www.telezeitung-online.de/Thema_des_Tages_15._Juli_2016_'Viermaechte'.htm)

15 <https://de.wikipedia.org/wiki/Viererpakt>

menarbeitspakt nicht ein. Er konnte also von England und Frankreich nicht ratifiziert werden.

England und Frankreich traten aber weiterhin dafür ein, dass nur Pakte der Zusammenarbeit mit dem faschistischen Deutschland den Frieden fördern und einen Krieg vermeiden könnten.<sup>16</sup> Premierminister Chamberlains (Mai 1937 bis Mai 1940) Appeasement-Politik (Beschwichtigungs-Politik) baute auf der Politik der vorherigen Regierungen unter Ramsay MacDonald (Juni 1929 bis Juni 1935) und Stanley Baldwin (Juni 1935 bis Mai 1937) auf. Das Streben nach Zusammenarbeit mit Hitler hatte Vorrang, bis Frankreich und England selbst ab Mai 1940 von Hitlerdeutschland angegriffen wurden.

### 1.2.2 Gemeinsam mit Hitler die Welt aufteilen

Am 29. Juni 1939 führte der britische Außenminister Lord Halifax vor der privaten Denkfabrik Chatham House aus, dass man – wenn „*alle wirklich friedliche Lösungen*“ wünschten – „*die Probleme besprechen*“ könnte, „*die heute der Welt Angst bereiten.*“ In einer derartigen „*neuen Atmosphäre*“ könnte man „*das Kolonialproblem, die Fragen der Rohstoffe, der Handelsschranken, das Problem des Lebensraumes, die Beschränkung der Rüstungen*“ und alle anderen, das Leben „*aller europäischen Bürger*“ berührenden Probleme „*untersuchen.*“ Der „Lebensraum“, den Deutschland sich vor allem in der Sowjetunion aneignen wollte, sollte also Gegenstand von Verhandlungen mit England sein. Damit gestand England Deutschland zu, sich ukrainischen, bjelorussischen bzw. russischen Lebensraum einzuverleiben. Es sollte jedoch untersucht und verhandelt werden, ob auch für England dabei etwas abfiel. Es ging dem britischen Empire darum, sich mit Berlin über die Aufteilung der Welt in ihre jeweiligen Einflussbereiche zu verständigen.<sup>17</sup>

---

16 Der Überfall Italiens auf Abessinien wurde trotz der Verpflichtung des Völkerbundstatuts in Art. 16, in solchen Fällen umfassende ökonomische und militärische Sanktionen zu ergreifen, unter dem Einfluss der Kolonialmächte England und Frankreich geduldet. England unterzeichnete am 16. April 1938 sogar ein britisch-italienisches Abkommen, das den König von Italien auch als Kaiser von Abessinien anerkannte.

17 Helmut Metzmacher 1966, S. 369-70

Umgekehrt war Großbritannien das Land, „*das Hitler nach wie vor als Wunschpartner für eine deutsche Lebensraumpolitik im Osten Europas anvisierte.*“<sup>18</sup> Das galt auch noch nach Kriegsausbruch im September 1939. Hitler setzte auf friedliche Zusammenarbeit, behielt sich aber militärische „Lösungen“ vor. „*Es wird meine Aufgabe sein, dieses auseinanderfallende Empire auf friedliche Weise zu bearbeiten, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen. Aber ich werde auch nicht vor einem Kampf gegen England zurückschrecken.*“<sup>19</sup>

Der Standpunkt der britischen Regierung entsprach dem der **Federation of British Industries**. Am Tag des deutschen Einmarschs in Prag am 15. Juni 1939 hatte sie ein lange vorbereitetes Treffen mit der deutschen Reichsgruppe Industrie in Düsseldorf. Es wurde ein Zwölf-Punkte Abkommen zwischen beiden Industrieverbänden geschlossen. Mehrere Dutzend Vertreter der Großindustrie beider Länder einigten sich auf das Ziel, „marktzerstörende Konkurrenz“ und „unge-sunden Wettbewerb“ zwischen den Industrien beider Länder zu beseitigen. Dazu wurden Regelungen zu Preisfragen und ebenso Fragen zur Aufteilung von Märkten fixiert, so dass man von einem Kartell sprechen konnte. Nach Wikipedia ging es den Industriekonzer-nen der beiden Länder um die friedliche Aufteilung der Märkte der Welt in Einfluss-sphären mit dem Charakter eines deutsch-britischen Kartells.<sup>20</sup> Das englische Kapital hielt das für möglich, das deutsche jedoch nicht.

Noch am 8. Juni 1939 erklärte Außenminister Halifax, dass „*jeglicher deutsche Anspruch für eine Erörterung am Runden Tisch offen*“ sei. Großbritannien sei nur darauf bedacht, „*dass die widersprechenden Ansprüche auf einer Grundlage gelöst werden, die einen dauernden Frieden sichert.*“ Halifax betonte nachdrücklich, der britischen Regie-rung liege daran, „*daß diese Forderungen durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt geregelt werden.*“<sup>21</sup>

---

18 Michalka 1999, S. 176

19 Rauschning 1940/1973, S. 114

20 [https://de.wikipedia.org/wiki/Duesseldorfer\\_Abkommen\\_\(1939\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Duesseldorfer_Abkommen_(1939))

21 Metzmacher 1966, S. 369-70

### 1.2.3 Russland – Einflussgebiet Deutschlands

Worüber bei einem Vertrag zwischen England und Deutschland verhandelt werden sollte, wird aus streng vertraulichen Protokollen deutlich. Am 20. Juli 1939 entwickelte Robert Hudson (Unterstaatssekretär im Handelsministerium) in einem von ihm gewünschten Gespräch mit Helmut Wohltat (Ministerialdirektor im Amt für den Vierjahresplan) *„weitgehende Pläne über eine deutsch-englische Zusammenarbeit zur Erschließung neuer und zur Pflege bestehender Weltmärkte. Einer deutsch-britischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet ständen große Möglichkeiten offen. Er hat u. a. ausgeführt, dass es noch drei große Gebiete in der Welt gebe, in denen Deutschland und England weitgehende Betätigungsmöglichkeiten finden würden: Das englische Empire, China und **Russland**. Das Empire könne von England selbst nicht ausreichend versorgt werden und es wäre wohl eine umfassendere Hinzuziehung von Deutschland möglich. Ebenso wenig könne Japan ganz China wirtschaftlich befriedigen; in Russland lägen die Dinge ähnlich.“* Das Gespräch ging dann weiter *„über die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären und über die Möglichkeit, auf den gemeinschaftlichen Märkten sich nicht totzukurrieren.“*<sup>22</sup>

Metzmacher lagen auch die Aufzeichnungen Hudsons über das Gespräch mit Wohltat vor. Er zitiert daraus: *„Russland, China und die verschiedenen kolonialen Einflußgebiete ... seien Bereiche, die der Kapitalentwicklung unbegrenzte Möglichkeiten eröffneten und Abflußgebiete für die Schwerindustrie von Deutschland, England und den Vereinigten Staaten“* seien. Hudson führte aus, dass nach Regelung und Lösung aller strittigen politischen Probleme also durchaus eine angemessene Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien gefunden werden könnte ...<sup>23</sup>

England erhoffte sich also im Interesse unbegrenzter Möglichkeiten der Kapitalentwicklung auf dem Boden „Russlands“ einen Sieg über

---

22 Ministerium Bd. II 1948, S. 65 f.;

23 Metzmaker 1966, S. 381

„Russland“. Hudson und Wohltat machten sich Gedanken über das Fell eines „russischen“ Bären, der noch gar nicht erlegt war. Wie Hitler brachten sie das Wort „Sowjetunion“ nicht über ihre Lippen.

#### **1.2.4 Zusammenarbeit bei der Aufteilung der Welt**

Die englische Regierung wusste, dass der Überfall auf „Russland“ für das Hitler-Regime seit langem beschlossene Sache war. Sie setzte Hoffnungen darauf, von Deutschland an der Beute beteiligt zu werden. Andererseits war England auch bereit, Deutschland an den Früchten des britischen Kolonialregimes teilhaben zu lassen. Hitler klagte in einem Gespräch mit Lord Halifax am 19.11.1937, dass *„die schwerste Frage das Kolonialproblem sei, wo man noch sehr sehr weit von einander entfernt sei.“*<sup>24</sup> Denn *„Deutschland hätte Anspruch auf den einstigen Besitz“* von Kolonien.<sup>25</sup> Halifax zeigte die Bereitschaft, Veränderungen ins Auge zu fassen.<sup>26</sup> Auch in einem weiteren Gespräch von Wohltat mit Sir Horace Wilson, dem wichtigsten Beraters Chamberlains, ging es um *„die Abgrenzung der Großräume der Hauptmächte, insbesondere also Englands und Deutschlands ...“*<sup>27</sup> Wenn es zu einem Vertrag gekommen wäre, hätte sich England nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion nicht eingemischt. Russland gehörte für England zur Einflussphäre Deutschlands. Hitler am 17./18. 9. 1941 im Führerhauptquartier: *„Der Kampf um die Hegemonie in der Welt wird für Europa durch den Besitz des russischen Raumes entschieden; er macht Europa zum blockadefestesten Ort der Welt. Es sind die wirtschaftlichen Perspektiven, die den liberalsten westlichen Demokraten der neuen Ordnung geneigt machen werden.“*<sup>28</sup> Hitler hoffte lange, dass die Aussicht auf Beute den englischen Imperialismus dazu bewegen könnte, sich Deutschland unterzuordnen, wie es Frankreich vormachte.

---

24 Ministerium Bd. I, 1948, S. 42

25 Ministerium Bd. I, 1948, S. 39

26 Ministerium Bd. I 1948, S. 2-242

27 Ministerium Bd. II, S. 67

28 Michalka 1999, S. 247

## 1.2.5 England lehnt Verteidigung Polens ab

Das massive Interesse an einem Nichtangriffspakt mit Deutschland und einer „friedlichen“ Aufteilung der Welt unter diese beiden „Großräume“ hatte nach Aussage von Wilson als logische Konsequenz, *„dass der Abschluss eines Non-Aggression-Vertrages es England ermöglichen würde, von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen. Auf diese Weise würde das polnische Problem viel von seiner Schärfe verlieren.“* Das sei auch der Standpunkt von maßgebenden Mitgliedern des Kabinetts. Durch den Ausgleich mit Deutschland als *„allgemeines Marschziel“* *„würden Fragen von so großer Bedeutung aufgerollt und gelöst, dass die festgefahrenen nahöstlichen Fragen wie Danzig und Polen darüber zurücktreten und unwesentlich würden“*, führte Wilson weiter aus.<sup>29</sup>

Das bedeutete im Klartext, dass England sich im Fall eines deutschen Angriffs auf Polen nicht einmischen wollte, wie schon aus den gleichen Gründen bei den Annexionen Österreichs und der Tschechoslowakei. Polen und die Sowjetunion wurden dem Einflussbereich Deutschlands zugerechnet. England und Frankreich förderten den Überfall und hielten das mit allen Mitteln geheim.

Am 3. August 1939 kam es zu einer weiteren Unterredung zwischen Wilson, dem Vertrauten Chamberlains, und Dirksen, dem deutschen Botschafter in London. Wilson signalisierte Dirksen *„dass gegenüber einem wirklichen Ausgleich mit Deutschland die in den letzten Monaten ins Leben gerufenen Bindungen mit anderen Mächten nur Behelfsmittel seien, die hinfällig werden, wenn das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland einmal wirklich erreicht sei.“*<sup>30</sup> Als Bindungen mit anderen Mächten galten die Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Bündnis gegen Hitler-Deutschland. Ihr Erfolg wurde nicht angestrebt. *„Das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel“* war die Einigung mit Deutschland über die jeweiligen Einflussphären in der Welt. Wilson betonte kurz vor Kriegsbeginn, *„es käme vor allem darauf an, der britischen Öffent-*

---

29 Ministerium Bd. II 1948, S. 69

30 ebda., S. 127

*lichkeit die Überzeugung beizubringen, dass sie Vertrauen (in Deutschland, d. V.) haben könne.“*

*Wilson erklärte weiter, „dass ein deutsch-englisches Abkommen mit dem Verzicht auf die Aggression gegenüber dritten Mächten die britische Regierung von den jetzt übernommenen Garantieverpflichtungen gegenüber Polen, Türkei usw. los und ledig lassen würde; diese Verpflichtungen seien nur für den Fall des Angriffs übernommen und in ihrer Formulierung darauf abgestellt. Mit dem Wegfall dieser Gefahr würden auch die Verpflichtungen hinfällig.“<sup>31</sup>*

*„Aber das war eine heimliche und gewundene Strategie, deren wirkliche Beweggründe der britischen und französischen Öffentlichkeit nicht enthüllt werden durften. In diesen Ländern, wie auch in den USA, stand die Mehrheit der Bevölkerung Hitler feindlich gegenüber, und eine nennenswerte Minderheit sympathisierte mit den Sowjets.“<sup>32</sup> Wilson mahnte deshalb am 21. Juli 1939: „Vor allem sei im gegenwärtigen Stadium strengste Geheimhaltung erforderlich.“<sup>33</sup> Er befürchtete, „wenn etwas davon (von den vertraulichen Besprechungen mit deutschen Vertretern) bekannt würde, so würde ... Chamberlain wahrscheinlich zum Rücktritt gezwungen werden.“<sup>34</sup>*

Die Hitler-Regierung schlug jedoch den am 3. August 1939 geäußerten englischen Vorschlag eines Nichtangriffspakts aus und überfiel Polen am 1. September. Sie konnte sicher sein, dass beide westliche Demokratien beim Überfall auf Polen nicht in einen Krieg mit Deutschland eintreten wollten. Und so war es auch. England und Frankreich leisteten Polen auch ohne einen offiziellen Nichtangriffspakt mit Deutschland keinen Beistand. Sie setzten ihren geheim gehaltenen Pakt mit dem „Teufel Hitler“ um. Mit der Sowjetunion hatte England nur verhandelt, weil es die Öffentlichkeit ihrer Länder über seine wahren Absichten täuschen musste. Eine Umfrage vom April 1939 in England hatte ergeben, dass 87 Prozent der englischen

---

31 ebda. S. 120

32 Pauwels 2017, S. 181

33 Ministerium Bd. II 1948, S. 122

34 ebda.

Bevölkerung den Abschluss eines anglo-sowjetischen Bündnisses gegen Nazideutschland befürworteten.<sup>35</sup>

## 1.3 Hauptziel: Kommunismus ausschalten!

*„Hitler erschien als der mächtige Siegfried, der den Drachen des Bolschewismus in seinem eigenen Bau schlachten wollte und dabei vorankam. Ihn darin zu ermutigen und es ihm zu erleichtern, war die latente aber sehr **reale Funktion der sogenannten Appeasement-Politik von England und Frankreich** und unterstützt, wenn auch meistens diskret, durch Washington, wie es in allen Einzelheiten beschrieben wurde in einem Buch von Alvin Finkel und Clement Leibowitz, Chamberlain-Hitlers geheimes Einverständnis.“<sup>36</sup>*

England, Frankreich, die USA sowie Japan, Italien, Deutschland, Australien, Kanada, Indien, Griechenland, Rumänien, Polen, Finnland und Dänemark hatten schon nach dem Sieg der russischen Oktoberrevolution versucht, Russland militärisch niederzuwerfen. Sie scheiterten ebenso wie die weißen zaristischen Truppen, die sie im Bürgerkrieg unterstützten. Jetzt ruhten die Hoffnungen darauf, dass Hitlerdeutschland die Drecksarbeit des Kriegs gegen die Sowjetunion erfolgreich übernehmen würde.

### 1.3.1 Arbeiterbewegung zerschlagen – Ziel Londons

Die Appeasement-Politiker Englands begrüßten deshalb auch die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Deutschland. Außenminister Lord Halifax bekannte am 19. November 1937 in seinem Gespräch mit Hitler, *„er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der Englischen Regierung (wären, d. V.) davon durchdrungen, dass der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern dass er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und dass daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ... Nachdem durch eine deutsch-englische Einigung der Boden vorbereitet sei,*

---

35 Sayers, Kahn o.J. S. 348

36 Pauwels 2017, S. 181

*müssten die vier großen westeuropäischen Mächte gemeinsam die Grundlage schaffen, auf der ein dauernder europäischer Frieden errichtet werden könne.*<sup>37</sup> Dass der Hitlerfaschismus sich als Bollwerk gegen den Kommunismus darstellte, *„hinterließ einen erfolgreichen Eindruck im deutschen Bürgertum und im westlichen Ausland. Auch die Aufrüstung der Wehrmacht wurde in vielen europäischen Regierungs- und Offizierskreisen als ‚Bollwerk gegen den Bolschewismus‘ begrüßt.*<sup>38</sup>

Die „Vernichtung des Kommunismus“ – besser: der in SPD und KPD und den ADGB-Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung – in Deutschland war eine wesentliche Voraussetzung dafür, den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Das lag im Interesse des weltweiten Kapitals insgesamt. Die Aufrüstung der Wehrmacht zu begrüßen, bedeutete, der Vorbereitung des Angriffskriegs auf die Sowjetunion zuzustimmen. Das 1933er Viermächte-Abkommen Englands und Frankreichs mit Hitler und Mussolini sollte einem europäischen Frieden dienen, der die Sowjetunion ausschloss.

Winston Churchill entwickelte sich zwar Mitte der 1930er Jahre zum Gegner der Beschwichtigungspolitik von Chamberlain, Halifax und Co., behielt aber seine *„anti-bolschewistischen Leidenschaften“* bei. So erklärte er etwa im Februar 1933 vor der Antikommunistischen Union in London: *„Der von Mussolini, dem größten lebenden Gesetzesschöpfer, verkörperte Genius Roms hat vielen Nationen gezeigt, wie man sich der Gefahr des Sozialismus widersetzen kann [...]. Mussolini hat einen Orientierungspunkt errichtet, von dem sich die Länder ohne Zögern leiten lassen sollten, die in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Sozialismus stehen. Er fügte allerdings hinzu, was vielfach unterschlagen wird: Der Faschismus ist kein Wegweiser, der uns hier leiten könnte; ich bin nämlich fest davon überzeugt, daß unsere langerprobte Demokratie fähig sein wird, ein parlamentarisches Regierungssystem zu erhalten, welche Modifikationen auch immer von den beiden Extremen der Willkürherrschaft viel-*

---

37 Niedhart 1972, S. 230; Ministerium Bd. I 1948, S. 17-19

38 <https://de.wikipedia.org/wiki/Bollwerk-These>

*leicht zu übernehmen sein werden.*"<sup>39</sup> Churchills Lob für Mussolini galt auch Hitler.<sup>40</sup> Wenn die Gefahr des Sozialismus drohte, sollten sich Länder ohne Zögern vom Vorbild der Hitlerfaschisten leiten lassen. Das imperialistische England sah sich in diesem Punkt nicht als Konkurrent Hitlerdeutschlands, sondern als Verbündeten.

---

39 Woller 2001, S. 571 ff.

40 Dazu: Tariq Ali zitiert aus einem Brief an Mussolini (ca. 1927) "*Wäre ich in Italien gewesen, ich bin sicher, ich wäre mit ganzem Herzen bei Ihnen gewesen, von Anfang bis Ende, in Ihrem triumphalen Kampf gegen den bestialischen Appetit des Leninismus. Die Geschichte dieses Kampfes* (Er bezieht sich auf "Mein Kampf" d. V.) *kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Ausdauer, die Lebenskraft, die ihm ermöglichten anzufechten, standzuhalten, zu vermitteln, zu überwinden alle Mächte und Widerstände die sich ihm in den Weg stellten. Ich habe immer gesagt: wenn Groß-Britannien den Krieg verloren hätte, hoffte ich, wir würden einen Hitler finden, der uns zurückführt an unseren rechtmäßigen Platz unter den Nationen.*" <https://youtu.be/zXZg6u7ppmk>, ab Min. 25'10"

## 2 NS-Diktatur und UdSSR – gleichermaßen totalitär?

Um glaubhaft zu machen, dass Hitler-Deutschland und die Sowjetunion zusammen den Weltkrieg ausgelöst hätten, nennt die EntschlieÙung beide Staaten „totalitäre Regime“. Die EntschlieÙung *„verurteilt in aller Schärfe die Akte der Aggression, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die massenhaften Menschenrechtsverletzungen, die von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen totalitären Regimen begangen wurden.“* (Punkt 3., S. 6)

### 2.1 Lage der Arbeiter in der Sowjetunion

Die folgende Skizze hat nicht den Anspruch, ein umfassendes differenziertes Bild der sozialen Lage der Werktätigen der Sowjetunion zu geben. Es geht nur um die Frage, ob die Behandlung der Völker der Sowjetunion durch die KPdSU und die NSDAP auf ein und dieselbe Stufe gestellt werden kann. Wir stützen uns in Bezug auf die Sowjetunion vor allem auf Joseph E. Davies, den von 1936 bis 1938 amtierenden US-Botschafter in Moskau, der bis Ende 1941 die Verhältnisse dort beobachtete. Davies hatte einen tiefen und nüchternen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieses Landes. Er steht nicht im Verdacht, Sympathisant des Kommunismus gewesen zu sein. Kommunismus steht für ihn im unauflösbaren Widerspruch zum Wesen der menschlichen Natur.

Davies verfasste vor seiner Abreise für die US-Regierung einen Überblick über die UdSSR.<sup>41</sup> Darin beurteilte er auch die soziale Lage der Lohnabhängigen und die Stimmung im Land. Er stellte fest, dass die *„Bedrohung durch einen möglichen faschistischen Angriff von Seiten Hitlers ... augenscheinlich als ständiger Faktor im Vordergrund des Denkens der Regierenden steht.“*<sup>42</sup> Deswegen wurde der Prozentsatz der Rüstungsausgaben vom Regierungsbudget nach Hitlers Machtantritt von 1934 drei Prozent auf 22 Prozent in 1937 erhöht. *„Von*

---

41 Davies 1943, S. 291-325

42 ebda. S. 312

*nicht geringem Interesse ist die Tatsache, dass zugleich mit dieser außerordentlichen Zunahme der Militärausgaben die Ausgaben für sogenannte soziale und kulturelle Zwecke damit Schritt hielten und sie sogar noch übertrafen. Sie stiegen von 6,4 Prozent des Budgets in 1928 auf 27 Prozent in 1937. Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke waren solche für das Bildungswesen, Kindergärten Krippen, Spitäler, Sozialversicherungen, Wohnungsbau, Theater, Kino, Radio, Propaganda, Bücher, Zeitungen und so fort“.<sup>43</sup> Die „sich darin ausdrückende Einstellung“ findet Davies bedeutsam.*

Das Nationaleinkommen stieg – berechnet nach Preisen von 1926/27 – preisbereinigt von 21 Mrd. Rubel im Jahre 1913 auf 65,7 Mrd. Rubel im 1935. *„Dieses ganze Einkommen, wird gesagt, findet direkt oder indirekt für die Besserstellung der Arbeiterklasse Verwendung.“* Davies erklärt, ohne es in Frage zu stellen, dass es in der UdSSR seit 1930 keine Arbeitslosigkeit mehr gegeben habe.<sup>44</sup> Es gab ein Recht auf Arbeit. 1937 habe es auch niemanden mehr gegeben, der nicht lesen konnte. 1913 seien nach sowjetischen Angaben noch 67 Prozent der Einwohner Russlands Analphabeten gewesen.

*„Das Menschenmaterial des Landes besteht aus unverbrauchten jungen Völkerschaften. Der russischen Landjugend werden zum ersten Mal in der Geschichte Bildungsmöglichkeiten und technische Ausrüstung geboten, sie hat noch nie dagewesene Aussichten, der Enge des Bauerndaseins zu entrinnen. ... Mir hat der Ernst, das Können und die Ausgeglichenheit der für die gewaltigen, von mir besuchten Industriewerke Verantwortlichen (alles junge Männer) starken Eindruck gemacht.“<sup>45</sup>*

Davies gibt als Einschätzung des US-Militärspezialisten Oberst Faymonville wider, *„dass die Sowjetregierung die Existenz nationaler Minoritäten freimütig anerkannt hat und sogar in der Pflege ihrer Nationalkultur sehr weit gegangen ist. Man glaubt, dass die eigentümlichen Bedürfnisse jeder nationalen Gruppe weit mehr respek-*

---

43 Ebd. Die medizinische Versorgung war kostenlos, ebenso der Schulbesuch.

44 ebd. S. 309 Im Westen Europas und den USA waren viele Millionen arbeitslos.

45 ebd. S. 319 Bildung war kostenlos, auch bei Universitätsbesuch.

tiert werden als früher.“<sup>46</sup> Das galt auch für die eine Million Wolga-Deutschen, die in einer eigenen Sowjetrepublik lebten. In all dem drückt sich jedenfalls keine grundlegende Unterdrückung und Missachtung der Völker der UdSSR durch die sowjetische Regierung aus. Maurice Dobb, ein englischer marxistischer Ökonom, der ab 1924 fünfzig Jahre an der Cambridge University lehrte, trug weitere Einzelheiten zur Lage der Arbeiter bei.<sup>47</sup> Der ungeheuer schnelle Aufbau der Industrie zog Millionen Arbeiter vom Land in die Städte. 1928 habe es etwa neun Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger gegeben, Ende der 1930er Jahre dagegen 30 Millionen, von denen 84 Prozent Gewerkschaftsmitglieder gewesen seien. Die Industrialisierung von Landwirtschaft und Industrie benötigte eine rasch wachsende Zahl von Facharbeitern und Ingenieuren. Zwei Drittel der technischen Intelligenz stammten schon 1933 aus der Bauernschaft.<sup>48</sup>

Industrielle Produktion erfordert Disziplin und Zuverlässigkeit. Das stieß jedoch auf die Mentalität der kleinbäuerlichen Bevölkerung, die eine solche Art der Disziplin nicht gewohnt war. Die Fluktuation der neuen Lohnabhängigen war deshalb sehr hoch. Noch 1940 hatten Lohnabhängige das Recht, ihre Arbeit in einem Unternehmen zu beenden und zu einem neuen Unternehmen zu wechseln. Das änderte sich erst im Krieg.

Man versuchte stabile Belegschaften dadurch zu erzeugen, dass die Bezahlung von der Arbeitsleistung abhängig gemacht wurde. Steigerungen der Produktivität sollten zu entsprechenden Lohnsteigerungen führen. Im Laufe der 1930er Jahre wurde der Lohn als Arbeitsanreiz für drei Viertel der Arbeiter abhängig vom Ergebnis. Der durchschnittliche Jahreslohn eines Arbeiters in der UdSSR stieg nach Davies von 1.427 Rubel im Jahre 1932 auf 2.371,5 im Jahre 1935. Die Arbeitszeit betrug in den 1930er Jahren sieben Stunden pro Tag.<sup>49</sup> Ab Dezember 1931 galt die Sechstageswoche. Dobb stellt fest, dass ein

---

46 ebda., S. 310, Fußnote

47 Dobb 1949, S. 407-452

48 ebda. S. 442

49 ebda. S. 436 Der Siebenstundentag war damals die kürzeste Arbeitszeit auf der Welt. Arbeiter hatten genügend Zeit für Familie, Bildung, Kultur und Politik.

so ungeheurer Umbruch wie in der UdSSR ohne eine radikale Transformation der Einstellung in den Belegschaften nicht möglich gewesen wäre.<sup>50</sup>

Zu den Fünfjahresplänen ab 1927 stellt Davies fest: *„Sowohl der Industrieplan als die Arbeiterschaft und die Regierung selbst hingen von der Landwirtschaft ab, und zwar nicht nur für die Ernährung, sondern auch für das nötige Staatseinkommen zur Errichtung und zum Betrieb von Fabriken. Es ging um das Äußerste. Die Regierung siegte – aber um einen entsetzlichen Preis an Menschenleben. Schließlich jedoch erlebte die Schwerindustrie einen großen Aufschwung. Riesige neue Fabrikanlagen wurden errichtet. ... Während der ersten fünf Jahre wurden über neunzig neue Städte geschaffen.“* Die Industrieproduktion nahm ab 1929 jedes Jahr um 20 Prozent oder mehr zu. 1937 lieferte sie 77 Prozent der gesamten Warenerzeugung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse jedoch nur noch 23 Prozent. Den Schwerpunkt auf den Aufbau der Schwerindustrie (Stahl, Eisenerz, Kohle, Koks) zu legen, war nicht zuletzt erforderlich, um die Zahl der Panzer, Flugzeuge, LKWs, Waffen, Geschütze usw. zu erzeugen, die notwendig waren, um dem erwarteten Überfall der Hitlerarmeen standzuhalten.<sup>51</sup>

Die kleinbäuerlich-kapitalistische Grundlage der Landwirtschaft machte den Großbetrieben der Landwirtschaft Platz, die Produkte industriell erzeugen konnten. *„Unterdessen gelang es mit Hilfe des Kollektivierungsprogramms ... Lebensmittel in normaler Menge hervorzubringen. An äußeren Maßstäben gemessen hatte der Fünfjahresplan sich als gerechtfertigt erwiesen.“*<sup>52</sup> Auf der Basis der Selbstver-

50 ebda. S. 407

51 J.T. Murphy, ein britischer Gewerkschafter, schildert ausführlich die brutalen Folgen und die Rücksichtslosigkeit, die der Sowjetunion durch den drohenden deutschen Vernichtungskrieg aufgezwungen wurde. Murphy 1945

52 Davies 1943, S. 303; So auch Karl Grobe *„Die Verwandlung von Bauern in Proletarier, zusammen mit der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik (Fünfjahrespläne) war die Voraussetzung für die Industrialisierung. Sie wiederum setzte die Sowjetunion in den Stand, den Überfall des Deutschen Reiches nach dem 22. Juni 1941 abzuwehren.“* (Die Schuld des Diktators, FR 22.2006) Im Klartext: Wer gegen die Kollektivierung und Industrialisierung des Landes kämpfte, wie eine Reihe von „Alt-Bolschewiken“, half dem Hitlerfaschismus, das Land zu erobern.

sorgung von Millionen Kleinbauern, die hauptsächlich für ihren eigenen Bedarf produzierten, und auf der Basis der kapitalistischen Produktion Hunderttausender Großbauern zum Zweck ihrer eigenen Bereicherung wäre die Versorgung der Millionen neuen Lohnabhängigen nicht möglich gewesen.

## 2.2 Moskauer Prozesse bis Anfang 1937

Davies stellt fest, *„dass in den Kreisen der Intelligenz und sogar der kommunistischen Partei, die das größte Opfer der letzten Säuberung war, viel Unzufriedenheit und feindliche Gesinnung gegenüber der Regierung herrscht. ... Die Schrecken des „Terrors“ stecken hier jeder-mann in den Gliedern. ... Trotzdem muss man sich klar machen, dass die Zahl der Betroffenen, obwohl an und für sich groß, nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung ausmacht. Die Partei selbst ist seit der Säuberung völlig neu organisiert und zur Blutaufrischung sind neue Männer der jüngeren Generation an die Spitze gestellt worden – alles Stalin-Leute. Was die Massen im allgemeinen betrifft, so hat es den Anschein, dass sie dieser charakteristisch russischen Erscheinung gegenüber gleichgültig und vielfach sogar mit der Liquidation ihrer Peiniger, der „Bürokraten“, der „Störenfriede“ und „Verräter“, die die Existenz der geliebten Sowjetunion bedroht haben, einverstanden sind. ... Die Hoffnung auf Verbesserung der Lebensbedingungen ... wird der Jugend des ganzen Landes fortwährend unter die Nase gehalten. Und tatsächlich sind allerhand sichtbare Anzeichen für Fortschritt vorhanden.“*<sup>53</sup> Die Säuberungen in der Sowjetunion dienten im Großen und Ganzen der Verhinderung eines Staatsstreichs, der letztlich dem Hitlerfaschismus den Weg bereitet hätte. Die Sowjetunion wollte das Schicksal Frankreichs vermeiden (vgl. 3.7).

Die Tatsachen sind eindeutig: Es gab Pläne, die sowjetische Regierung mit einem Staatsstreich zu stürzen, der mit den Interessen Deutschlands kompatibel war. Churchill berichtet, der tschechoslowakische Präsident Benesch habe erfahren, dass *„über die sowjet-russische Gesandtschaft in Prag Nachrichten zwischen hochgestellten Persönlichkeiten in Rußland und der deutschen Regierung ausge-*

---

53 Davies 1943, 315-6

tauscht wurden. Dies war ein Teil der sogenannten Verschwörung der Militärs und der Kommunisten der alten Garde, die Stalin stürzen und ein neues auf deutschfreundlicher Politik beruhendes Regime einführen wollten. ... Darauf folgte die unbarmherzige, aber vielleicht nicht unnötige militärische und politische Säuberungsaktion in Sowjetrußland ...“ „Im ganzen wurden nicht weniger als fünftausend Offiziere und Beamte in höherem Rang als dem eines Hauptmanns ‚liquidiert‘. Die russische Armee wurde von den deutschfreundlichen Elementen gesäubert.“ Churchill bestätigt die Neigung Tuchatschewskis zur „Deutschfreundlichkeit“.<sup>54</sup> Der Marschall war stv. Generalstabschef der Roten Armee und ab 1936 Erster stv. Volkskommissar für Landesverteidigung. Churchill bezichtigt faktisch Tuchatschewski und seine Mitverschwörer des Landesverrats. „Deutschfreundlichkeit“ konnte nur Freundlichkeit dem deutschen Faschismus gegenüber heißen. Wie kann es „Freundlichkeit“ gegenüber einem Land geben, dessen wichtigstes Ziel darin bestand, die Sowjetunion zu erobern und ihre Regierung zu stürzen. „Deutschfreundlichkeit“ bedeutet auch, dass der Sturz der sowjetischen Regierung ohne deutsche Hilfe für schwierig gehalten wurde. Tuchatschewski wurde am 12. Juli 1937 hingerichtet. 1957 wurde der „deutschfreundliche“ Marschall unter Chruschtschow rehabilitiert. Die „Verluste“ im Rahmen der sowjetischen Säuberungen bis zum Sommer 1937 entstanden im Wesentlichen, um die Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei auszuschalten, die den Aufbau des Sozialismus in einem Land für falsch bzw. konterrevolutionär hielten. Es gab innerhalb der Partei erhebliche Kräfte, die den Aufbau der Schwerindustrie für zu einseitig und die rasche Kollektivierung der Landwirtschaft für einen Fehler hielten.

Die britischen und französischen Generalstäbe sowie Chamberlain und Daladier bewerteten die Säuberung hauptsächlich als eine „Selbstvernichtung der russischen Armee“.<sup>55</sup> Die Sowjetunion habe sich angeblich selbst an den Hitlerfaschismus ausgeliefert, weil sie wegen der Säuberung besiegtbar geworden war. Die Unterschätzung

---

54 Churchill 1948/1985, S. 178

55 Ebda., S. 151

der russischen Armeen beflügelte den Hitlerfaschismus zu der irrsinnigen Ansicht, die Sowjetunion könnte in zwei-drei Monaten in einem „Blitzkrieg“ überwältigt werden. Das war eine komplette Fehleinschätzung.

### **2.2.1 Säuberungen ab Sommer 1937 bis 1938**

Die zweite Säuberungswelle begann im Juli 1937 unter der Leitung des „Alt-Bolschewiken“, Volkskommissar des Inneren und Leiter des Geheimdienstes NKWD Jeschow. *„Nach der 'Säuberung' der Führungsebenen von Partei und Armee richtete sich der Terror gegen die russische Bevölkerung an sich und gegen Parteimitglieder auf allen Ebenen. Diese zweite Phase dauerte vom Sommer 1937 bis zum Ende der Amtszeit Jeschows und kostete den größten Teil der 638.000 Opfer das Leben. ... Die Geständnisse wurden den Menschen, die meist willkürlich verhaftet und denen von den NKWD-Angehörigen selbst erfundene Verbrechen zur Last gelegt wurden, mit Folter abgezwungen. Auch Jeschow selbst ließ es sich nicht nehmen, Angeklagte persönlich zu verhören. Die NKWD-Angehörigen hatten zur Amtszeit Jeschows die Möglichkeit, ihrem Sadismus gegenüber ihren Opfern völlig freien Lauf zu lassen, ohne mit einer Ahndung durch ihre Vorgesetzten rechnen zu müssen.“*

### **2.2.2 Das ZK der KPdSU machte dem ein Ende.**

*„Am 22. August 1938 wurde Lawrenti Beria Jeschow als Assistent zur Seite gestellt. Dieser begann Jeschow aus seinem Amt zu vertreiben. Jeschow wurde daraufhin depressiv und betrank sich noch stärker. Zeitgleich versuchte er seinen Konkurrenten zu diskreditieren. Im November 1938 wurde Beria von Jeschows Leuten beschattet und sollte möglicherweise verhaftet werden. Beria konnte jedoch bei Stalin versprechen und diesen über offenkundige Missstände in der NKWD informieren, die er inzwischen herausgefunden hatte. Daraufhin kritisierten Stalin und Molotow das Vorgehen und die Methoden der NKWD in einem Schreiben vom 11. November 1938 auf das Schärfste. Am 15. November wurde die Gerichtsbarkeit der sogenannten NKWD-Troikas außer Kraft gesetzt. Am 17. November verboten der*

*Sownarkom und das Zentralkomitee der KPdSU die Durchführung von Massenverhaftungen und -deportationen. Am 24. November wurde Jeschow dann, offiziell auf seinen eigenen Wunsch hin, von Beria abgelöst. Diese Veränderung wurde am 5. Dezember 1938 durch die Zeitungen Prawda und Iswestija der sowjetischen Bevölkerung bekannt gegeben und mit Erleichterung aufgenommen.*<sup>56</sup>

Jeschow, wurde verhaftet und hingerichtet. Unter seiner Führung wurden Hunderttausende mit falschen Behauptungen verhaftet, Geständnisse durch Prügel und Folter erpresst, wurden viele unbescholtene Leute getötet. Das ZK der KPdSU unterband diese verbrecherischen Praktiken, die die KPdSU in Misskredit bringen sollten.<sup>57</sup> Chruschtschow dagegen verteidigte Jeschow noch vor seiner Geheimrede von 1956.<sup>58</sup>

Wie viele Menschen aus gerechtfertigten oder erfundenen Gründen nach dem Abschluss der Moskauer Prozesse im Rahmen der Säuberungen ab Sommer 1937 zu Tode gekommen sind, ist „umstritten“. Die Zahl schwankt zwischen 681.692 echten und vermeintlichen Oppositionellen und 387.000 Personen.<sup>59</sup> „Die Kommunisten stellten die Minderheit unter den Verhafteten und Erschossenen jener Jahre dar.“<sup>60</sup> Selbst wenn es rund 700.000 Personen gewesen sind, stünde das nicht mit den 27 Millionen sowjetischen Menschen auf einer Stufe, die von Hitler-Deutschland während des Kriegs ab 1941 getötet wurden, um die „slawischen Untermenschen“ drastisch zu reduzieren. Das war die ethnische **Säuberung nach Hitlers Art**. Bis heute nennt das offizielle Deutschland das nicht Völkermord. Man überlässt es Putin und der russischen Regierung, hält es also für ein russisches „Narrativ“. Wer immer die Meinung teilt, gilt als Marionette bzw. Freund und „Versteher“ Putins.

---

56 <https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/1021798>

57 Vgl. Furr, S. 305-315

58 Ebda. S. 41

59 <https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/1021769>

60 <https://memorial.krsk.ru/deu/Dokument/Publik/200711074.htm>

### 2.2.3 Abschließende Bemerkung von Davies

Abschließend bemerkt Davies: *„Zwar herrscht hier eine Diktatur, aber diese scheint sich wenigstens in einer Hinsicht von einer faschistischen zu unterscheiden. Die Diktatur über das Proletariat ist nicht, wie in der faschistischen Ideologie, der eingestandene Zweck oder das Endziel des hier an der Macht befindlichen Systems. Hier entschuldigt man sich sozusagen für die Diktatur. Man erklärt sie als ein realistisches Hilfsmittel, zu dem man habe greifen müssen, einzig um die Volksmassen zu schützen, bis sie soweit sind, sich selbst und nach einem System zu regieren, in dem der Idee nach das Individuum und nicht der Staat der höchste Wert ist. Dazu kommt, dass an dem aufrichtigen Wunsche des gegenwärtigen Regimes, der Erhaltung des Friedens zu dienen, nicht gezweifelt werden kann.“*<sup>61</sup>

Davies hält Hitlerdeutschland und Russland deswegen für „totalitär“, weil sie realpolitisch eingestellt, zupackend und rücksichtslos in ihren Methoden seien,<sup>62</sup> nicht weil sie von gleichem ideologischen Charakter gewesen seien. *„Nach meiner Überzeugung ist das russische Volk wie die russische Regierung und sind die Sowjetführer im letzten Grunde von altruistischen Vorstellungen getrieben. Ihr Vorsatz ist, die Brüderlichkeit unter den Menschen zu fördern und das Los der einfachen Menschen zu bessern.“* *„Das kommunistische Ideal ist, dass der Staat verschwinden und nicht mehr nötig sein könnte, in dem Maße wie der Mensch sich zur vollkommenen Brüderlichkeit entwickelt. Das nationalsozialistische Ideal ist das völlige Gegenteil – der Staat ist der höchste Wert an und für sich.“*<sup>63</sup>

## 2.3 Kein Massenmord an Deutschen geplant

Stalin äußerte sich als Volkskommissar für Verteidigung am 23. Februar 1942 über Behauptungen, die Rote Armee habe das Ziel, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Er bezeichnete das als Lüge und Verleumdung. Es gehe darum, die faschistischen deutschen Eindringlinge zu vernichten. *„Es wäre aber*

---

61 Davies 1943, S. 321

62 Ebda., S. 376

63 Ebda., S. 377

*lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. ... Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“*<sup>64</sup> Stalin bezeichnete es auch als Lüge, dass die Rote Armee deutsche Soldaten hassen und vernichten wolle, weil sie Deutsche seien, und aus diesem Hass heraus auch keine Gefangenen machten. Er betonte, es gehe um die Vernichtung der deutschen Armeen, nicht weil sie aus Deutschen bestehe, sondern weil sie die Sowjetunion unterwerfen wollten. Massenmord an deutschen „Untermenschen“ war kein Ziel der UdSSR.

Das Oberkommando der Wehrmacht sah das „entsprechend einer vereinbarten ... Sprachregelung“ anders . Mitte Juni 1941 „teilte Feldmarschall Keitel der Reichsregierung mit, sowjetische Truppenmassierungen, verbunden mit dem in der Roten Armee **gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland**‘ wiesen auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriff hin, um am 20. Juni wissen zu lassen, die Sicherheit des Reiches mache es notwendig ,diese Bedrohung unverzüglich zu beseitigen‘. ... Später gab Hitler seinen Tischgenossen plaudernd zu verstehen, dass am 22. Juni 1941 eine akute Bedrohung nicht in Rede stand.“<sup>65</sup>

## 2.4 Versklavung aller Slawen als Kriegsziel

Es war für den deutschen „Nationalsozialismus“<sup>66</sup> unerträglich, dass Kommunisten in Russland die Lage der breiten Masse dieses Vielvölkerstaates so entscheidend zu deren Vorteil verändert hatten. Sie hatten damit auch den Kapitalismus diskreditiert. Die Völker der Sowjetunion sollten die Früchte ihrer Arbeit nicht selbst genießen, sie sollten als Sklaven für deutsche Herrenmenschen arbeiten und ihnen dienen.

Die Hitlerfaschisten hassten die Slawen unabhängig von ihrer Nationalität und Religion als minderwertige Menschen. Polen, Ukrainer, Bjelorussen und Russen galten nicht als Menschen, sondern als „Un-

---

64 Stalin 1946, S. 49-50

65 Hans-Erich Volkmann, Die Legende vom Präventivkrieg, Die Zeit 13.06.1997

66 Klartext-blog 2025

termenschen“, eine Sorte Ungeziefer und Parasiten, die es auszurotten bzw. in Arbeitssklaven zu verwandeln galt. Hitler betonte: *„Der Slawe ist eine geborene Sklaven-Masse, die nach dem Herrn schreit; es fragt sich nur, wer der Herr ist. Die slawischen Völker sind zu einem eigenen Leben nicht bestimmt.“*<sup>67</sup> Und weiter: *„Nie werde ich anderen Völkern das gleiche Recht wie dem deutschen zuerkennen. Unsere Aufgabe ist es, die anderen Völker zu unterwerfen. Das deutsche Volk ist berufen, die neue Herrschicht der Welt zu werden.“*<sup>68</sup> *„Echtes Herrentum entsteht nur da, wo auch echte Unterwerfung besteht.“*<sup>69</sup>

Dass der Sozialismus der Sowjetunion und der „Nationalsozialismus“ Deutschlands wesensverwandt gewesen seien, ist eine skrupellose Geschichtsfälschung und Verharmlosung des Hitlerfaschismus.

## **2.4.1 Was deutsches Herrenmenschentum bedeutete:**

### **Entvölkerung**

*„Wir haben die Pflicht zu entvölkern, wie wir die Pflicht der sachgerechten Pflege der deutschen Bevölkerung haben. ... Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl ... darauf wird es hinauslaufen. ... Wenn ich die Blüte der Deutschen in die Stahlgewitter des kommenden Krieges schicke, ... sollte ich dann nicht das Recht haben, Millionen einer minderwertigen, sich wie das Ungeziefer vermehrenden Rasse zu beseitigen ...“*<sup>70</sup> So der „Nationalsozialist“ Hitler. Es ging um die Beseitigung vieler Millionen Menschen. Auch beim Aufbau des großdeutschen Reiches gab es für Hitler ein Problem. *„In all diesen Gebieten wohnen heute überwiegend fremde Volksstämme. Und es wird unsere Pflicht sein, wenn wir unser Groß-*

---

67 Michalka 1999, S. 247

68 Rauschnig 1940/1973, S. 44

69 ebda. S. 44 f

70 Rauschnig 1940/1973, S. 129; Hitler scheint 1934 noch nicht gewusst zu haben, dass erst der „Hitler-Stalin-Pakt“ den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat.

*reich für alle Zeiten begründen wollen, diese Stämme zu beseitigen.*<sup>71</sup>

### **Ausrottung „menschlicher Tiere“**

Heinrich Himmler hat schon Anfang 1941 erklärt, die Ausrottung von 30 Millionen Slawen werde »der Zweck des Rußland-Feldzuges« sein.<sup>72</sup> Himmler gab nach dem Einmarsch in die Sowjetunion 1942 eine Broschüre mit dem Titel „Der Untermensch“ heraus. Es enthält hauptsächlich Fotos, die ein äußerst negatives Bild dieses Feindes zeigen. In der Broschüre heißt es: „So wie sich die Nacht gegen den Tag erhebt, stehen Licht und Dunkelheit in einem ewigen Konflikt. Das gleiche gilt für Untermenschen, den größten Feind der dominierenden Spezies auf der Erde, der Menschheit. Der Untermensch ist ein von der Natur geschaffenes biologisches Wesen, das Hände, Beine, Augen und einen Mund hat, sogar den Anschein eines Gehirns. Diese schreckliche Kreatur ist jedoch nur ein Teilmensch. Obwohl er menschliche Eigenschaften aufweist, ist der Untermensch spirituell und psychologisch schwächer als jedes Tier. In dieser Kreatur stecken wilde und ungezügelter Leidenschaften: ein unerbittlicher Drang zu zerstören, gefüllt mit den primitivsten Wünschen, Chaos und Schande der Herzlosen. ... Adolf Hitler und Joseph Goebbels verglichen sie mit der "Kaninchenfamilie" oder "harten Tieren", die "inaktiv" und "desorganisiert" seien und sich wie eine "Dreckwelle" ausbreiteten.“<sup>73</sup> Die Ausrottung von „Untermenschen“ erreichte in der Ukraine, Weißrussland und Russland die größten Ausmaße, nicht zuletzt, weil der jüdische Bolschewismus für das Hitler-Regime die schlimmste Verkörperung des Untermenschentums war.

Hitler hatte Himmler zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF) ernannt und zum Chef der Generalplanung für den Ostraum, den „Generalplan Ost“. *„Die Säuberung von fremdrassigen Personen ist die kardinale volkspolitische Aufgabe, die der Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, in den angegliederten Ostgebieten zu bewältigen*

---

71 ebda. S. 42

72 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/167eichholtz.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/167eichholtz.pdf)

73 <https://de.frwiki.wiki/wiki/Untermensch>

*haben wird.*<sup>74</sup> Die ersten Dokumente des Generalplans Ost entstanden im Juli 1941 nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR.<sup>75</sup> Mit der Planung waren zunächst Hunderte, später Tausende Schreibtischtüter beschäftigt.<sup>76</sup>

### **Verhungern für Deutschland**

Die Rohstoffe der Sowjetunion und ihre industrielle Verarbeitung sollten ausschließlich den Bedürfnissen Hitlerdeutschlands dienen. Auch die Landwirtschaft sollte in erster Linie den Hitler-Armeen bzw. der Versorgung Deutschlands dienen. Am 2. Mai 1941 hieß es in einer Besprechung zur Vorbereitung des Überfalls: „1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2. Hierbei werden **zweifellos Millionen Menschen verhungern**, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“<sup>77</sup>

### **Analphabetismus und Unwissenheit**

Für Polen, Ukrainer, Russen und alle anderen „menschlichen Tiere“ im Osten sollte nur eine vierklassige Grundschule verpflichtend sein. Wir werden „der breiten Masse des untersten Standes die Wohltat des Analphabetismus zuteil werden lassen.“<sup>78</sup> „Die höheren und mittleren Schulen (sind) grundsätzlich zu schließen,“ so Dr. Wetzel, einer der wichtigsten Planer des Generalplans Ost. Rechnen bis 500, Schreiben des Namens und ein „göttliches Gebot, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein,“ sollte laut Himmler der Bildungskern sein. Lesen lernen gehörte nicht dazu. „Die volle Freiheit der Bildung ... (sei) das Privileg der Elite, einer Elite von „freien Menschen“, die Herren über Tod und Leben sind.“<sup>79</sup>

Deutsch wurde als einzige Amtssprache vorgeschrieben, der Gebrauch des Polnischen bzw. des Russischen usw. in Unterricht und Öffentlichkeit verboten. Hitler empfahl, den Sklavenvölkern über

---

74 Himmler 1940 in Topographie des Terrors 2010, S. 299

75 Michalka 1999, S. 256, Fußnote

76 Eichholz 2004, S. 802

77 Hörster-Philipps 1978, S. 293

78 ebda. S. 47

79 ebda. S. 47

den Rundfunk unbegrenzt Musik vorzusetzen. Er äußerte sich in einem seiner Tischmonologe am 22. Juli 1942, es wäre heller Wahnsinn, wenn man für die nichtdeutsche Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten eine Gesundheitsfürsorge nach deutschem Muster einrichten würde.<sup>80</sup> Dieser „nationale Sozialismus“ unterschied sich fundamental von sowjetischen Sozialismus. Er war Feind des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der maximalen Entwicklung der Fähigkeiten von Individuen.

### **Zwangsarbeit in Deutschland**

Millionen von Ukrainern, Bjelorussen und Russen wurden als Arbeitssklaven nach Deutschland verschleppt, um in der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen.

### **Den sowjetischen Kuchen zerlegen**

Am 22. Juni 1941 brachen die Wehrmacht und ihre Verbündeten mit sechs Millionen Soldaten ohne Kriegserklärung in die Sowjetunion ein. Drei Wochen später, am 16.7.1941, äußerte sich Hitler: „*Grundsätzlich kommt es ... darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.*“<sup>81</sup> Er wollte vor allem die Ukraine, Weissrussland, die Region um Leningrad und die Krim aus der Sowjetunion herausbrechen und die Sowjetunion in möglichst viele nationale Kleinstaaten zersplittern. Himmler strebte an, „*die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern.*“ In seiner Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vom 15.5.1940 führte er aus, dass alle Völkerschaften in möglichst viele nicht mit einander verbundene Individuen gespalten werden sollten, um den Volksbegriff z. B. polnisch oder ukrainisch verschwinden zu lassen. Himmler lehnte „*Völkerbrei*“ ab.<sup>82</sup> Heute sprechen Faschisten von Mischvölkern, die aufzulösen seien.

---

80 Heiber 1958, S. 300

81 Hörster-Philipps 1978, S.290

82 Michalka 1999, S. 238-240

## 2.4.2 Widerstand gegen Sklaverei

Ich bin „überzeugt“, schrieb Davies am 23.10.1941 in sein Tagebuch, „dass die Russen ‚lieber als Sklaven sterben denn als Sklaven unter Hitler leben möchten‘. Weder Stalin noch das russische Volk, das jetzt im Geiste der Opferbereitschaft von russischem Nationalismus entflammt ist und für die Heimat und ‚Mütterchen Russland‘ einen ver-zweifelten Kampf gegen die nationalsozialistische Invasion führt, würden eine ‚Beschwichtigungspolitik‘ irgendwelcher Art im Kreml dulden.“<sup>83</sup> Die Hitlerleute, überzeugt von der Minderwertigkeit der slawischen Völker, hatten sich getäuscht. Es sollte ihnen nicht gelin-gen, mit einem „Blitzkrieg“ von zwei-drei Monaten Moskau zu er-obern. Allein dass ein sowjetischer Staat von „Untermenschen“ den Herrenmenschenstaat Großdeutschland vernichtend besiegte, zeigt, dass Sozialismus und Faschismus nicht auf einer Stufe stehen.

Übrigens: im Januar 1929 waren 62,4 % der Mitglieder der sowjeti-schen kommunistischen Partei nach sozialer Herkunft Arbeiter, und das in einem rückständigen Agrarland; in der „NSDAP“ stammten 1930 nur 26,3 % aus der Arbeiterklasse,<sup>84</sup> und das in einem hochent-wickelten Industrieland. Die „NSDAP“ war eine bürgerliche, die KPdSU eine proletarische Partei.

## 2.5 Kultur des Gedenkens oder Vergessens?

Das Parlament der EU „gibt seinem tief empfundenen Respekt für jedes einzelne Opfer dieser totalitären Regime Ausdruck und fordert alle EU-Organen und Akteure auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit abscheulicher totalitärer Verbrechen gegen die Menschlichkeit und systematischer schwerer Menschenrechtsverletzungen gedacht wird und diese Handlungen gerichtlich verfolgt werden, und dafür zu sorgen, dass es nie wieder zu diesen Verbrechen kommt; betont, wie wichtig es ist, die **Erinnerung an die Vergangenheit lebendig zu halten**, da es **ohne Erinnerungsarbeit keine Aussöhnung geben kann ...**.“ (Punkt 4., S.6)

---

83 Davies 1943, 395

84 Altrichter 1986, S. 342; Hörster-Philipps 1978, S. 129

Wie steht es um die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit in Polen zwischen 1939 und 1945? Seit dem 16. Juni 2025 gibt es in Berlin in der Nähe des Bundestags den **ersten Gedenkort** für die Opfer des Hitlerfaschismus in Polen. Es ist ein 30 Tonnen schwerer Findling mit der Aufschrift „*Den polnischen Opfern des Nationalsozialismus und den Opfern der deutschen Gewaltherrschaft in Polen 1939-1945*“. Erst 80 Jahre nach Kriegsende der polnischen Opfer zu gedenken, ist keine „Erinnerungskultur“, sondern Nachweis einer Vergessenskultur. Diese hat dazu geführt, dass „*viele Deutsche ... bis heute keine Ahnung haben, was die Besatzung Polens ... bedeutete.*“<sup>85</sup> Sie bedeutete Völkermord an „slawischen Untermenschen“ zwecks Germanisierung des Landes. In Polen fielen dem 6 Millionen Menschen oder ein Sechstel der Bevölkerung zum Opfer. Irgendwann soll auf das Provisorium Findling ein Mahnmal folgen. Schon 2020 beschloss der Bundestag zwecks Erinnerung die Errichtung eines Deutsch-Polnischen Hauses, für das aber bis heute nicht einmal ein Standort gefunden wurde. Es ist ein Haus ohne Ort.

Auch der 27 Millionen Opfer des deutschen Völkermords in der Sowjetunion wird in Berlin nicht öffentlich gedacht. Seit 2014 bemühen sich Wissenschaftler mit einem Aufruf, einen Gedenkort für alle als „slawische Untermenschen“ ausgerotteten Bürger Polens, der Ukraine, Bjeloruslands und Russlands zu schaffen. Ohne Erfolg. Insgesamt waren es im Osten Europas weit über 30 Millionen Menschen, die liquidiert wurden. „*All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Unterdrückt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde. Diese Opfer wurden in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus weitgehend ausgeschlossen.*“<sup>86</sup> Sie stammten überwiegend aus der Sowjetunion.

---

85 Stefan Locke, Desinteressiert und mutlos, FAZ 1.12.2025

86 Jahn\_\_Peter\_-\_Initiative\_Gedenkort\_fuer\_die\_Opfer\_der\_NS-Lebensraumpolitik.pdf

Angesichts der massiven Förderung des Vergessens einen „*tief empfundenen Respekt für jedes einzelne Opfer*“ des Hitlerfaschismus zu heucheln, zeigt einen hohen Grad an Skrupellosigkeit. Die Entschlieung der EU erklärt feierlich, dass es ohne Erinnerung keine Aussöhnung geben kann. Richtig. Wenn aber das organisierte Vergessen Vorrang hat, geht es um eine Aussöhnung ganz anderer Art, nämlich um Aussöhnung mit dem Hitlerfaschismus! Es handelt sich bei all dem nicht um kollektive Demenz, sondern um eine organisierte Liquidation des Gedächtnisses, um die ungeheure Brutalität Deutschlands beim Kampf um Vorherrschaft zu vertuschen.

Schon der Ehrenvorsitzende der CSU Franz Josef Strauß machte klar: *„Wir müssen auch schrittweise, ich darf sagen, Meile für Meile auf einem Weg zurücklegen, in dem die Vergangenheit allmählich bewältigt und in der Versenkung, oder Versunkenheit besser gesagt, verschwindet. Denn die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftspolitische Dauerbueraufgabe lähmt ein Volk! ... Wir wollen jetzt nicht in der Barbarei oder ihrer Bewältigung fortfahren, wir wollen ein Zeitalter der Humanität, der Freiheit und des Rechtes aufbauen für alle Menschen in ganz Deutschland und in Europa, und darum kämpfen wir gegen das sowjetische Machtsystem.“*<sup>87</sup> Der Kampf setzt sich fort als Kampf gegen Russland, das die Sowjetunion beerbte und die Beseitigung jahrzehntelanger „Lähmung“.

---

87 Franz Josef Strauß, Rede auf dem Wahlkongress der CSU am 21./22.11.1986 laut Bayernkurier vom 29.11.1986, 22f.

### 3 Westmächte für Stärkung des „totalitären“ Großdeutschland

Als Ausgangspunkt für die Eroberung der Sowjetunion brauchte der deutsche Imperialismus eine Machtbasis im Zentrum Europas, ein möglichst starkes Großdeutschland. Im Sommer 1932 skizzierte Hitler dafür die Grundlinien.<sup>88</sup> Im Mittelpunkt sollte ein „*stahlharter Machtkern*“ von achtzig bis hundert Millionen Deutschen stehen. Zu diesem Kern sollten gehören: Österreich (damals noch ein eigener Staat), Böhmen und Mähren (damals noch Teil der Tschechoslowakei), die Westgebiete Polens (Westpreußen, Posen, Schlesien, Danzig usw.) und die baltischen Staaten. Diese Länder sollten „*der Abrundung unseres Kerngebiets im Westen*“ dienen. „*Selbstverständlich brauchen wir den Weizen, das Öl und die Erze dieser Länder.*“ Er vergaß zu erwähnen, dass auch Industriebetriebe, Banken und Unternehmen der annektierten bzw. besetzten Staaten von deutschen Konzernen und Banken geschluckt werden sollten.

Die Summe der von den bürgerlich-demokratischen Großmächten unterstützten bzw. geduldeten Vertragsbrüche und Annexionen erlaubte Hitlerdeutschland, den Zweiten Weltkrieg rascher vom Zaun zu brechen. Am 7. März 1936 z. B. marschierte die Wehrmacht in das laut Versailler Vertrag entmilitarisierte **Rheinland** ein, angeblich aus Protest gegen die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes. Frankreich reagierte nicht, obwohl es zu diesem Zeitpunkt militärisch stärker als Deutschland war. Hitler bekannte am 12.2.1938: „*Ja, vor zwei Jahren noch, als wir mit einer Handvoll Battallione ins Rheinland einmarschierten. - damals habe ich viel riskiert. Wenn Frankreich damals marschiert wäre, hätten wir uns zurückziehen müssen ... Aber jetzt ist es für Frankreich zu spät!*“<sup>89</sup>

**Anfang November 1937** legte Hitler seinen Generälen dar, „*dass er seine territorialen Interessen jetzt auf Österreich und die Tschechoslowakei richte, um möglichst ohne Militäreinsatz Ressourcen für die*

---

88 Rauschning 1940/1973, S. 41-43

89 Churchill 1948/1985, S. 139

*Rüstung zu gewinnen und Deutschlands strategische Lage weiter zu verbessern.*<sup>90</sup> Am 19. November 1937 besuchte der designierte britische Außenminister Lord Halifax Hitler auf dem Obersalzberg. Er versicherte, London akzeptiere, dass „früher oder später“ gewisse „Änderungen der europäischen Ordnung“ kommen müssten, in erster Linie im Hinblick auf Österreich, das Sudetenland und die Freie Stadt Danzig. Ihm käme es nur darauf an, dass diese „Änderungen“ friedlich vonstatten gingen, ohne „weitergehende Störungen“.<sup>91</sup> Halifax kündigte die Nichteinmischung bei der Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei schon früh an. Wusste er nicht, was der Hitlerfaschismus mit den Tschechen und Böhmen vorhatte? Hitler: „Wir werden die Tschechen und Böhmen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen. Wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate zuweisen. Die Tschechen müssen heraus aus Mitteleuropa.“<sup>92</sup> England wusste, was den „slawischen Untermenschen“ zgedacht war, zu denen auch die Tschechen zählten. Wie auch immer: es interessierte den britischen Imperialismus ebenso wenig wie das Schicksal ihrer afrikanischen Kolonialvölker.<sup>93</sup> Premierminister Chamberlain: „Wir dürfen uns nicht selbst täuschen, und umso weniger kleine, schwache Nationen in der Hoffnung täuschen, dass sie durch den Völkerbund Schutz gegen eine Aggression finden würden und dass man entsprechend handeln könnte, da wir wissen, dass nichts Derartiges unternommen werden könnte.“<sup>94</sup> Der Völkerbund stand damals unter der Führung Englands und Frankreichs.

### 3.1 Annexion Österreichs

Am **11. März 1938** annektierten deutsche Truppen Österreich gegen den erklärten Willen der österreichischen Regierung. Österreich wurde ein Teil Großdeutschlands. Zwar waren in den Versailler Verträgen Garantien für die Unabhängigkeit Österreichs enthalten. Eng-

---

90 Steinbacher 2025, S. 91

91 <https://www.welt.de/geschichte/article172626819/Frieden-1940-Wie-Churchill-den-Hitler-Versteher-Halifax-abservierte.html>

92 Hitler laut Rauschnig 1940/1973, S. 42

93 Elkins 2022

94 Times 23. Februar 1938

land und Frankreich und der Völkerbund setzten der Annexion aber keinen Widerstand entgegen. Die Sowjetunion schlug praktische Maßnahmen vor, fand aber kein Gehör.

Mit der Annexion Österreichs raubte die IG Farben den Chemiekonzern Skoda-Werke Wetzler ihrem Inhaber, dem Wiener Creditanstalt-Bankverein, der ihrerseits im Besitz der Rothschild-Gruppe war. Das Hauptziel der Deutschen Bank in den besetzten oder annektierten Ländern bestand darin, dort die größeren Banken zu übernehmen. Die Creditanstalt war die größte österreichische Bank. Sie war die Bank mit den größten Industriebeteiligungen. Die IG Farben vereinigten schließlich die Skoda-Werke Wetzler mit anderen österreichischen Chemiewerken zur Donau-Chemie AG. Diese stellte auf Kriegsproduktion um.<sup>95</sup> Die Alpine Montanindustrie, der bedeutendste Eisen- und Stahlkonzern, geriet mit zahlreichen anderen Werken der Eisen- und Stahlindustrie Österreichs in die Fänge der Reichswerke „Hermann Göring“. Göring bootete die Vereinigten Stahlwerke aus, die große Anteile an der Alpinen Montan gehalten hatte. Durch die von England und Frankreich geduldete Annexion wurde die industrielle Grundlage Deutschlands für den militärischen Griff nach der Weltherrschaft erheblich stärker. Großdeutschland verstärkte sich im Jahr 1938 weiter um 6,75 Millionen Österreicher und 3,5 Millionen Sudetendeutsche sowie um 110.000 qkm.

Noch am **14. März 1938** versicherte der französische Regierungschef Leon Blum dem tschechischen Gesandten in Paris feierlich, Frankreich werde seine Verpflichtungen vorbehaltlos erfüllen.<sup>96</sup> Die nach Daladier „heiligen“ Verpflichtungen ergaben sich aus einem Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei aus dem Jahre 1925. Die Sowjetunion schlug für den 18. März 1938 eine Konferenz vor, wie der französisch-sowjetische Pakt im Falle einer erneuten Bedrohung des Friedens durch Deutschland umgesetzt werden könnte. Die französische Regierung hatte jedoch jedes Interesse an ihrem Beistandspakt mit der Sowjetunion verloren.

---

95 Sasuly 1952, S. 138 f.

96 Churchill 1948/1985, S. 147 und 151

Churchill „hatte darauf gedrängt, ein Bündnis Englands mit Frankreich und Russland ins Auge zu fassen, als einzige Hoffnung, den nationalsozialistischen Ansturm aufzuhalten.“<sup>97</sup> Chamberlain lehnte das ab. Ein Blick auf die Landkarte würde schon zeigen, dass Frankreich auch zusammen mit England die Tschechoslowakei nicht retten könnte. Dazu Churchill: „Die Gewißheit aber, dass die Überschreitung der böhmischen Berge einen allgemeinen europäischen Krieg entfesseln würde, hätte vielleicht damals noch Hitlers nächsten Überfall abwenden oder doch verzögern können.“<sup>98</sup> Die französische Armee war der deutschen zum damaligen Zeitpunkt an der deutsch-französischen Grenze haushoch überlegen.<sup>99</sup> Die einzige Alternative zur Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitlerdeutschland wäre die Bereitschaft zum Krieg gewesen. Das aber schloss die Appeasement-Politik aus. Insofern konnte man sich einbilden, man habe den Frieden gefördert. Ihn auf diese Weise zu fördern, bedeutete aber, dem Hitlerfaschismus zu helfen, seinen Kriegszielen näher zu kommen.

### 3.2 Annexion des Sudetenlands

Am **29. September 1938** zwangen England und Frankreich gemeinsam mit Hitler und Mussolini die Tschechoslowakei mit dem sogenannten „Münchener Abkommen“, alle an Deutschland angrenzenden, von Deutschen bewohnten Gebiete an Deutschland abzutreten. Premierminister Chamberlain gab sich überzeugt, „dass nur die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland Hitler davon abbringen würde, die Invasion der Tschechoslowakei anzuordnen.“<sup>100</sup> Hitler log: „Das ist der letzte territoriale Anspruch, den ich in Europa zu stellen habe.“ Diese Zweckbehauptung half Chamberlain dabei, das Münchener Abkommen zu preisen, es sei „symbolisch für die Wunsch unserer beiden Völker ... niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.“ „Ich glaube, das ist Frieden für unsere Zeit,“ verkündete er großspurig. In Wirklichkeit erleichterte die Annexion des Sudetenlandes die Annexion der Rest-Tschechei. „Die Tschechen hatten an-

---

97 ebda. S. 144

98 ebda. S. 144

99 ebda. S. 172

100 ebda. S. 158

*derhalb Millionen Mann in Waffen hinter eine der stärksten Befestigungslinien Europas stehen, ausgerüstet mit Hilfe einer vorzüglich organisierten und leistungsfähigen Industrie.*<sup>101</sup> Diese Befestigungslinie fiel mit Hilfe Englands und Frankreichs in die Hände Hitlerdeutschlands, ohne dass ein Schuss gefallen war.

Das Abkommen wurde über den Kopf der damaligen Regierung Benesch abgeschlossen. Weder England noch Deutschland achteten die Souveränität eines kleinen Landes. Vertreter der Prager Regierung waren nur geduldet, um den Beschluss der führenden bürgerlich-demokratischen und der faschistischen imperialistischen Mächte entgegenzunehmen. Polen forderte vom tschechischen Nachbarland die Abtretung des Gebiets von Teschen (Těšín) und bekam es. Das Unterhaus Großbritanniens billigte das Münchener Abkommen mit 366 gegen 144 Stimmen. Die 30 bis 40 Gegner des Appeasements um Winston Churchill enthielten sich der Stimme.<sup>102</sup>

Der französische Außenminister Pierre-Etienne Flandin schickte nach der Verabschiedung des Abkommens Glückwunschtelegramme an die vier Unterzeichner Daladier, Chamberlain, Mussolini und Hitler. Die französische Regierung gratulierte sich selbst zur erfolgreichen Appeasement-Politik. Flandin wurde zwei Jahre später zeitweise stellvertretender Regierungschef der mit dem Hitlerfaschismus kollaborierenden Vichy-Regierung unter Marschall Pétain.

### **3.3 Annexion der „Rest-Tschechei“**

Mit dem Münchener Abkommen war eine Garantieerklärung Englands und Frankreichs für den Rest der Tschechoslowakei verbunden, falls diese angegriffen würde. Am **14./15. März 1939** annektierte das „beschwichtigte“ Hitlerdeutschland die gesamte Tschechoslowakei. Göring drohte mit der Bombardierung der Hauptstadt Prag, falls die tschechische Regierung die Einverleibung der Rest-Tschechei nicht billige. Daraufhin kapitulierte sie. Hitlerdeutschland erklärte die Rest-Tschechei zum „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ und rief einen faschistischen Vasallenstaat namens **Slowakei** ins Le-

---

101 ebda. S. 157

102 ebda. S. 161

ben. Kurze Zeit später stellte Reichsaußenminister Ribbentrop Litauen ein Ultimatum: Die Luftwaffe würde die litauische Hauptstadt Kaunas bombardieren, wenn Litauen das Memelland nicht an das Deutsche Reich abtreten wolle. Die litauische Regierung fügte sich der Annexion.<sup>103</sup>

*„Chamberlain hatte sich in der Hoffnung gewiegt, Hitler besänftigen und bekehren und zu einer anständigen Haltung bringen zu können.“<sup>104</sup> War die Naivität des Premierministers wirklich glaubhaft? Konnte es nicht auch eine skrupellose Gerissenheit sein, mit der geheime Verhandlungen über einen „Ausgleich“ und eine friedliche Abgrenzung der Einflussphären der beiden imperialistischen Länder verborgen wurden? „Trotz der in München abgegebenen Garantieerklärungen beschränkten sich Großbritannien und Frankreich auf eine verbale Verurteilung des deutschen Vorgehens, um einen europäischen Krieg zumindest für den Moment zu verhindern.“<sup>105</sup> Es ging England nicht darum, den Krieg im Allgemeinen hinauszuschieben, sondern nur darum, die Vorbereitung eines deutschen Kriegs zur Eroberung der UdSSR nicht zu behindern bzw. sie sogar zu fördern und selbst vom Krieg verschont zu bleiben.*

Die hochentwickelte tschechische Rüstungsindustrie (nach Kuczynski die *„beste Rüstungsindustrie der kapitalistischen Welt“<sup>106</sup>*) fiel in die Hände der Kriegstreiber in Berlin. Allein die mächtigen Skodawerke hatten eine jährliche Rüstungsproduktion, die fast so groß war wie die Italiens. Sie wurde nun zum Lieferanten für die Wehrmacht. Der IG Farben-Konzern eignete sich den Aussiger Verein an, den damals viertgrößten Chemiekonzern in Europa.<sup>107</sup> Mit der Übernahme weiterer Chemieunternehmen und Kohlenbergwerke kam die IG Farben in den Besitz der tschechischen Chemieindustrie. Krupp und Flick übernahmen die Kohle von Brüx. Die Witkowitz Eisenwerke, ein gigantischer Konzern der Schwerindustrie (Kohle, Koks, Eisen und

103 <https://de.wikipedia.org/wiki/Memelland>

104 ebda. S. 176

105 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/aussenpolitik/zerschlagung-der-rest-tschechei-1939>

106 Kuczynski 1946, S. 169

107 Sasuly 1952, S. 138-9

Stahl), wurde mit Hilfe der Dresdner und der Deutschen Bank arisiert und fiel den Göring-Reichswerken zu. **Mit der Eroberung und Teilung der Tschechoslowakei war für Deutschland der Weg zur Eroberung des Nachbarlands Polen frei.**

### 3.3.1 Kein Beistand für die Tschechoslowakei

Schon vor dem Hitler-Chamberlain-Pakt hatte der sowjetische Außenminister Litwinow am 21. September 1938 erklärt, die Sowjetunion würde der Tschechoslowakei gemeinsam mit Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auch militärische Hilfe leisten. Noch vor dem Münchener Abkommen kündigte die Sowjetunion deshalb ihren Nichtangriffspakt mit Polen, um ihren vertraglichen Verpflichtungen der Tschechoslowakei gegenüber mit dem Durchmarsch ihrer Truppen durch Polen nachkommen zu können.<sup>108</sup> Nach Meinung Churchills hätte es „*die offensichtliche militärische Überlegenheit*“ Frankreichs und Englands zum damaligen Zeitpunkt möglich gemacht, die Annexion der Rest-Tschechei zu verhindern. „*1938, als die Tschechoslowakei noch existierte, besaßen wir gute Aussichten, den Sieg zu erringen.*“<sup>109</sup> Das war auch so, weil Churchill „*die unzweifelhafte Bereitschaft Sowjetrußlands zum Anschluß an die Westmächte und zum Einsatz aller Mittel für die Rettung der Tschechoslowakei*“ feststellte.<sup>110</sup> Auf Grund des Beistandspakts mit der Tschechoslowakei war die Sowjetunion eine Garantiemacht. England und Frankreich weigerten sich, ihre eigene Garantien einzulösen, Frankreich z. B. seinen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei vom Mai 1935. London und Paris verrieten dieses Land und lieferten es an Großdeutschland aus. Chamberlain begründete das in einem Privatbrief: „*Ich halte nicht das Geringste von seinen (Russlands, d. V.) Fähigkeiten, eine wirksame Offensive durchzuführen, selbst wenn es den Willen dazu hätte. Und ich mißtraue seinen Absichten, die mir nichts mit unserer Auffassung von Freiheit gemeinsam zu haben ...*

---

108 Sayers, Kahn o.J., S. 350

109 Churchill 1948/1985, S. 223

110 ebda. S. 171

scheinen.“<sup>111</sup> Er schloss also ein gegen den Hitlerfaschismus gerichtetes Bündnis mit dem damals einzigen sozialistischen Land aus, weil es ein Land war, in dem die freie Verfügung des Kapitals über sein Privateigentum im Großen und Ganzen beseitigt war. Hitlerdeutschland jedoch erkannte wie auch England die Freiheit der Verfügung über Kapital mit aller Entschiedenheit an. Das zeigte sich u. a. daran, dass das Führerprinzip in jedem Betrieb zur weltweiten Zufriedenheit von Konzernen eingeführt und damit eine offene Diktatur über die Lohnabhängigen errichtet worden war.

### 3.4 Münchener Nichtangriffspakte mit Hitler

Einen Tag nach dem Diktat des Münchener Abkommens, am 30. September 1938, unterzeichneten Chamberlain und Hitler eine Deklaration, die einem **Nichtangriffspakt** gleichkam: „*Wir betrachten das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und das britisch-deutsche Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker, **niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen**. Wir sind entschlossen, dass der Weg der **Beratungen** derjenige sein soll, mit dem jegliche weiteren Fragen, die unsere beiden Länder betreffen, gelöst werden sollen, und wir beschließen, unsere Bemühungen, mögliche Ursachen für Meinungsverschiedenheiten auszuräumen fortzusetzen und insofern zur Friedenssicherung in Europa beizutragen.*“<sup>112</sup> Müssten nicht England und Deutschland als verbündete „Teufel“ eingestuft werden, als Brüder im Geiste des Privateigentums? Stellte dieser Pakt nicht die Weichen für Hitler-Deutschlands Drang nach Osten? Wegen des Paktes drohte ja im Westen keine Gefahr eines englischen Kriegs gegen Deutschland. „*Die auf Bewahrung der bestehenden Machtverteilung angelegte Appeasement-Strategie*“<sup>113</sup> bedeutete, dass England bereit war, die Vorherrschaft Deutschlands in Europa anzuerkennen, wenn Englands welt-

---

111 ebda. S. 173

112 <https://germanhistorydocs.org/de/deutschland-nationalsozialismus-1933-1945/gemeinsame-erklaerung-neville-chamberlains-und-adolf-hitlers-nachdem-muenchener-abkommen-zur-entschlossenheit-niemals-wieder-krieg-gegeneinander-zu-fuehren-30-september-1938>

113 Neidhart 1996, S. 169

weite Einflussbereiche von Deutschland anerkannt würden. Es ging um die Aufteilung der Welt zwischen dem englischen und deutschen Imperialismus. Offiziell galt die „Beschwichtigungspolitik“ jedoch als Politik des „*konstruktiven Abbaus internationaler Spannungen*“ mit den „*Ziel der Kriegsvermeidung*“.<sup>114</sup> Premierminister Chamberlain hatte schon 1934 in sein Tagebuch geschrieben: „*Unser größtes Interesse ist der Frieden im Sinne einer allgemeinen Befriedung. Wenn morgen völlige Sicherheit in Europa herrschte, dann wäre das für unsere weiten Handels- und Finanzverflechtungen der größtmögliche Segen.*“<sup>115</sup> Auf dieser Grundlage duldeten England die faschistischen Aggressionen Japans gegen die Mandschurei, Italiens gegen Äthiopien und Albanien, Deutschlands und Italiens gegen die spanische Republik, Deutschlands gegen Österreich und die Tschechoslowakei. Auch der Überfall Deutschlands auf Polen wurde auf dieser Basis hingenommen.

Am 6. Dezember 1938 unterzeichneten auch Bonnet und Ribbentrop, die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, einen ähnlichen Nichtangriffspakt. England und Frankreich setzten den Vorbereitungen Deutschlands, die Sowjetunion anzugreifen, keinen Widerstand entgegen.

### **3.5 Auslieferung Spaniens an Franco – Unterstützung für Hitlers Krieg**

Am 19. Juli 1936 begann unter Führung General Francos mit militärischer Hilfe des italienischen und deutschen Faschismus ein Putsch gegen die Volksfrontregierung Spaniens. England, Frankreich und auch die USA unterstützten den Putsch, indem sie Waffenlieferungen und humanitäre Hilfe für die spanische Republik verweigerten. Nach nahezu drei Jahren Widerstand siegten die faschistischen Aggressoren.

Am 16. Februar 1936 hatte in Spanien eine Volksfrontregierung mit deutlicher Mehrheit die Wahlen gewonnen. Von 441 Sitzen im Parlament entfielen auf die Parteien der Volksfront 277 Mandate, auf die

---

114 Neidhart 1996, S. 156

115 Neidhart 1996, S. 156

der „Nationalen Front“ 132 und der Parteien der Mitte 32 Mandate.<sup>116</sup> Die Regierung wurde von zwei bürgerlichen Parteien gestellt, der Republikanischen Linken und der Republikanischen Union. Beide waren Gegner der Monarchie und traten vor allem für die Trennung von Staat und Kirche und eine Agrarreform ein. Ministerpräsident wurde Manuel Azana von der Republikanischen Linken, ab Mai 1936 dann der republikanische Linke Casares Quiroga. Azana wurde Staatspräsident. In der ersten Regierung der Volksfront waren weder Minister der sozialistischen noch der kommunistischen Partei vertreten. Diese beiden Parteien waren aber Mitglieder eines Volksfront-Bündnisses (*frente popular*) und unterstützten die neue bürgerlich-demokratische Regierung.

### 3.5.1 Programm der Volksfrontregierung

Gegen diese Regierung richtete sich der Putsch Francos am 19. Juli 1936. Franco betrachtete den Staatsstreich als „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“, obwohl kein Kommunist in der Regierung saß.<sup>117</sup> Wie sah dieser „Bolschewismus“ aus? Die Volksfront-Regierung beschloss die Trennung von Kirche und Staat. Bis dahin waren alle Schulen in katholischer Hand, obwohl die große Mehrheit der spanischen Bevölkerung sich nicht am kirchlichen Leben beteiligte. Die geistlichen Orden waren „Land- und Kapitalbesitzer großen Stils“.<sup>118</sup> Tausende staatliche Schulen wurden neu gegründet.

Die Volksfront-Regierung stellte die Autonomiestatuten Kataloniens und des Baskenlandes wieder her, die von der vorherigen rechten Regierung abgeschafft worden waren. Mit einer Bodenreform wurden bis Juni 1936 an etwa 200.000 Familien knapp 756.000 Hektar Land verteilt, insgesamt bis zum Ende der Republik fünfzehnmal

---

116 Rau 2012, S. 23

117 Nach dem gescheiterten Staatsstreich vom Juli 1936 unter Franco stellte ab 4. September 1936 die sozialistische Partei PSOE mit Francisco Largo Caballero den Ministerpräsidenten. Jetzt erst traten zwei kommunistische Minister in die Regierung ein. Ab Mai 1937 löste Juan Negrín (PSOE) Caballero als Ministerpräsident bis zum Sturz der Republik ab.

118 Kirsch1973, S. 159

Millionen Hektar an 312.000 Familien.<sup>119</sup> Nach der Niederschlagung eines Aufstands von Bergarbeitern in Asturien in 1934 hatte die siegreiche rechte Regierung 30.000 politische Häftlinge inhaftiert. Die Volksfront-Regierung ließ sie frei. Von Großunternehmen in der Streikwelle 1934-35 ausgesperrte oder entlassene Arbeiter mussten wiedereingestellt und entschädigt werden. Verbotene Arbeiter- und Bauernorganisationen wurden wieder zugelassen. Betriebe, die von ihren Eigentümern verlassen worden waren, wurden nationalisiert. Damit ging fast die gesamte Großindustrie in die Hände des Volkes über. Löhne wurden erhöht, Gewinne und Spitzeneinkommen reduziert. All das war kein kommunistisches, sondern ein demokratisches Programm im Interesse der Arbeiter und Bauern. Deren Lebensverhältnisse verbesserten sich auf Kosten der Gewinne und des Eigentums des spanischen Großgrundbesitzes, des großen Kapitals und der Katholischen Kirche.

Vom Standpunkt des Großkapitals in Landwirtschaft, Industrie und Banken sowie des Auslandskapitals aus Deutschland, England und auch den USA gab es zum Sieg des Franco-Faschismus keine Alternative. Der Sieg des Faschismus in Spanien in 1939 machte alle demokratischen Maßnahmen von 1936 wieder rückgängig, vor allem die Bodenreform. Der Zustand von 1936, dass 1.260.000 Bauern vier Millionen Hektar und 13.700 Großgrundbesitzer 8,5 Mio. Hektar besaßen, wurde wiederhergestellt.<sup>120</sup> Die Enteignung des Bodens von Herzögen, Grafen und Marquis wurde aufgehoben. Die Trennung von Kirche und Staat wurde aufgehoben, die Autonomie von Basken, Katalanen und Galiciern wieder abgeschafft. Ihre Sprachen wurden verboten, die Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Presse- und Redefreiheit beseitigt.

### **3.5.2 Abwehr des faschistischen Staatsstreichs**

Die Volksfront-Regierung konnte 1936 den Putschversuch noch abwehren, denn der größte Teil der Luftwaffe, der Marine und des Heeres stand auf der Seite der Republik. Der größte Teil des Landes

---

119 Norden 1961, S. 10

120 Norden 1961, S. 120

blieb unter ihrer Kontrolle, darunter auch die großen Städte. Francos schwer bewaffnete marokkanische Kolonialtruppen waren die Hauptkräfte des Putsches. Sie und ihre Waffen konnten nur mit Transportflugzeugen Deutschlands und Italiens von Marokko nach Spanien geflogen werden. Die Matrosen der Marine hatten den Transport per Kriegsschiff verhindert. In dieser Situation wandte sich Franco an Hitler und bat um Hilfe. Ohne die Unterstützung Hitlers und Mussolinis wäre Franco gescheitert. Er war nichts Anderes als eine Marionette in der Hand vor allem Deutschlands.

### **3.5.3 Frankreich: keine Waffen an Spanien**

Die Volksfrontregierung Frankreichs hätte der mit ihr befreundeten spanischen Volksfrontregierung zum Sieg verhelfen können, wenn sie die Lieferung moderner Waffen, Panzer und Flugzeuge an sie zugelassen und internationale Unterstützung eingefordert hätte. Am 20. Juli 1936, einen Tag nach dem Putsch, bat die spanische Regierung Frankreich um Waffenlieferungen. Sie berief sich dabei auf einen Vertrag von 1935, der Frankreich das alleinige Recht auf Waffenlieferungen zugestand. Anfangs befürworteten der Sozialist Leon Blum und Daladier von der Radikalen Partei die Lieferung von Waffen. Doch die liberale Radikale Partei, vor allem Herriot, der Gegenspieler Daladiers, ihr Außenminister Delbos und Präsident Lebrun (Mitglied der bürgerlichen Oppositionspartei Demokratische Allianz) waren entschieden dagegen. Der Ministerrat Frankreichs, dessen Präsident Blum war, lehnte staatliche Waffenlieferungen ebenfalls ab. Unter diesem Druck stornierte die Regierung am 26. Juli 1936 den Waffenlieferungsvertrag und riegelte die Grenze zu Spanien ab. Die linke Volksfrontregierung Frankreich stellte Waffenlieferungen an eine demokratisch gewählte bürgerliche Regierung auf die gleiche Stufe mit Lieferungen an faschistische Verbrecher, die außerhalb jeder Legalität eine offene Diktatur unter einem Führer (Caudillo) anstrebten.

Ohne Zustimmung des Appeasement-Partners Englands wollte Leon Blum ohnehin der spanischen Republik nicht beistehen. Doch *„weite Kreise der englischen Regierung fürchteten ein unter sowjetischem*

*Einfluss stehendes Spanien und waren davon überzeugt, dass nur Franco dazu in der Lage sei, in Spanien für Recht und Ordnung zu sorgen.*“ Premier Baldwin erklärte, *„On no account, French or other, must bring us in to fight on the side of the Russians.“*<sup>121</sup> England stand rückhaltlos auf der Seite Francos. Der sozialdemokratische Sozialist Leon Blum schlug also nach Absprache mit der britischen Regierung allen europäischen Regierungen vor, sich in Spanien nicht einzumischen.

Leon Blum sagte am 6. September 1936: *„Fragen Sie sich, welche Konsequenzen dies für ganz Europa haben kann, wenn der Rüstungswettbewerb auf spanischem Boden Einzug gehalten hat.“* Er wollte keinen „Wettbewerb“ (!) mit dem Hitlerfaschismus. Er fürchtete, dass zwischen Frankreich und Deutschland ein „europäischer Krieg“ ausbrechen könnte, wenn Frankreich an die Republik Waffen liefern würde. Artikel 16 der Satzung des Völkerbundes schrieb zwar eine kollektive Aktion aller Mitgliedsstaaten gegen den Aggressor vor. Der spanische Außenminister del Vayo brachte im Mai 1938 einen solchen Antrag im Völkerbundsrat ein. England und Frankreich, vertreten Halifax und Bonnet, stimmten jedoch dagegen.

### **3.5.4 „Nichteinmischung“ statt Solidarität**

Am 9. September 1936 trat auf Initiative des französischen Präsidenten Lebrun (AD) das „Komitee für Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens“ zum ersten Mal zusammen. Das Komitee *„war Teil der Appeasement-Politik gegenüber Hitler und Mussolini.“* Ihm gehörten 27 Staaten an, neben Frankreich auch Großbritannien, die Sowjetunion, Deutschland, Italien und weitere 25 europäische Länder sowie die Türkei. Der Name „Nicht-Einmischung“ war eine offene Lüge, denn sie bedeutete, jede Unterstützung einer demokratisch gewählten Regierung gegen ihre faschistischen Feinde abzulehnen. War das etwa keine Einmischung in die Angelegenheiten Spaniens?

---

121 *„Keinerlei Umstände, französische oder andere, dürfen uns dazu bringen, an der Seite der Russen zu kämpfen.“* <https://m.bachelor-master-publishing.de/document/297178>

War das Ziel wirklich, „die Errettung Spaniens und die Errettung des Friedens zu gewährleisten?“<sup>122</sup>

Am Tag der ersten Sitzung des Komitees bombardierten deutsche und italienische Flugzeuge die Hauptstadt Madrid. Nur die Sowjetunion (und Mexiko) reagierten mit Waffenlieferungen. Die Sowjetunion lieferte u. a. insgesamt 806 Kampfflugzeuge, 362 Panzer, 15.113 Maschinengewehre, 3,4 Millionen Granaten, 862 Millionen Patronen und vieles mehr. Sie lieferte auch Tausende Tonnen Lebensmittel, Kleidung usw.<sup>123</sup> Die englische Regierung hatte die Lieferung von Waffen und Munition an die Regierung Spaniens dagegen zu einem strafwürdigen Verbrechen erklärt.<sup>124</sup> Die USA verweigerten Waffenlieferungen aus den USA an die spanische Republik, schleusten aber Waffen an Franco nach Spanien. „*Unser schrecklichstes und bedrückendstes Problem ist immer der Mangel an Waffen gewesen. Wir, eine legitime Regierung, mussten geheim und als Schmuggelgut, selbst in Deutschland und Italien, Waffen kaufen! Wir machten uns selbst Waffen. Und so schlugen wir uns durch.*“ „*Viele Soldaten seien ohne Waffen und müssten warten, bis ihre Kameraden sterben, ehe sie ein Gewehr bekämen.*“ Das erklärte Ministerpräsident Negrin in der letzten Sitzung des Parlaments der spanischen Republik.<sup>125</sup> Ohne die Verweigerung von Waffenlieferungen durch England, USA, Frankreich u. a. hätten die faschistischen Länder Deutschland und Italien und ihre Marionette Franco in Spanien nicht siegen können. Die meisten Staaten des Komitees verboten sogar auch humanitäre Hilfe. Sie duldeten, dass die Aggressoren als Mitglieder des Nicht-einmischungskomitees den Bruch der Blockade unterbinden, d. h. Schiffe mit Lebensmitteln bzw. Waffen aufbringen und sogar versenken konnten.

---

122 [https://de.frwiki.wiki/wiki/Non-intervention\\_\(guerre\\_de'Espagne\)](https://de.frwiki.wiki/wiki/Non-intervention_(guerre_de'Espagne))

123 Rau 2012, S. 69 und S. 109

124 Norden 1961, S. 45

125 Kirsch 1973, S. 402

### 3.5.5 Stärkung Deutschlands für den Weltkrieg

Wie aus den Akten der Reichsregierung hervorgeht, ging es Hitler-Deutschland vor allem darum, sich Spanien als Rohstofflieferanten für den geplanten Krieg im Osten zu sichern.<sup>126</sup> Das Hauptinteresse galt der Vorherrschaft bei der Ausbeutung der im Baskenland konzentrierten **Erz- und Eisenvorkommen**, die mit 45 Prozent einen besonders hohen Eisengehalt hatten. Etwa 40 Prozent der baskischen Eisenbergwerke befanden sich zwar in englischer Hand. Doch dank seiner militärischen Stärke exportierte Hitlerdeutschland nach der Eroberung des Baskenlandes ab Juli 1937 das gesamte baskische Eisenerz nach Deutschland, zweieinhalb mal so viel wie 1934 im ganzen Jahr. Die Eroberung des Baskenlandes wurde durch das dreistündige Luftbombardement von Guernica, der „heiligen Stadt der Basken“ am 26. April 1937 und anderen terroristischen Angriffen vorbereitet. Deutschland verlangte auch die Vorherrschaft in der Kohlebergbauregion Asturien in Nordspanien.

Ende 1938 machte Berlin die Sendung von Waffen für den entscheidenden Schlag gegen Katalonien davon abhängig, dass Deutschland 80 baskische Bergwerke und alle Bergwerke in Spanisch-Marokko übereignet wurden. Berlin setzte sich durch. Die deutschen Waffen flossen und das schlecht bewaffnete Katalonien fiel bald danach.

Deutschland hatte ferner die Vorherrschaft bei der Gewinnung von **Schwefelkies** (Pyrit). Schwefelkies enthält einen gewissen Prozentsatz Kupfer, vor allem aber bis zu 50 Prozent Schwefel. Schwefel ist zur Herstellung von Munition unverzichtbar. Die englische Rio Tinto Gesellschaft verfügte in Südspanien über 30 Prozent der Weltproduktion an Pyrit. Sie kontrollierte zusammen mit der Frankfurter Metallgesellschaft die europäische Schwefelkies-Produktion. Doch der Einmarsch der Hitlerarmee machte es möglich, auch die Pyrit-Produktion von Rio Tinto vollständig nach Deutschland umzulenken.

Auch die reichen Quecksilbergruben in Almadén fielen als Preis für Waffen und Truppen in deutsche und italienische Hand. Im Wirtschaftsleben Spaniens spielten deutsche Konzerne wie die IG Far-

---

126 Kirsch 1973, S. 19

ben, Siemens, Krupp und Continental sowie die Deutsche und die Dresdner Bank eine bedeutende Rolle. Die „Neutralität“ Spaniens machte es dem deutschen Kapital möglich, im Krieg gegen die UdSSR alle für die Kriegführung notwendigen Rohstoffe in Spanien störungsfrei abzubauen und an die Ostfront zu liefern, ebenso die von Spanien importierten Waren aus Südamerika.

Hitler und Mussolini verschafften den Invasionstruppen die Luftherrschaft über Spanien. Laut Görings Aussage vor dem Nürnberger Tribunal wollte Hitlerdeutschland Erfahrungen für den geplanten Weltkrieg sammeln.<sup>127</sup> Spanien als Verbündeter verschaffte dem Hitlerfaschismus die Kontrolle über einen großen Teil des Mittelmeeres und machte Stützpunkte für Kriegsschiffe und U-Boote möglich. Spanien schickte mit einer sogenannten Blauen Division Ende 1941 50.000 Soldaten an die Ostfront, überwiegend Truppenteile, nicht Freiwillige. Nicht zuletzt bedrohte der spanische Faschismus auch Frankreich. Frankreich war eingekreist. Andererseits zeigte die Willfährigkeit des französischen Imperialismus, dass seine offensichtliche Schwäche es lohnenswert machen könnte, nach der Eroberung Polens nicht zuerst die Sowjetunion, sondern als Erstes Frankreich anzugreifen. Ein Regime von Kollaborateuren hatte sich schon angeboten.

---

127 Norden 1961, S. 24 Quelle Fußnote 1

### 3.5.6 Trotz Vertrags kein Beistand für Polen<sup>128</sup>

Am 26. Januar 1934 hatte Deutschland auf Initiative Hitlers mit Polen einen Nichtangriffsvertrag geschlossen, ohne dass Polen als angeblicher Verbündeter des Teufels Hitler gebrandmarkt wurde. 1934 waren die Kriegsvorbereitungen noch nicht abgeschlossen, also sprach der zukünftige Aggressor von Frieden. Deutschland erklärte, es habe nicht die Absicht, Polen zu überfallen, um sich Danzig, den polnischen Korridor, ganz Schlesien und Westpreußen einzuverleiben. Doch Hitlers Einstellung zu Verträgen war glasklar: *„Ich bin bereit, alle Grenzen zu garantieren und Nichtangriffspakte und Freundschaftsverträge mit wem auch immer zu schließen. ... Warum soll ich nicht heute in gutem Glauben Verträge abschließen, um sie morgen eiskalt zu brechen, wenn es die Zukunft des deutschen Volkes gilt?“* Das hatte er schon im Oktober 1933 im Gespräch mit dem Danziger Senatspräsidenten Rauschnig (NSDAP) verkündet.<sup>129</sup>

Als die Kriegsvorbereitungen abgeschlossen waren, kündigte Berlin am 28. April 1939 den Piłsudski-Hitler-Pakt. Der Krieg gegen Polen stand also schon **vor** der Verabschiedung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts am 23. August 1939 vor der Tür. Am 29. August forderte Hitler u. a. die sofortige Abtretung Danzigs an Deutschland. Polen sollte dieses „Angebot“ bis zum 30. August 12 Uhr mittags unterschreiben. Als das unterblieb, sprach sich Deutschland das Recht auf Krieg gegen Polen zu. Am 31. August erstürmten Hunderte volks-

---

128 Polen wurde als Staat mit dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 von den Siegermächten auf einem Gebiet gegründet, das seit über 150 Jahren zwischen Preußen, Österreich-Ungarn und Russland aufgeteilt worden war. Die Provinz Posen und Westpreußen wurden damals größtenteils zu Polen geschlagen. Die mehrheitlich von Deutschen und Masuren bewohnten west- und ostpreußischen Bezirke Marienwerder und Alleinstein konnten sich in Volksabstimmungen für Deutschland entscheiden, ebenso wie Oberschlesien. Oberschlesien wurde jedoch gemäß § 88 des Versailler Vertrags nach den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen bei der Volksabstimmung zwischen Deutschland und Polen so aufgeteilt, dass die schlesischen Industriegebiete an Polen fielen. Ein Korridor in Westpreußen diente dazu, Polen einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen, trennte aber das zu Deutschland gehörende Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet. Danzig wurde ein Freistaat unter Völkerbundstatut.

129 Rauschnig 1940/1973, S. 106 f.

deutscher SS-Leute in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz in Deutschland. Sie waren angewiesen, nur polnisch zu sprechen und Beschimpfungen auszurufen wie z. B. „*Hoch lebe Polen, nieder mit den Germanen.*“<sup>130</sup> So konnte Hitler Polen als Aggressor hinstellen, gegen den sich Deutschland verteidigen müsse. Empört rief er am 1. September im Reichstag aus: „*Ab 5.45h wird zurück geschossen!*“<sup>131</sup> Die faschistische Version, wer für den Kriegsausbruch verantwortlich ist, ist eindeutig: Polen hat Deutschland überfallen und löste damit den Weltkrieg aus.

Am 31. März 1939 hatte England garantiert, dass es Polen bei einem Überfall Deutschlands militärisch zu Hilfe käme. Am 19. Mai 1939 hatte sich auch Frankreich dazu verpflichtet. Die Sowjetunion konnte keinen Beistandspakt mit Polen schließen, weil die nationalistisch-faschistische Regierung Polens das ablehnte. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen erklärten Frankreich und England also am 3. September Deutschland den Krieg. Mehr aber nicht. Sie griffen militärisch kaum ein und führten nur einen seltsamen „Sitzkrieg“.<sup>132</sup> In Polen spricht man deshalb vom „Verrat des Westens“. Die von Polen erhofften Beistandsgarantien waren nichts wert. London und Paris handelten so, als ob sie trotz ihrer Kriegserklärungen vorrangig den Münchener Nichtangriffspakt zwischen England, Frankreich und Deutschland umsetzen wollten. Sie erhofften sich, die Aggressivität des Hitlerfaschismus nach Osten lenken zu können. Die Eroberung Polens war die entscheidende Voraussetzung für den Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion.

### **3.5.7 Annexion Polens stärkte Großdeutschland**

Die Eroberung Polens stärkte die ökonomische Kraft Hitlerdeutschlands für sein Hauptziel, die Eroberung der Sowjetunion. Hitler stellte schon am 8. März 1939 vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der Generalität und der NSDAP klar: „*Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig, um polnische Lieferung landwirtschaftlicher Pro-*

---

130 Schnabel 1957, S. 383-391

131 Zentner 1975, S. 73

132 <https://de.wikipedia.org/wiki/Sitzkrieg>

dukte und Kohle für Deutschland zu sichern.“<sup>133</sup> Fünf Wochen nach Beginn des „Blitzkriegs“ war die polnische Armee besiegt. Sie hatte sich heftiger gegen die Eroberung gewehrt als die riesige französische Armee im Mai 1940 gegen die Eroberung Frankreichs.

Großdeutschland verleibte sich die Reichsgaue "Danzig-Westpreußen", das "Wartheland" sowie den polnischen Teil Oberschlesiens ein. Der Rest des besetzten Polen wurde als „**Generalgouvernement**“ weiter geführt.<sup>134</sup> Göring ordnete am 19. Oktober 1939 an, dass aus dem Generalgouvernement „*alle für die deutsche Kriegswirtschaft brauchbaren Rohstoffe, Altstoffe, Maschinen usw. herausgenommen werden. Betriebe, die nicht für die notdürftige Aufrechterhaltung des nackten Lebens der Bewohnerschaft unbedingt notwendig sind, müssen nach Deutschland überführt werden.*“<sup>135</sup> In den eroberten Ostgebieten ging es um „*die höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands.*“<sup>136</sup> Dazu gehörte auch die Übernahme der wichtigsten Industriebetriebe.

### 3.6 Frankreich: „Lieber Volksfront als Hitler“

Churchill bemerkte zur Lage in Frankreich gegen Ende der 1930er Jahre: „*Als Reaktion auf das Anwachsen des Kommunismus hatten sich bedeutende Kreise dem Faschismus zugewandt, liehen der geschickten Propaganda Goebbels ein williges Ohr ... . Auch in der Armee waren die zersetzenden Einflüsse sowohl des Kommunismus wie des Faschismus am Werk ...*“<sup>137</sup>

Als „*Anwachsen des Kommunismus*“ galt Churchill die Volksfrontregierung. Die sozialdemokratische SFIO (die französische Sektion der Arbeiterinternationale) hatte im Mai 1936 bei den Parlamentswahlen mit 20,76 Prozent die meisten Stimmen erzielt. Sie stellte mit Leon Blum den Ministerpräsidenten. Die SFIO bildete mit der Parti républicain, radical et radical-socialiste, kurz Parti radical die Regie-

133 Hörster-Philipps 1978, S. 268

134 Diese Bezeichnung knüpft an das „Generalgouvernement Warschau“ an, mit dem das Kaiserreich im Ersten Weltkrieg Eroberungen in Polen verwaltete.

135 SS im Einsatz 1958, S. 508

136 Opitz 1994, S. 810

137 Churchill 1948/1985, S. 226

rung. Die „*Die Parti radical (war) ... eine bürgerliche Partei, die entschieden für Privateigentum und Freihandel eintrat.*“<sup>138</sup> Radikal bedeutete antiklerikal und antimonarchistisch, nicht antikapitalistisch. Auf die Radikalen entfielen 15,92 Prozent der Stimmen. Die Mitglieder der Regierung setzten sich nur aus diesen beiden Parteien zusammen. Es war keine kommunistische Regierung.

Diese beiden Parteien hatten jedoch in der Nationalversammlung keine Mehrheit. Die Kommunistische Partei (PCF) hatte ihren Stimmenanteil von 8,4 auf 13,4 Prozent gesteigert. Sie tolerierte die bürgerlich-demokratische Regierung im Parlament nach Bedarf, strebte aber keine Regierungsbeteiligung an. Präsident der Nationalversammlung wurde der Radikale Edouard Herriot. Albert Lebrun (Demokratische Allianz – AD) wurde Staatspräsident. Die Demokratische Allianz bekämpfte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Volksfront-Regierung. Sie war die stärkste Partei in der 1934 gebildeten *Union nationale* und hatte 1934–35 mit ihrem Parteichef Pierre-Etienne Flandin den Regierungschef gestellt. Lebrun amtierte vom 1. Juni 1936 bis zum 9. Juli 1940.

### **3.6.1 Volksfrontregierung gegen Faschismus**

Die Volksfrontregierung richtete sich gegen die Bedrohung Frankreichs durch faschistische Kräfte. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften riefen für den 12. Februar 1934 zu einem 24-stündigen Generalstreik auf. Unter dem starken Druck von unten hatte sich der Sozialist Leon Blum bereit erklärt, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, obwohl die sozialdemokratische SFIO den sowjetischen Sozialismus als „totalitär“ ablehnte. Auch die Radikalen beteiligten sich unter Führung Daladiers an der entstehenden Volksfront. Am 14. Juli 1935 demonstrierten in Paris eine halbe Million Menschen mit Daladier an der Spitze gegen den drohenden Faschismus.

Die beiden großen Gewerkschaften CGT (Mehrheitsblock) und CGTU (der kommunistische Flügel) schlossen sich unter dem Namen CGT zusammen. 1936 wuchs die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder der

---

138 [https://de.wikipedia.org/wiki/Parti\\_republicain,\\_radical\\_et\\_radical-socialiste](https://de.wikipedia.org/wiki/Parti_republicain,_radical_et_radical-socialiste)

CGT von einer auf fünf Millionen. 1936 stieg die Zahl der Mitglieder der PCF von 70.000 auf 329.000. Unter diesen Umständen siegte die Volksfront bei den Wahlen im Mai 1936. Die Linke erhielt 5,4 Millionen Stimmen, ihre Gegner nur 4,2 Millionen.

Beflügelt durch den Sieg der Volksfront kam es Anfang Juni 1936 zu zahlreichen Fabrikbesetzungen durch Belegschaften, die nicht von den Gewerkschaften ausgingen. Zwei Millionen Beschäftigte beteiligten sich daran. *„Da sowohl die Spitzenverbände der Industrie wie die Gewerkschaften an einer baldigen Beilegung des Konflikts interessiert waren, konnten bereits am 7. Juni die bekannten Accords Matignon unterzeichnet werden. Sie hatten zum Inhalt: sofortigen Abschluß kollektiver Arbeitsverträge; Anerkennung der Gewerkschaften und Einstellung jeglicher Diskriminierungsmaßnahmen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit; Wahl von Arbeiterdelegierten in den Betrieben; Anpassung anormal tiefer Löhne und eine allgemeine Lohnerhöhung von durchschnittlich 12%. (Lohnerhöhungen sollten automatisch mit der Inflation steigen. d. V.) Diese Vertragsbestimmungen wurden ergänzt durch eine Reihe von Sozialgesetzen, die in den folgenden Tagen im Parlament zur Abstimmung gelangten: Einführung der Vierzigstundenwoche (auf der Basis der Fünftageweche und bei gleichem Lohn, d. V.); Gesetz über den kollektiven Arbeitsvertrag (das zur allgemeinen Einführung von Tarifverträgen verpflichtete d. V.); bezahlter Urlaub von zwei Wochen; Nationalisierung eines Teils der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France.“*<sup>139</sup> Das Streikrecht wurde akzeptiert und den Bauern wurden Mindestpreise für Weizen zugestanden. <sup>140</sup>

*„Niemand in der Geschichte des kapitalistischen Frankreich wurde in so kurzer Zeit so großer Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeitergesetzgebung gemacht.“*<sup>141</sup> Die Volksfront-Regierung stärkte die Position der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften auf dem Boden des Kapitalismus.<sup>142</sup>

---

139 Albertini 1959, S. 145

140 <https://gedenkorte-europa.eu/content/article/575/-/>

141 Kuczynski 1955, S. 279

142 Albertini 1959, S. 149-153

### 3.6.2 „Lieber Hitler als Volksfront“

In den Augen des französischen Kapitals schmälerte die Volksfront die Profite in unerhörtem Maße und schränkte die Freiheit der Eigentümer ein. *„Die Bereitschaft, die Sozialgesetzgebung der Volksfront zu akzeptieren und auf der neuen Basis zu verhandeln, fehlte weitgehend in den Kreisen der Arbeitgeber; ... der Widerstand versteifte sich.“*<sup>143</sup> Die Reformen zugunsten der Lohnabhängigen wurden als Einführung des Kommunismus betrachtet, vor dem nur der Hitlerfaschismus retten könne. *„Lieber Hitler als die Volksfront“* lautete schon 1936 ein Schlachtruf der französischen Konservativen gegen die Regierung von Leon Blum.<sup>144</sup> Am 15. Juni 1937 legte Blum dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der u. a. die Angleichung der Löhne mit der Inflationsrate aufhob, fünf Milliarden Francs zusätzliche Steuern vorsah und eine drastische Erhöhung der Tabakpreise, der Post- und Bahntarife. Die liberalen Radikalen stimmten in der Abgeordnetenkammer, dem «Unterhaus» des französischen Parlaments, für Blum. Doch im Senat, dem «Oberhaus», votierten sie gegen ihn. Am 21. Juni 1937 reichte Blum seinen Rücktritt ein.<sup>145</sup> Die Radikale Partei übernahm die Führung der Regierung, zunächst unter Camille Chautemps (22. Juni 1937 – 13. März 1938), dann unter Daladier (12. April – 20. März 1940).

### 3.6.3 1939: Kein Beistand für Polen – Verbot der PCF

Der Überfall Deutschlands auf Polen führte am 3. September 1939 zur **Kriegserklärung Frankreichs und Englands** an Deutschland. Die französischen und englischen Truppen waren mit zusammen 103 Divisionen gegenüber den deutschen 31 Divisionen drückend überlegen.<sup>146</sup> Doch die französischen und englischen Generalstäbe dachten nicht daran, zusammen mit den polnischen Armeen ernsthaft Krieg gegen Deutschland führen. Am 9. September drangen französische

---

143 Albertini 1959, S. 151

144 Dorothea Hahn, Auf Erfolgskurs, taz 27.03.1998

145 Bernard Schmid, 7.06.2006;

[https://archiv.labournet.de/diskussion/geschichte/bs\\_frontpopulaire.html](https://archiv.labournet.de/diskussion/geschichte/bs_frontpopulaire.html)

146 Förster u. a. Leipzig 1962, S. 34

Truppen ein paar Kilometer über die deutsche Grenze ins Saarland vor. England deutete mit einigen Luftangriffen einen Kriegseintritt an. Die Wehrmacht schlug nicht zurück, weil sie die mangelnde Kriegsbereitschaft kannte. Der „Westen“ lieferte Polen dem Hitlerfaschismus aus.

Bis zum überraschenden Überfall Deutschlands auf Frankreich, Belgien und die Niederlande am 10. Mai 1940 lagen ihre Truppen acht Monate mehr oder weniger untätig in ihren Stellungen. Sie und ihre Offiziere waren schon kriegsmüde, bevor der Krieg begonnen hatte. Churchill stellte bei einem Besuch in dieser Zeit fest, dass seine *„hochgestellten französischen Gastgeber sich von dem Begriff der Defensive beherrschen ließen.“*<sup>147</sup> Eine energische Offensive startete die französische Regierung nur gegen die Kommunistische Partei Frankreichs. Sie wurde am 26. September 1939 von der Regierung Daladier wegen ihrer Unterstützung für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt verboten.<sup>148</sup> Tausende ihrer Mitglieder wurden von ihren Funktionen in Gewerkschaften und Gemeinderäten entfernt und in Zuchthäuser und Konzentrationslager verschleppt. Der Sozialist Leon Blum begrüßte das Verbot. *„Ich habe das Gefühl, dass die Mehrheit unserer Partei die Auflösung der Kommunistischen Partei Frankreichs natürlich und gerecht findet.“*<sup>149</sup>

### 3.6.4 Unterwerfung Frankreichs – Ziel Berlins

Im Westen galt für Deutschland wie im Ersten Weltkrieg als allgemeines Ziel, hauptsächlich Frankreich auszuschalten. Am 8. März 1939 verkündete Hitler vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der Generalität und der NSDAP großmäulig: *„Deutschland wird in 1940 und 1941 ein für allemal mit seinem Erbfeinde Frankreich abrechnen. Dieses Land wird von der Karte Europas verschwinden.“*<sup>150</sup>

Zur Frage des Westfeldzugs verfasste Hitler am 9. Oktober 1939 eine Denkschrift. *„Das Ziel dieses Kampfes liegt, ..., auf der Seite des Geg-*

---

147 Churchill 1948/1985, S. 182

148 [https://de.frwiki.wiki/wiki/Loi\\_constitutionnelle\\_du\\_10\\_juillet\\_1940](https://de.frwiki.wiki/wiki/Loi_constitutionnelle_du_10_juillet_1940)

149 Kuczynski 1955, S. 285

150 Hörster-Philipps 1978, S. 269

*ners in der Auflösung bzw. in der Vernichtung des Deutschen Reiches. Das deutsche Kriegsziel hat demgegenüber in der endgültigen militärischen Erledigung des Westens zu bestehen, d.h. in der Vernichtung der Kraft und Fähigkeit der Westmächte, noch einmal der staatlichen Konsolidierung und Weiterentwicklung des deutschen Volkes in Europa entgegenzutreten zu können.*<sup>151</sup> Das Hitler-Regime plante, Frankreich und England nacheinander militärisch zu erledigen. Der Kriegsbeginn gegen Frankreich wurde nach dem Sieg über Polen auf den 12. November 1939 festgesetzt, jedoch auf Grund ungünstiger Wetterlagen 29 mal verschoben. Deutschland konnte Frankreich erst am 10. Mai 1940 überfallen. Am 22. Juni 1940 ergab sich Frankreich, nur sechs Wochen später. Die Beschwichtigungspolitik hatte vermutlich dazu geführt, dass der Hitlerfaschismus Frankreich und England für besiegbar hielt. Sie auszuschalten sollte eine zweite Front im Westen beim Überfall auf die UdSSR verhindern.

### 3.6.5 Militärische Fehleinschätzungen Frankreichs

Die französische Militärführung hatte mit der **Maginotlinie** eine gigantische Festungsanlage am Rhein und der Pfalz errichten lassen, um einen deutschen Angriff von da zu verhindern. Die Maginotlinie galt als unüberwindbar. Um diese Festungslinie zu umgehen, erfolgte der deutsche Angriff auf Frankreich im Ersten Weltkrieg über Holland und Belgien. Weder der französische Generalstab und die französische Appeasement-Regierung noch die französischen Geheimdienste hatten erkannt (oder vielleicht doch?), dass ab Februar 1940 der Schwerpunkt des deutschen Angriffs über die Ardennen erfolgen sollte. Man hielt das für ausgeschlossen, weil die Ardennen als unwegsames, bewaldetes Bergland für undurchdringlich gehalten wurden. Als zweiter Sperrgürtel dahinter lag auch noch die Maas, die zu überqueren war. Die Alliierten hatten ihre Hauptkräfte mit 86 Divisionen in Belgien und Nordfrankreich postiert, denen mit 29 Divisio-

---

151 [https://de.wikipedia.org/wiki/Ansprache\\_Hitlers\\_vor\\_den\\_Oberbefehlshabern\\_am\\_23.\\_November\\_1939#Inhalt](https://de.wikipedia.org/wiki/Ansprache_Hitlers_vor_den_Oberbefehlshabern_am_23._November_1939#Inhalt)

nen (darunter drei Panzerdivisionen und einer Luftlandedivision) nur erheblich geringere deutsche Kräfte gegenüber standen.<sup>152</sup>

Die zweite Fehleinschätzung war, dass der französische Generalstab unter General Gamelin keine Antwort auf die moderne Kriegführung der Wehrmacht entwickeln wollte. Diese beruhte auf dem Aufbau von Panzerarmeen, die durch Sturzkampfbomber (StuKas) beim Vormarsch unterstützt wurden. *„Weder in Frankreich noch in England hatte man sich über die neuen Möglichkeiten Rechenschaft gegeben, die sich daraus ergaben, dass man jetzt Panzerwagen bauen konnte, die dem Artilleriefeuer standhielten und 150 Kilometer am Tag zurücklegen konnten.“*<sup>153</sup> Panzerarmeen und Luftüberlegenheit waren die Grundlagen für die Blitzkriege Deutschlands. Gamelin war ein Gegner dieser Art von Kriegführung. Er hielt daran fest, dass Panzer nur der Unterstützung der langsam vorrückenden Infanterie dienen sollten. Dass General de Gaulle den Aufbau von Panzerarmeen befürwortete, hielt er für persönlichen Verrat. So nahmen die Dinge ihren Lauf. 42 deutsche Divisionen, darunter sieben Panzerdivisionen, standen also bereit, um über die Ardennen durchzubrechen. Die Grenze war hier am wenigsten gesichert. Der Angriff kam vollkommen überraschend. Schon am 12. Mai 1940, zwei Tage nach Kriegsbeginn, überquerten die Panzerverbände die Maas und erreichten am 20. Mai bei Dünkirchen die Kanalküste. Die alliierten Armeen in Nordfrankreich und Belgien waren damit vom Rest Frankreichs abgeschnitten.

Neun Tage nach Kriegsausbruch, am 19. Mai 1940, wurde Gamelin als Oberbefehlshaber abgesetzt. Er wurde durch General Weygand ersetzt. Weygand war Teil einer *„defaitistischen Gruppe unter Führung Marschall Pétains.“* Er trat früh für einen Waffenstillstand ein. Am 10. Juni erklärte er Paris zur Offenen Stadt, so dass die Hauptstadt kampflos eingenommen werden konnte. *„Weygand hatte ohne große Mühe Pétain davon überzeugt, dass England verloren sei. Hohe französische militärische Autoritäten hatten erklärt: ‚Binnen drei Wochen werden die Deutschen England den Hals umdrehen wie*

---

152 Förster u. a. 1962, S. 40-44

153 Churchill 1948/1985, S. 221

*einem Huhn.' Eine Union mit England einzugehen, bedeutete nach Pétain ,eine Verschmelzung mit einem Kadaver'.*<sup>154</sup> Der Kadaver war aber eher Frankreich.

Paul Reynaud (Mitglied der Alliance démocratique - AD) war bis zum 16. Juni 1940 Regierungschef. Um die sinkende Moral zu heben, holte er den 84-jährigen Marschall Pétain, einen Helden des Ersten Weltkriegs, ab dem 18. Mai als Stellvertreter in seine Regierung.

Weil Reynaud im Gegensatz zu Pétain einen Waffenstillstand ablehnte, trat er am 16. Juni zurück. Der Kapitulant Pétain trat an seine Stelle und bat am 17. Juni Hitler um einen Waffenstillstand.

Am **22. Juni 1940** wurde in Compiègne ein **Waffenstillstand** beschlossen. Deutschland diktierte für die französische Seite die Bedingungen. Frankreich, der Appeasement-Partner Englands über viele Jahre, zerriss das gemeinsame Abkommen mit England vom 28.03.1940, das vorsah, keine separaten Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen aufzunehmen. Das offizielle Frankreich wurde mit der Anbiederung an das Hitler-Regime vom Bündnispartner Englands zu dessen Feind. Unter Führung von General de Gaulle, der nach England geflüchtet war, bildete sich ab Juli 1940 jedoch eine französische Armee „freier Franzosen“, die bereit war, zusammen mit England gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen. De Gaulle wurde dafür von der Vichy-Regierung zum Tode verurteilt.

Mit dem Waffenstillstand fiel Nordfrankreich unter deutsche Besatzung, insgesamt 60 Prozent des Landes. Dazu gehörten alle französischen Großstädte sowie der größte Teil der Industrie und die französischen Atlantik-Häfen Brest, Cherbourg und Bordeaux. Elsass-Lothringen wurde erneut annektiert.

### **3.6.6 Faschistische Diktatur in Vichy**

40 Prozent Frankreichs im Süden wurden nicht besetzt. Sie unterstanden einer Regierung unter Marschall Pétain mit Sitz in Vichy. Die Vichy-Regierung *„ähnelte den beiden faschistischen Diktaturen (in Berlin und Rom d. V.) in Vielem: scharfe Pressezensur, strenge hierar-*

---

154 Churchill 1948/1985, 361 f.

chische Gliederung der Gesellschaft, massive Unterdrückung der Opposition, "Führerkult" und extreme Fremdenfeindlichkeit. Neben Freimaurern und Kommunisten waren es auch in Vichy-Frankreich die Juden, die besonders zu leiden hatten." Die faschistische Vasallenregierung hatte die Anweisungen Berlins und der deutschen Militärdiktatur umzusetzen. 1,8 Millionen Soldaten wurden Kriegsgefangene, die zur Zwangsarbeit in Deutschland eingesetzt werden konnten. Eine weitgehend entwaffnete Armee von 100.000 blieb übrig, die in Vichy-Frankreich Polizeiaufgaben erfüllen sollte. Das deutsche Militär konnte jederzeit eingreifen.<sup>155</sup> Mit Zustimmung der Vichy-Regierung wurden bis Ende 1943 650.000 Zivilarbeiter zwangsverpflichtet. Hinzu kamen in Frankreich weitere 1,4 Millionen Arbeiter, weil die deutsche Kriegsproduktion dorthin verlegt worden war. Mit dem Waffenstillstand wurde Frankreich verpflichtet, die Besatzungskosten in Höhe von 20 Mio. RM täglich zu tragen. Später summierte sich der Betrag auf 35 Mio. RM täglich.<sup>156</sup>

Nach der Kapitulation arbeitete Pierre Laval für den französischen Staat im unbesetzten Vichy ein Verfassungsgesetz aus. Es wurde von der Nationalversammlung (Abgeordnetenversammlung und Senat) am **10. Juli 1940** verabschiedet. In ihm hieß es: „Die Nationalversammlung überträgt alle Gewalt auf die Regierung der Republik, die unter der Autorität des Marschalls Petain steht.“ Damit ermächtigte sich das Parlament, sich selbst abzuschaffen und die gesamte Regierungsgewalt einem Führer zu übertragen.

569 Abgeordnete stimmten dafür, 80 dagegen. 176 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil und 20 enthielten sich der Stimme. Die 72 Abgeordneten der PCF waren schon Ende September 1939 aus dem Parlament entfernt worden. Der Präsident der Republik, Albert Lebrun (Alliance Democratique), unterzeichnete dieses Gesetz zusammen mit Pétain, dem Premierminister. „Von den 90 gewählten Mitgliedern der SFIO akzeptierte eine große Mehrheit (54 Abgeordnete) unter der Führung von Paul Faure das deutsche Diktat

---

155 <https://www.bpb.de/themen/europa/frankreich/152983/erinnerungen-an-eine-dunkle-zeit-kollaboration-und-widerstand-in-frankreich/>

156 Götz Aly, Volksstaat 2005, S. 170

*gegen die Position der Parteiführung und von Léon Blum. Obwohl diese Unterwerfung im Namen des Pazifismus gerechtfertigt war, entwickelten sich einige ihrer Befürworter zum Kollaborationismus oder zur extremen Rechten,*“ erklärte die französische Sektion der Arbeiterinternationale. Die Eingliederung der gesamten Wirtschaft Frankreichs in die Kriegsvorbereitung Hitler-Deutschlands verkauften Sozialdemokraten als Pazifismus.<sup>157</sup>

Von den 74 Abgeordneten der Radikalen Partei stimmten 61 für die faschistische Diktatur des neu geschaffenen französischen Staates und nur 13 dagegen. Daladier enthielt sich der Stimme.

Unter den 80 Gegenstimmen findet sich keine Einzige eines Abgeordneten der liberalen Alliance Democratique (AD), die mit 42 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten war. Sie scheinen alle der faschistischen Verfassung zugestimmt zu haben.<sup>158</sup> Albert Lebrun (AD) unterschrieb sie zusammen mit Pétain. Die liberale AD war bis zum bitteren Ende Teil der faschistischen Vichy-Regierung. Zwei Monate war Pierre Étienne Flandin, der Chef der liberalen AD sogar Regierungschef. Joseph Barthelemy (AD) war Justizminister der Vichy-Regierung vom 27. Januar 1941 bis zum 26. März 1943.

### **3.7 Kollaboration der französischen Industrie**

Kollaboration mit Hitlerdeutschland fand nicht nur auf dem politischen Parkett statt. Die französische Industrie insgesamt war dazu bereit. Die Aussage: *„Deutschland konnte also die gesamte Produktion und Verteilung nicht nur für die Chemieindustrie, sondern für die ganze Industrie Frankreichs bestimmen“*, wurde vom ehemaligen NSDAP-Mitglied und Vorstandsmitglied der IG Farben Georg von Schnitzler in den Nürnberger Prozessen bestätigt: *„Ja, das ist hundertprozentig richtig.“* Er bejahte auch die Aussage: *„So dass selbst nach Hitlers Treffen mit Petain in Montoire Kollaboration völlige Vorherrschaft über die französische Industrie bedeutete.“*<sup>159</sup> Das französische Großkapital trieb das Appeasement (versteckte Kollaboration)

---

157 [https://de.wiki34.com/wiki/Seccion\\_Francesa\\_de\\_la\\_Internacional\\_Obrera](https://de.wiki34.com/wiki/Seccion_Francesa_de_la_Internacional_Obrera)

158 <http://mjp.univ-perp.fr/france/80.htm>

159 OMGUS IG Farben, S. 248

mit Hitlerdeutschland vor dem Krieg weiter bis zur vollständigen Unterwerfung im Krieg. Die französischen Konzerne mussten weder beschlagnahmt noch enteignet werden. Sie kollaborierten freiwillig und unterwarfen sich den Anweisungen der Berliner Kriegsplaner. Das galt für die Regionen unter dem Besatzungsregime und für die südlichen Regionen der Vasallenregierung von Vichy. Von Schnitzler erklärte am 15. August 1945 bei einer Vernehmung: *„Der französische Beitrag zum deutschen Kriegspotential war gewaltig.“*<sup>160</sup> Genauer gesagt: die führenden Kräfte Frankreichs hatten Frankreichs gesamtes Wirtschaftspotential dem Hitlerfaschismus für die Eroberung der Sowjetunion und den Völkermord an „slawischen Untermenschen“ zur Verfügung gestellt.

### 3.7.1 Warum Kapitulation und Kollaboration?

Die Unterstützung des Hitlerfaschismus gipfelte in der Weigerung Englands und Frankreichs, beim Überfall Deutschlands auf Polen ihre Beistandsverträge zu erfüllen. Frankreich und England hofften, die Aggressivität Deutschlands dadurch in Richtung Sowjetunion abzurängen. Angesichts ihrer umfassenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Hitlerfaschismus rechneten sie nicht damit, dass Deutschland zuerst sie angreifen würde.

Hitler hatte schon 1934 in seinen Gesprächen mit Rauschning erklärt: *„Uns hemmt keine Maginotlinie. Unsere Strategie ist ..., den Feind von innen zu vernichten, ihn durch sich selbst besiegen zu lassen.“* Und weiter: *„Das gegnerische Volk muss demoralisiert und kapitulationsbereit sein, es muss moralisch in die Passivität getrieben sein, ehe man an eine militärische Aktion denken darf. ... Wir haben überall mitten im Land des Gegners Freunde, die uns helfen, wir werden sie uns zu verschaffen wissen. (Galt das alles auch für die Sowjetunion?, d. V.) ... Es ist immer dasselbe; die herrschenden Klassen kapitulieren. Warum? Defaitismus; sie haben keinen Willen mehr.“* Dann prophezeite er: *„Wir werden so sicher eine Revolution in*

---

160 OMGUS IG Farben, S. 228 f. u. 469

*Frankreich haben, wie wir sie diesmal in Deutschland nicht haben werden. ... Ich werde den Franzosen als ihr Befreier kommen.*<sup>161</sup>

Hitlerdeutschland hatte in der Tat in Frankreich ein Netz von Tausenden potentieller Kollaborateure, die von der Überlegenheit und der Unbesiegbarkeit Hitler-Deutschlands überzeugt waren. Sie saßen im Parlament, in der Polizei, im Staatsapparat, in der Generalität, in den Kommandeuren der Armeen und ihren Einheiten, in der Rüstungs- und Flugzeugindustrie und anderen Industriezweigen usw. Ihr zersetzender Einfluss trug dazu bei, dass Frankreich und seine hochgerüstete Armeen in wenigen Wochen in sich zusammenfielen.<sup>162</sup>

Allerdings waren die Kollaborateure nur teilweise eine fünfte Kolonne angeworbener Unterstützer. Es waren oft liberale Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer, die aus Furcht vor der Arbeiterbewegung und vor dem selbst erzeugten Gespenst des Kommunismus sich mit faschistischen Kräften zu einem Bündnis vereinigten. Die defätistische Grundhaltung der Mehrheit der herrschende Klasse Frankreichs war die Grundlage für die überraschend frühe Kapitulation.<sup>163</sup>

Sie gab der Einschätzung der UdSSR recht, dass die Appeasement-Politik in den 1930er Jahren dem Ziel diene, den Angriff des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion zu fördern. Anstatt zu untersuchen, wie es zu diesem realen Bündnis kommen konnte, wird bis heute lieber über ein angebliches Bündnis von Stalin mit Hitler spekuliert. Die französischen Kapitulanten sorgten dafür, dass es zu Beginn des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion keine zweite Front im Westen gegeben hatte. Der Hitlerfaschismus konnte dadurch erheblich mehr Divisionen an der Ostfront aufbieten.

Das versteckte Bündnis Frankreichs mit Hitlerdeutschland in Form der Appeasement-Politik mündete in ein offenes Bündnis in Form einer direkten Kollaboration (vgl. 1.4.4). Die Beschwichtigung des Raubtiers Hitlerfaschismus scheiterte. Sie vergrößerte nicht nur die militärische Kraft Hitler-Deutschlands, die geplante Eroberung der

---

161 Rauschnig 1940/1973, S. 14, 15

162 Entschied eine Fünfte Kolonne den Westfeldzug? [www.youtube.com/watch?v=YdCjHZ1w8Io](https://www.youtube.com/watch?v=YdCjHZ1w8Io)

163 Zum Defätismus der führenden Militärs vgl. 3.6.4

Sowjetunion umzusetzen, sondern auch ihre Kraft, vorher Frankreich und England auszuschalten. Die Rechnung, die Aggressivität des deutschen Imperialismus im Interesse eines „europäischen Friedens“ mit England und Frankreich gegen die Sowjetunion zu lenken, war nicht aufgegangen.

### 3.7.2 Laval und Darlan – Beispiele für Kollaboration

Der wichtigste Kollaborateur des Hitlerfaschismus auf politischer Ebene war **Pierre Laval**. Er trat 1924 aus der sozialistischen Partei aus und war bis zur Errichtung der faschistischen Vasallenregierung mehrere Male parteiloser Premierminister bzw. Minister verschiedener Ressorts. 1935 wurde er zum zweiten Mal Ministerpräsident und gleichzeitig Außenminister. Er ließ den französisch-sowjetischen Beistandsvertrag von 1935 einschlafen, der am 27. Februar 1936 vom französischen Parlament ratifiziert worden war. Inhalt des Vertrages war eine gegenseitige Beistandspflicht für den Fall, dass eine der Vertragsparteien Opfer eines Angriffs eines dritten europäischen Staates würde. Der Vertrag sollte ursprünglich Grundlage eines Systems der kollektiven Sicherheit gegen das faschistische Deutschland. Laval hatte daran kein Interesse.

1936 stimmte Laval der von Mussolini beabsichtigten Besetzung von Abessinien (heute: Äthiopien) zu. Als die britische Regierung das Abkommen verwarf, trat Laval zurück. Laval setzte sich 1939 für einen „Ausgleich“ mit dem Deutschen Reich um jeden Preis ein, da er Frankreichs Position im Zweiten Weltkrieg als zu schwach für einen militärischen Erfolg einschätzte.<sup>164</sup>

Pétain wurde von 1940 bis 1944 Staatsoberhaupt der Vichy-Regierung. Laval wurde anfangs deren Regierungschef, aber ab Dezember 1940 bis 12. April 1942 von Admiral Francois Darlan abgelöst, dem Oberbefehlshaber der französischen Kriegsmarine. Dieser trat zunächst dafür ein, die gesamte französische Flotte in englische, amerikanische oder französische Kolonialhäfen zu dirigieren. Als er jedoch am 17. Juni 1940 Marineminister wurde, nahm er davon Ab-

---

164 <https://dhm/lemo/biografie/pierre-laval>

stand. Denn der Waffenstillstandsvertrag, den er verhandelte, sah vor, dass die viertgrößte Kriegsflotte der Welt in deutsche und italienische Hände geraten sollte.<sup>165</sup> Darlan war ein Kollaborateur des Hitlerfaschismus, der mit der Auslieferung der Flotte an Deutschland eine tödliche Gefahr für England darstellte. Um das zu verhindern, zerstörte England die französische Flotte, soweit es möglich war.

Im April 1942 übernahm Laval auf Wunsch Pétains und Hitlers den Posten des Premierministers. In seiner ersten Rede erklärte er über den Krieg: *„Glaubt ihr, wenn die Sowjets siegen würden, würden sie an unseren Grenzen Halt machen? So stehen wir vor der Alternative: Entweder wir fügen uns in ein neues und befriedetes Europa ein ... Oder wir nehmen das Verschwinden unserer Zivilisation hin.“*<sup>166</sup> Er war offen für den Kriegseintritt Frankreichs an der Seite Hitler-Deutschlands, um sich im neuen faschistischen Europa einen würdigen Platz zu sichern. Laval hat den *„Plan einer Umkehrung der französischen Bündnisse ... , nämlich England zu erledigen und als Juniorpartner unter Naziherrschaft dem Neuen Europa beizutreten.“*<sup>167</sup> Am 22. Juni verkündete er im Rundfunk: *„Ich wünsche den Sieg Deutschlands, weil sich sonst der Bolschewismus überall ausbreiten wird.“* Im Juni 1942 fordert Laval französische Arbeiter auf, sich der deutschen Kriegsindustrie zur Verfügung zu stellen. Im September 1944 trat er wegen des Vormarsches der Alliierten zurück.

Nach dem Krieg wurde Laval als Kollaborateur hingerichtet. Pétain wurde als Kollaborateur zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde jedoch nicht vollstreckt. Das Verfahren gegen Weygand wegen Kollaboration wurde 1948 eingestellt. Darlan war Ende 1942 einem Attentat zum Opfer gefallen.

Nach dem Krieg wurden in Frankreich mehr als 10.000 Kollaborateure hingerichtet. Rund 8.800 ohne Gerichtsurteil und 1.500 durch staatliche oder militärische Gerichte.<sup>168</sup>

---

165 Churchill 1948, S. 368

166 Peter Hölzle 18.04.2012 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gluehender-hitler-verehrer-in-vichy-102.html>

167 Churchill 1948/1985, S. 363

168 [https://de.wikipedia.org/wiki/Kollaboration\\_in\\_Frankreich](https://de.wikipedia.org/wiki/Kollaboration_in_Frankreich)

### 3.8 England kapituliert nicht

Die deutschen Panzerarmeen trieben die alliierten Truppen in Flandern immer weiter an die Küste, hielten aber am 24. Mai 1940 auf Befehl Hitlers an. Er hatte die Hoffnung, dass wie Frankreich auch England zum Frieden bereit wäre und sich in den Kriegsblock gegen die Sowjetunion einspannen ließe. Die früheren intensiven Verhandlungen hatten das ja möglich erscheinen lassen (vgl. 1.3 und 1.4). Hitlerdeutschland ließ also zu, dass die bei Dünkirchen auf engstem Raum eingekesselten 340.000 Soldaten (zu zwei Dritteln Engländer) unter Verlust der gesamten Ausrüstung von der englischen Kriegsflotte und zahlreichen anderen Schiffen nach England ausgeschifft werden konnten. Doch im Gegensatz zu Frankreich war die Appeasement-Regierung von Chamberlain am 10. Mai 1940, dem Tag des Überfall Deutschland durch eine Regierung unter Führung von Winston Churchill abgelöst worden. Dieser war im Gegensatz zu den Pétains nicht bereit, sich dem deutschen Imperialismus unterzuordnen.

Die Konservativen besaßen zu diesem Zeitpunkt im Unterhaus an die 120 Stimmen mehr als die anderen Parteien zusammen. Doch bei einer Vertrauensabstimmung am 9. Mai hatte Chamberlain auf Grund der Niederlage der englischen Marine im Kampf gegen die deutsche Invasion in Norwegen eine schwere Niederlage erlitten. Seine Einparteienregierung hielt zwar immer noch eine Mehrheit von 81 Stimmen, aber 30 Konservative stimmten zusammen mit der Labourparty und den Liberalen gegen ihn. Weitere 60 enthielten sich der Stimme.<sup>169</sup> Nach wie vor war Churchill innerhalb der Konservativen Partei in der Minderheit. Die Konservative Appeasement-Partei hätte mit Hitler einen schon lange verhandelten Frieden schließen können. Hitler machte ein Friedensangebot nicht nur beim Abzug der englischen Truppen in Dünkirchen sondern auch am 19.7.1940 im Reichstag. England hätte seine Kriegserklärung vom 3.9.1939 zurückgenommen und wäre mit einigen Zugeständnissen neutral geblieben. Hitler hätte den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt

---

169 Churchill 1948, S. 255-6

früher brechen und die Sowjetunion früher überfallen können. Schon am 31.7.1940 beschloss Hitler, die Sowjetunion im Frühjahr 1941 anzugreifen. *„Ist Russland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland.“*<sup>170</sup> Hitler-Deutschland hätte sich dann gestärkt auf die Eroberung Englands konzentrieren können.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Liberalen Frankreichs, die sich dem Hitlerfaschismus beugten, waren vor allem Labour als Repräsentantin der Arbeiterbewegung und die Liberalen kriegsbereit. Chamberlain trat zurück, um einer Allparteienregierung der Konservativen unter Führung Churchills zusammen mit Labour und den Liberalen Platz machen. Clement Attlee (Labour) wurde Vizekanzler, Ernest Bevin (Labour), Führer der Transportarbeitergewerkschaft, der größten Gewerkschaft Englands, wurde Arbeitsminister, Sir Archibald Sinclair, der Führer der Liberalen, Luftfahrtminister. Ein Drittel der Minister des neuen Kabinetts hatten als Konservative die Appeasement-Politik vertreten, ordneten sich aber dem neuen Kurs unter. Der Widerstandsgest der Arbeiterbewegung war ausschlaggebend dafür, das Angebot Hitlers auszuschlagen.

Ein bedeutender Teil der englischen Bourgeoisie wäre bereit gewesen, Hitlers „Friedensangebot“ anzunehmen. 1993 veröffentlichte der Historiker John Charmley unter dem Titel „Churchill: the End of Glory“ eine Biographie Churchills. Er legte dar, dass Churchill das Friedensangebot Hitlers hätte annehmen sollen, um Menschenleben zu retten. Rund eine halbe Million Menschen sollen dem Krieg zum Opfer gefallen sein, 300.000 tote und vermisste englische Soldaten, 109.000 Tote in den Kolonien und 90.000 Zivilisten.<sup>171</sup> *„Hitler würde in Russland einmarschiert sein und die zwei ekelhaftesten Diktatoren würden sich gegenüber gestanden haben wie zwei große übergewichtige Schwergewichtsboxer. ... Der 'Sieger' würde entweder Russland oder Deutschland sein und sie würden so zerschmettert durch ihren Erfolg sein, dass sie nicht in einer Position gewesen*

---

170 Michalka S. 190

171 Churchill 1948, S. 266

wären, noch irgend jemanden zu bedrohen.“<sup>172</sup> (eigene Übersetzung) Alan Clark, ein früherer konservativer Verteidigungsminister im Kabinett von Margret Thatcher, teilte in der Times diese Position. „Wir würden Frieden geschlossen haben und ... das würde uns eine schreckliche Masse an Blutvergießen erspart haben und eine riesige Menge von Reichtümern und hätte uns in den 40er und 50er Jahren sehr viel stärker bleiben lassen.“<sup>173</sup> Auch Hans Christoph Schröder kritisiert Churchills „mangelnde Einsicht“, „wenn er selbst nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Unterschied zu Außenminister Halifax keine wirkliche Bereitschaft zeigte, einen Kompromissfrieden mit Hitler zu suchen.“<sup>174</sup> Er hätte sich also mit Hitler über die Art der Aufteilung der Welt einigen sollen, um das British Empire zu retten.

---

172 <https://scholar.lib.vt.edu/VA-news/ROA-Times/issues/1993/rt9301/930105/01050052.htm> Roanoke times vom 5. Januar 1993

173 Ebda.

174 Schröder 1999, S. 55

## 4 Nichtangriffspakt Berlin - Moskau

**Initiative ging von Deutschland aus.**

„Die entscheidenden Kontakte zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung fanden ... wohl nach dem Abschluss eines politischen Abkommens zwischen der Sowjetunion und den Westmächten am 24. Juli und vor der Aufnahme der Verhandlungen um ein militärisches Beistandsabkommen am 12. August statt. **Die Initiative ging dabei von deutscher Seite aus**, (Hervorhebung d. V.)... Am 15. August verlas Schulenburg eine Erklärung Ribbentrops vom Vortag (also vom 14. August, d. V.), dass Deutschland gegenüber der UdSSR auf Gewalt verzichten, Territorialfragen regeln und gegenseitige ‚Lebensräume‘ anerkennen würde. **Darauf** teilte am 17. August Molotow mit, die Sowjetunion wünsche den ‚Abschluß eines Nichtangriffspaktes oder die Bestätigung des Neutralitäts-Pakts von 1926‘ mit einem speziellen Protokoll über die Interessen der vertragschließenden Parteien als Teil des Vertrags. Nach Gesprächen über Details überbrachte Botschafter Schulenburg Außenminister Molotow am 17. August eine Note, in der die Deutschen ihre Bereitschaft zum Nichtangriffspakt schriftlich zum Ausdruck brachten, dem ein vertrauliches Sonderprotokoll bezüglich der Interessensphären beigelegt werden solle. In Anlehnung an die mündlichen Vereinbarungen Molotows und Schulenburgs fertigte Friedrich Gaus, der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, den Text des späteren Vertragswerkes an, den Ribbentrop am 23. August 1939 mit nach Moskau brachte.“<sup>175</sup>

„Molotow aber ging nun auf Ribbentrops Vorschlag ein und bot Berlin am 17. August 1939 einen gemeinsamen Pakt an.“<sup>176</sup> Welchen Vorschlag Ribbentrop überbracht hatte, schildert die Bundeszentrale für politische Bildung ausführlich.<sup>177</sup> Sie bestätigt, dass die Initiative

---

175 Zit. aus [https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-sowjetischer\\_Nichtangriffspakt](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-sowjetischer_Nichtangriffspakt)

176 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/190237/vor-80-jahren-hitler-stalin-pakt/>

177 ApuZ 51/1959 [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/525918/hitler-weg-zur-verstaendigung-mit-russland-im-jahre-1939/](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/525918/hitler-weg-zur-verstaendigung-mit-russland-im-jahre-1939/)

von Deutschland ausging. *„Es kann kein Zweifel sein: die Entscheidung war gefallen, Hitler hatte sich nunmehr entschlossen, alles aufzubieten, um auf dem Wege über Rußland dem Westen die Möglichkeit zu einer wirksamen Unterstützung der Polen aus der Hand zu schlagen.“* Die Machthaber in Berlin wollten mit dem Angebot eines Nichtangriffspakts an die Sowjetunion sicher gehen, dass es bei dem geplanten Überfall auf Polen auf keinen Fall einen Zweifrontenkrieg im Westen und Osten geben würde.

### **Sowjetunion veranlasst Hitler zum Krieg?**

Der Historiker Kurt Zentner erklärte schon 1963, es sei die Zustimmung der Sowjetunion zu einem Nichtangriffsvertrag mit Hitlerdeutschland gewesen, die Hitler zum Angriff auf Frankreich „*veranlasst*“ habe. *„So wie Stalins Unterstützung Hitler ... dazu veranlasst hat, den Angriffsbefehl gegen Polen zu geben, so ist es nun die sowjetische Unterstützung, die ihn dazu bewegt, nunmehr ... auch den Befehl zum Angriff im Westen zu erteilen.“*<sup>178</sup> So erscheint der Angriff auf Frankreich als Stalins Verschulden. Es stimmt: *„Hitlers Verständigung mit Stalin hatte es ihm ermöglicht, die deutschen Streitkräfte im Osten auf ein Minimum herabzusetzen.“*<sup>179</sup> Frankreich als Großmacht auszuschalten, war jedoch ein Ziel Deutschlands schon lange vor dem Hitler-Stalin-Pakt. Zentner möchte Deutschland mit Geschichtsfälschung von der Schuld befreien, vor oder nach 1933 jemals einen Angriffskrieg gegen Frankreich geplant zu haben, um dieses Nachbarland auszuschalten. Zentner vertuscht ebenfalls, dass Frankreich sich auch durch die Ablehnung eines Dreierbündnisses mit der UdSSR selbst geschwächt hatte.

### **Auch ohne Dreierbündnis eine zweite Front eröffnen?**

Churchill hatte schon 1938 ein militärisches Dreierbündnis mit der Sowjetunion gefordert. Jetzt aber schob das wendige Schlitzohr die Schuld an der Niederlage Frankreichs auf die Sowjetunion, weil sie nicht auch ohne Dreierbündnis im Osten in den Krieg gegen Deutschland eingetreten sei. *„Ohne zu ahnen, was ihr selbst bevor-*

---

178 Zentner 1963/1975, S. 122

179 Churchill 1948/1985, S. 282

*stand, sah die Sowjetunion die Vernichtung jener ‚zweiten Front‘ im Westen mit an, nach der sie bald so sehnlich rufen und auf die sie so lange und so schmerzlich warten sollte. Hitler war daher in der Lage, seinen Sturm auf Frankreich mit 126 Divisionen und der Gesamtheit seiner gewaltigen Panzermacht von zehn Divisionen zu beginnen.“<sup>180</sup>*

Dass die Sowjetunion nicht gehnt habe, dass Hitler-Deutschland sie angreifen wollte, ist bodenloser Schwachsinn. Nach dem Motto „Das habt ihr nun davon!“ deutet Churchill an, dass England (und die USA) fast drei Jahre lang keine zweite Front im Westen eröffneten, weil die Sowjetunion angeblich Frankreich und England 1940 im Stich gelassen habe, indem es keine zweite Front eröffnete.

*„Nach der Kapitulation Frankreichs vom 22. Juni 1940 wollte die NS-Führung auch Großbritannien möglichst schnell niederringen, um den Rücken für den beabsichtigten Krieg gegen die Sowjetunion frei zu haben. Um für die geplante Invasion in England die erforderliche Lufthoheit zu gewinnen, begann am 13. August 1940 die ‚Luftschlacht um England‘. ... Innerhalb weniger Wochen sollte das süd-englische Verteidigungsnetz zerschlagen oder im günstigsten Fall Großbritannien zur Kapitulation gezwungen werden.“* Das gelang nicht. *„Im Frühjahr 1941 wurde der Luftkrieg gegen England eingestellt: Hitler benötigte die Flugzeuge nun für den Überfall auf die Sowjetunion.“<sup>181</sup>* Auch hier griff die Sowjetunion nicht ein, als ob sie *„nichts von der Schwere ihrer eigenen Gefährdung zu ahnen“* würde.<sup>182</sup> Es muss sich in Churchills Augen bei der sowjetischen Regierung um Idioten gehandelt haben.

Um einen Zweifrontenkrieg bei den Überfällen auf Polen, Frankreich und England auszuschließen, waren die Machthaber in Berlin zu weitreichenden Zugeständnissen an die Sowjetunion bereit. Das entspricht auch Darstellungen aus der Sowjetunion. *„Die Deutschen hatte die Angst vor einem Zweifrontenkrieg gepackt. Deshalb bewarben sie sich um die Gunst der Regierung der UdSSR, von der Hoff-*

---

180 Churchill 1948/1985, S. 283

181 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/luftschlacht-um-england-194041>

182 Churchill 1948/1985, S. 329

nung geleitet, ein Abkommen der Sowjetunion mit England und Frankreich über gegenseitige Hilfe zu verhindern. ... Im Sommer 1939 schlugen die Deutschen der Sowjetregierung auch vor, einen Nichtangriffsvertrag zu schließen. Die Regierung der UdSSR ging auf den deutschen Vorschlag ein.<sup>183</sup> „Es wäre eine infame Verleumdung, zu behaupten, dass der Abschluss des Paktes zu den Absichten der Außenpolitik der UdSSR gehört hätte.“<sup>184</sup> Hätten England und Frankreich einem Dreierbündnis zugestimmt, hätte die UdSSR keinen Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland schließen müssen.

Hitler konnte ohne Probleme einen Vertrag mit vorteilhaften Bedingungen für die Selbstverteidigung der Sowjetunion unterschreiben, weil der „Blitzkrieg“, den Deutschland plante, alle Zugeständnisse zunichte machen sollte.

Inzwischen soll anderes Wissen gesichert sein: „Die Initiative zu den Gesprächen (über einen Nichtangriffspakt, d. V.) ging von Stalin aus, der tiefes Mißtrauen gegenüber Frankreich und Großbritannien hegte, die darum bemüht waren, ihn zu einem gemeinsamen Bündnis gegen Deutschland zu bringen, weil sie hofften, ein solches Bündnis werde Hitler einschüchtern und einen Krieg verhindern. ... Auf Stalins Verhandlungsvorschlag ging Hitler nach anfänglichem Zögern ein, um beim Angriff auf Polen einen Zweifrontenkrieg gegen die Sowjetunion und die Westmächte zu vermeiden.“<sup>185</sup> Das legte Prof. Sybille Steinbacher, Direktorin des Frankfurter Fritz Bauer Instituts, 2025 in einem Buch vor, das laut FAZ „die Forschungsergebnisse der vielen Hitler-Biographien und der umfassenden Literatur über den Nationalsozialismus nüchtern .. präsentiert“.<sup>186</sup>

Die Initiative zum Pakt ging von Berlin aus, **nicht** von Moskau. Es waren **nicht** England und Frankreich, die sich bemühten, die widerstrebende Sowjetunion zu einem gemeinsamen Bündnis gegen Hitler zu bringen, sondern umgekehrt. England und Frankreich setzten auf ein

---

183 Potjomkin 1948, Dritter Band/Teil 2, S. 353-4

184 Informationsbüro 1948, S. 48

185 Steinbacher 2025, S. 101

186 Hans Riebsamen, Wie Sybille Steinbacher zur Aufklärung der NS-Zeit beiträgt, FAZ vom 27. August 2025

Bündnis mit Hitlerdeutschland mit dem Ziel, die Welt in jeweils respektierte Einflussgebiete aufzuteilen. Soll das ein Grund für Vertrauen sein? Das Misstrauen bestand zu Recht, weil das Vertrauen der englischen Regierung in Hitlers Friedensabsichten absurd war. Besser „gesichert“ ist folgendes Wissen: *„Die Verhandlungen (Englands) mit der Sowjetunion, die nach langem Zögern im April 1939 begannen, sollten zunächst die Tür für ein vielleicht doch noch mögliches Arrangement mit Deutschland nicht zuschlagen. Deutschland sollte eine Warnung erhalten, sich aber nicht eingekreist fühlen.“*<sup>187</sup> Im Klartext: England lehnte eine „Einkreisung“, d. h. einen Zweifrontenkrieg im Westen und Osten Deutschlands als Reaktion auf den bevorstehenden Überfall auf Polen ab. Die Verhandlungen mit der UdSSR sollten nur eine Warnung sein, also nicht etwa ein militärisches Bündnis mit der Sowjetunion zum Ziel haben.

## 4.1 Moskau für Pakt mit Hitler - Warum?

Als 1939 die Kriegsgefahr durch das aggressive Deutschland größer wurde, wuchs die Stimmung in der Öffentlichkeit Großbritanniens, die Bedrohung wirksam abzuwehren. England hatte Polen und Rumänien Beistandsgarantien gegeben. *„Diese Zusicherungen besaßen nur im Rahmen einer allgemeinen Vereinbarung mit Russland irgendwelchen militärischen Wert. Daher wurden endlich zu diesem Zweck am 15. April 1939 in Moskau Besprechungen zwischen dem britischen Botschafter und Litwinow aufgenommen.“*<sup>188</sup> Litwinow war der Volkskommissar der UdSSR für Auswärtige Angelegenheiten.

### 4.1.1 Dreierbündnis gegen Hitlerdeutschland scheitert

Die Sowjetunion legte am 16. April 1939 einen Vorschlag vor *„für die Schaffung einer gemeinsamen Front zu gegenseitiger Hilfeleistung zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR. Diese drei Mächte, wenn möglich mit Teilnahme Polens, sollten außerdem die Grenzen derjenigen Staaten in Mittel und Osteuropa garantieren, die von der deutschen Aggression bedroht waren. Das Hindernis für ein*

---

187 Niedhart 1996, S. 172-3

188 Churchill 1948/1985, S. 176

*solches Übereinkommen bestand darin, dass diese Grenzländer sich davor fürchteten, Rußlands Hilfe anzunehmen, den Sowjetarmeen den Durchmarsch durch ihr Gebiet zu gestatten und damit dem sowjet-kommunistischen System einverleibt zu werden, dessen heftige Gegner sie waren. Polen, Rumänien, Finnland und die drei baltischen Staaten wußten nicht, ob der Angriff von Seiten Deutschlands oder die Rettung durch Rußland sie mit größerem Schrecken erfüllte. ... Dennoch kann selbst im Rückblick kein Zweifel darüber bestehen, dass es von Seiten Großbritanniens und Frankreichs richtig gewesen wäre, das russische Angebot anzunehmen, den Dreibund zu proklamieren und die Ausarbeitung der Methode, wie er im Kriegsfall wirksam gemacht werden konnte, den Verbündeten zu überlassen. Das Bündnis von England, Frankreich und Rußland hätte Deutschland im Jahr 1939 mit größter Beunruhigung erfüllt. ... Hitler konnte es sich weder leisten, einen Zweifrontenkrieg, den er selbst so scharf verurteilt hatte, zu führen, noch hätte er es zulassen können, in seiner Aggressionspolitik zum Stillstand gebracht zu werden. Es war bedauerlich, dass er nicht in diese Enge getrieben wurde, die ihn leicht das Leben hätte kosten können. ... Da wir uns in diese furchtbare Lage von 1939 gebracht hatten, war es lebenswichtig, den Weg einzuschlagen, der bessere Aussichten bot. Wenn Chamberlain zum Beispiel beim Empfang des russischen Angebots geantwortet hätte: 'Ja, wir drei wollen uns zusammentun und Hitler das Genick brechen', so hätte das Parlament zugestimmt; Stalin wäre zufrieden gewesen, und die Geschichte hätte vielleicht einen anderen Verlauf genommen. Wenigstens hätte sie keinen schlimmeren nehmen können.'*<sup>189</sup>

Anfang 1934 antwortete Hitler auf die Frage Rauschnings: „Wenn es aber zu einer Allianz England, Frankreich, Rußland kommt?“ „Dann werde ich nicht mehr leben. Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir selbst untergehend noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird eines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht.“<sup>190</sup> Der Hitlerfaschismus war nicht im geringsten daran interes-

---

189 ebda. S. 177 f.

190 ebda. S. 114 f.

siert, es zu einem Dreierbündnis kommen zu lassen, mit dem es untergehen könnte.

Die Gespräche, die England mit der Sowjetunion über einen Beistandspakt im Fall eines deutschen Überfalls auf Polen führte, verstand die Hitlerregierung als „Einkreisungspolitik“. Einkreisung Deutschlands bedeutet einen Zweifrontenkrieg im Westen und im Osten, der angesichts überlegener feindlicher Kräfte einen Sieg Deutschlands unwahrscheinlich machte. Die Ablehnung eines Bündnisses mit der Sowjetunion durch England und Frankreich versetzte Deutschland in die von Hitler gewünschte Lage, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Die Ablehnung einer Zweifronten-Einkreisungspolitik zeigte sich darin, dass England und Frankreich es ablehnten, einen Pakt aller Länder abzuschließen, deren „kollektive Sicherheit“ durch den Hitlerfaschismus bedroht war.

#### **4.1.2 Polen und Baltikum - Gegner sowjetischer Hilfe**

Nach Auffassung der Sowjetunion sollten gegenseitige Beistandsgarantien für alle Staaten Mittel- und Osteuropas abgegeben werden, also auch für Polen, Rumänien, Finnland und die drei baltischen Länder. *„Die Regierungen von Polen und Rumänien nahmen zwar die britische Garantie an, waren aber nicht bereit, eine ähnliche Verpflichtung in der gleichen Form von der russischen Regierung entgegenzunehmen. Eine ähnliche Haltung herrschte in einem anderen strategisch wichtigen Gebiet – in den baltischen Staaten. Die Sowjetunion gab unmißverständlich zu verstehen, dass sie einem gegenseitigen Beistandspakt nur dann beitreten werde, wenn Finnland und die baltischen Staaten in eine allgemeine Garantie miteinbezogen würden. Alle diese vier Staaten weigerten sich aber, eine derartige Bedingung anzunehmen ... Finnland und Estland erklärten sogar, dass sie eine Garantie, die ohne ihre Zustimmung auch auf sie ausgedehnt würde, als einen Angriffsakt betrachten würden. Am 7. Juni 1939 unterzeichneten Estland und Lettland Nichtangriffspakte mit Deutschland. Auf diese Weise drang Hitler mühelos in die letzten gebrechlichen Verteidigungswerke der unentschlossenen Koalition*

ein.“<sup>191</sup> Die estnischen und lettischen Nichtangriffspakte mit Hitler werden von Deutschland bzw. der EU nicht als unmoralische Teufelspakete und Bündnis mit dem Hitlerfaschismus bewertet. Bei ihren Pakten mit Hitlerdeutschland sahen sie offensichtlich ihre Unabhängigkeit nicht gefährdet, wohl aber bei einem Beistandspakt mit der UdSSR.

Nach Außenminister Lord Halifax sollte sich die Sowjetunion verpflichten, Lettland, Estland, Litauen und Finnland bei einem Überfall Deutschlands militärischen Beistand zu leisten, jedoch ohne jede Verpflichtung Englands, ebenfalls Beistand zu leisten. Das wurde u. a. damit begründet, dass England die Unabhängigkeit und Souveränität der baltischen Länder achten würde. Andererseits hatte *„Russland sich eindeutig erboten ..., Großbritannien und Frankreich zu Hilfe zu kommen, wenn deren Lebensinteressen durch einen deutschen Angriff auf Belgien oder Holland berührt würden, einerlei, welcher Art dieser Angriff wäre.“*<sup>192</sup>

Ein Militärabkommen der drei Mächte scheiterte daran, dass es die polnische Regierung der UdSSR nicht erlauben wollte, mit ihren Truppen der Hitler-Wehrmacht auf polnischem Territorium entgegenzutreten. Auch die Westmächte lehnten das ab.<sup>193</sup> Wie aber hätte die Sowjetunion Polen militärisch unterstützen sollen, wenn die Rote Armee die im Westen Polens eingedrungenen deutschen Aggressoren nicht in Polen selbst militärisch bekämpfen durfte? Polen zog es vor, seine als „slawische Untermenschen“ geltenden Bewohner vom Hitlerfaschismus fressen zu lassen, statt sich mit Hilfe eines sozialistischen Landes gegen seine Versklavung zu verteidigen. Nur ein solcher Beistandspakt, eine reale Drohung mit einem Zweifrontenkrieg im Westen und Osten Polens, hätte Hitlerdeutschland davon abhalten können, Polen anzugreifen. So konnte der mit Hilfe u. a. der USA, Englands und Frankreichs hervorragend gerüstete Hitlerfaschismus in einem kurzen „Blitzkrieg“ die polnische Armee zerschlagen.

---

191 Churchill 1948/1985, S. 181

192 Davies 1943, S. 353

193 Johann Georg Reißmüller, Der Pakt, FAZ 22.08.2009

Da England und Frankreich ein militärisches Bündnis ablehnten, war die Sowjetunion auf sich allein gestellt. Sie beschloss also, in erster Linie sich selbst zu schützen. Wäre ein Dreierbündnis zustande gekommen, hätte sich ein Vertrag mit Hitlerdeutschland erübrigt. *„Dass der Abschluss eines derartigen Abkommens überhaupt möglich war, stellt den Höhepunkt der diplomatischen Mißerfolge dar, welche die britische und die französische Außenpolitik seit mehreren Jahren zu verzeichnen hatten.“*<sup>194</sup> Churchill sieht klarer als andere, dass die Sowjetunion nicht einen Pakt mit Hitlerdeutschland, sondern mit England und Frankreich schließen wollte. Trotzdem sät er Zweifel. *„Trotz all den Ereignissen, welche völlig leidenschaftslos ... dargestellt worden sind, konnte doch nur der totalitäre Despotismus in den beiden Ländern das Odium eines so widernatürlichen Vorgehens auf sich nehmen.“*<sup>195</sup> Churchill als entschiedener Vertreter des englischen Imperialismus wusste natürlich, dass es die Regierung Englands selber war, die offen und insgeheim einen „widernatürlichen“ Hitler-Chamberlain-Pakt betrieb (vgl. 1.4.1). War auch sie totalitär?

Aber er geht noch weiter: *„Der Pakt von Moskau,“* schreibt er, *„bildet das vorzüglichste Beispiel dafür, (wie leicht sich überschlaue Männer und Staatsmänner in ihren eigenen komplizierten Rechnungen verstricken). Nur zweiundzwanzig Monate sollten vergehen, bis Stalin und die russische Nation mit ihren vielen Millionen Menschen ein entsetzliches Reuegeld dafür zahlen mussten.“*<sup>196</sup> Das sei das Ergebnis, *„wenn eine Regierung keine moralischen Bedenken hat.“*<sup>197</sup> Die Sowjetunion soll also am Überfall Hitler-Deutschlands auf sie selbst schuld sein. Schließlich habe sie das Tor zur Hölle mit dem Pakt mit Hitler eigenhändig geöffnet. Er beschuldigt die Sowjetunion, den Überfall des deutschen Imperialismus auf sich selbst verschuldet zu haben. Vielleicht weil sie die Dreistigkeit hatte, Ergebnis einer sozialistischen Revolution zu sein?

---

194 Churchill 1948/1985, S. 187

195 ebda. S. 186

196 ebda. S. 187 f.

197 ebda. S. 188

Da liegt der ehemalige Außenminister Henry Kissinger eher richtig, wenn er sagt, Hitler „verletzte das Versailler Abkommen, indem er die Aufrüstung vorantrieb, und brach mit der Besetzung des Rheinlands die Verträge von Locarno. Als seine Provokationen auf keinen nennenswerten Widerstand stießen, begann er nacheinander die Staaten Mittel- und Osteuropas zu zerschlagen: nach Österreich die Tschechoslowakei und schließlich Polen.“<sup>198</sup> Kissinger belastet England und Frankreich, um die USA aus dem Spiel nehmen, die die Aufrüstung des Hitlerfaschismus auch nach 1933 massiv gefördert hat. Er belastet jedoch nicht die Sowjetunion.

## 4.2 Hitler-Stalin-Pakt: Annexionen als Ziel?

Die EU-Entscheidung vom September 2019 führt unter C. an „dass eine unmittelbare Folge des Hitler-Stalin-Pakts ... , dem am 28. September der Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion folgte, darin bestand, dass die **Republik Polen zuerst von Hitler und zwei Wochen später dann von Stalin überfallen** wurde - wodurch das Land seine Unabhängigkeit einbüßte und eine **beispiellose Tragödie** für das polnische Volk ihren Anfang nahm – dass die kommunistische Sowjetunion am 30. November 1939 einen **Angriffskrieg gegen Finnland** begann, im Juni 1940 Teile **Rumäniens** besetzte und annektierte – die seitdem nicht mehr an Rumänien zurückgegeben worden sind – und sich die unabhängigen Republiken **Litauen, Lettland und Estland** einverleibte.“ (Punkt C, S. 4)

### 4.2.1 Mehr Zeit zur Vorbereitung auf Hitlers Überfall

Die Sowjetunion konnte die gewonnene Zeit nutzen, um sich besser auf den Überfall vorzubereiten. Während ihre Rüstungsproduktion 1935-39 nur zwei Drittel derjenigen Deutschlands betrug, stieg sie 1940 auf fünf Sechstel und übertraf 1941 die deutsche um über 40 Prozent.<sup>199</sup> Die massive Aufrüstung trug dazu bei, dass der „Blitzkrieg“ des Hitlerfaschismus sein Ziel nicht erreichte. Wenn die So-

---

198 Kissinger 2014, S. 101

199 Sternberg 1952, S. 309

wjetunion den Nichtangriffsvertrag nicht unterschrieben hätte, hätte Deutschland sie zu einem früheren Zeitpunkt als im Juni 1941 angreifen können. Obwohl es Moskau klar war, dass der auf zehn Jahre geschlossene Vertrag vom Hitlerfaschismus nicht eingehalten würde, bot er doch eine zeitweilige Sicherheit. Je länger Frankreich und England dem Eroberungsdruck standhielten, desto mehr Zeit gewann die UdSSR. Die schnelle Kapitulation Frankreichs ließ den Überfall auf die UdSSR näher rücken. Der Widerstand Englands zögerte ihn hinaus.

## 4.2.2 Wiederherstellung der Curzonlinie – Annexion?

Hitlerdeutschland gestand mit dem Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag im Punkt 2 zu: *„Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.“* Steinbacher bezeichnet das als Aufteilung der „Kriegsbeute“.<sup>200</sup> Die Sowjetunion musste jedoch gar keinen Krieg führen, um die russischen Gebiete zurückzugewinnen, die Polen nach dem Ersten Weltkrieg erbeutet hatte. Ostpolen war also **keine** Beute in einem Krieg.

Der polnische Staat wurde erst 1919 gegründet. Preußen, Österreich-Ungarn und das zaristische Russland hatten seit Ende des 18. Jahrhunderts Polen unter sich aufgeteilt. Die Ostgrenze des neugegründeten Staates Polen wurde im Dezember 1919 in Paris im Rahmen der Verhandlungen über den Versailler Friedensvertrag unter Führung des britischen Außenministers Lord Curzon festgelegt. Sie hieß deshalb Curzonlinie.<sup>201</sup> Diese Grenze Polens wurde unter Bezug auf die vorherrschende Muttersprache festgelegt. Polen sollte überwiegend aus Menschen mit polnischer Muttersprache bestehen.

Der unbestrittene Führer Polens, Marschall Piłsudski, hatte bei der Staatsgründung jedoch ein großpolnisches Reich als Ziel, das auf der Unterdrückung der nationalen Bestrebungen von Ukrainern, Weiss-

---

200 Steinbacher 2025, S. 101

201 <https://de.wikipedia.org/wiki/Curzon-Linie>

russen und Litauern beruhte, d.h. auf der Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Piłsudski knüpfte an das riesige polnisch-litauische Königreich an, das im 18. Jahrhundert vor der Aufteilung Polens bestand. Er strebte ein Polen an, das weit über die Curzonlinie hinausging und auch die Westukraine und Teile Bjeloruslands und Litauens einschließen sollte, die damals zu Russland gehörten. Das bedeutete Krieg gegen das revolutionäre Russland, das im Kampf mit den Truppen zaristischer Generale und 14 Staaten stand, die die russische Revolution auslöschen wollten (vgl. 1.3).

Dank der militärischen Siege der Polen und der Erschöpfung der sowjetischen Truppen erkannte Sowjetrußland unter Lenin am 18.

März 1921 eine polnische Ostgrenze an, „*die über das ethnographische Polen hinausging und ganz Ostgalizien und Wolhynien mit seiner mehrheitlich ukrainisch-ruthenischen Bevölkerung einschloss.*“<sup>202</sup>

Polen eroberte auch Litauens Hauptstadt Vilnius und die sie umgebende Region. Im annektierten Teil der Westukraine lebten unter den 15 Millionen Einwohnern nur vier Millionen Polen. Der großpolnische Nationalismus mit Piłsudski hoffte, „*die Ukrainer im Osten in den polnischen Nationalstaat einschmelzen (also polonisieren) zu können.*“<sup>203</sup> Polen teilte mit der Annexion der Westukraine die Ukraine in zwei Teile. Piłsudski akzeptierte zwar die Existenz einer Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, aber nur in der Ostukraine, die 1922 Teil der Sowjetunion wurde. Die Sowjetunion hat 1921 die polnischen Annexionen nur hingenommen, sie aber nie akzeptiert.

Das EU-Parlament erkennt heute die von den Siegermächten akzeptierte Curzonlinie als Ostgrenze Polens nicht an. Die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des ukrainischen Volkes wird bis heute vom EU-Parlament als legitim angesehen, obwohl sie im Zweiten Weltkrieg zu einem Massenmord an Polen durch ukrainische Faschisten unter dem heutigen Nationalhelden Bandera geführt hat.

Was als gemeinsame Aufteilung Polens erscheint, war in Wirklichkeit eine vom Hitlerfaschismus zeitweise geduldete Rückabwicklung einer polnischen Annexion russischer Territorien. Churchill urteilte

---

202 ebda.

203 Broszat 1972, S. 210

deshalb in einer Rundfunkrede vom 1.10.1939: „*Es ist klar, dass die russische Armee diese Linie beziehen musste, um Russland vor der nazistischen Bedrohung zu schützen. ...*“<sup>204</sup> Die Darstellung, Stalin hätte den Pakt geschlossen, um den Osten Polens annektieren zu können und im Gegenzug die Annexion Westpolens durch Hitler zu akzeptieren, ist eine Geschichtsfälschung. Nach der „Annexion Ostpolens“ übergab die Sowjetunion die von Polen annektierte Hauptstadt Vilnius und Teile ihrer Umgebung an Litauen zurück, insgesamt 6.900 km<sup>2</sup>.

### 4.2.3 UdSSR verlagert ihre Grenze nach Westen

Die Rückgewinnung ehemals russischer Territorien bis zur Curzonlinie erlaubte es, die sowjetische Grenze rund 300 km nach Westen zu verlegen. Die Entfernung von der Westgrenze zu Moskau vergrößerte sich auf rund 1.000 Km. Hätte die Sowjetunion keinen Pakt mit dem faschistischen „Teufel“ geschlossen, hätten die Hitler-Armeen Polen vollständig besetzt. Der Überfall hätte dann 300 Kilometer weiter östliche beginnen können. Das Vorrücken der UdSSR absorbierte einen Teil der anfänglichen Kampfkraft der Hitler-Armeen.

Deutschland setzte militärisch auf „Blitzkriege“ auf der Grundlage von überlegenen Panzertruppen, überlegener Luftwaffe und überlegener Artillerie. Mit gewaltigen Schlägen konnte die Front schnell nach vorne verschoben werden. In den ersten Monaten mussten die sowjetischen Truppen auf der 2.000 Kilometer langen Ostfront südlich von Leningrad um 600 bis 800 km zurückweichen.<sup>205</sup> Der vertragswidrige Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion hätte also dazu führen können, dass die Hitlerarmeen Moskau eroberten. Ist den Kritikern des „Hitler-Stalin-Pakts“ eigentlich klar, dass sie mit der Ablehnung des deutsch-sowjetischen Vertrages indirekt für einen Sieg des Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg eintreten? Die Rückabwicklung der von Polen annektierten Gebiete Russlands schwächte den deutschen Imperialismus und stärkte die Selbstverteidigung

---

204 <https://www.youtube.com/watch?v=CzGqDpsaoAg>; BBC Rede 1. Oktober, Übersetzung nach Sayers, Kahn o.J. 1949, Kap. XXII 2.

205 Churchill 1948/1985, S. 529

der UdSSR. Berlin nahm das in Kauf, weil es in seinem Größenwahn sicher war, Moskau schon nach nur zwei, drei Monaten erobern zu können. Aber Anfang Dezember blieben seine Truppen 30 km vor Moskau stecken und wurden durch eine gewaltige Gegenoffensive der Roten Armee Hunderte von Kilometern zurückgetrieben.

#### 4.2.4 Curzonlinie durch die Alliierten anerkannt

Die Curzonlinie als legitime Ostgrenze der Sowjetunion wurde sowohl 1943 auf der Teheraner Konferenz der Alliierten von den USA und Großbritannien anerkannt, als auch 1945 nach dem Krieg auf der Konferenz von Jalta von den Siegermächten. Deutschland und die EU können das bis heute nicht akzeptieren. Die regierenden Parteien der EU halten **nur** ein Polen mit einem riesigen, von großpolnischen Nationalisten annektiertem Territorium in einem weit nach Osten verschobenen Polen für legitim. Sonst würden sie nicht behaupten, dass im September 1939 die beiden *„gleichermaßen das Ziel der Welteroberung verfolgenden totalitären Regime Europa in zwei Einflussbereiche aufteilten.“* Das ist eine bewusste Desinformation. Es ging für die Sowjetunion nicht um die Aufteilung Europas in Einflussbereiche und erst recht nicht um einen Schritt hin zur *„Welteroberung“*, der mit dem Ziel der Welteroberung durch den Hitlerfaschismus vergleichbar wäre. Wie kann ein Land sein eigenes „gestohlenen“ Territorium zum Zweck der „Welteroberung“ „zurück“ annektieren? Das soll sowjetischer Imperialismus sein?

Grund für diesen Widersinn könnte das Interesse sein, eine aktuelle Bedrohung Europas durch Russland „plausibler“ zu machen, weil Russland schon immer eine imperialistische Bedrohung gewesen sein soll. Dass der wahre Aggressor damals (1921) Großpolen hieß, wird verschwiegen. Immerhin erklärt Churchill: *„Vom Standpunkt der Sowjetregierung aus muß gesagt werden, daß es für sie lebenswichtig war, das Aufmarschgebiet der deutschen Armeen so weit wie möglich im Westen zu halten ... . Jetzt aber lagen ihre Grenzen viel weiter östlich als im vorhergehenden Krieg (d. h. viel weiter östlich als die Curzonlinie). Sie mussten daher die baltischen Staaten und einen großen Teil von Polen durch Gewalt oder Betrug besetzen, bevor*

*sie selbst angegriffen wurden. Wenn ihre Politik kaltblütig war, so war sie jedenfalls damals auch in höchstem Maße realistisch.*<sup>206</sup>

Churchill sah das Vorgehen der Sowjetunion als zumindest verständliche Selbstverteidigung an, nicht als Vorbereitung einer Welteroberung. Diese Selbstverteidigung nützte nicht nur England, sondern auch allen durch Deutschland vergewaltigten und besetzten Ländern, indem sie die Kräfte Deutschlands geschwächt hat.

#### **4.2.5 Pakt für Polen eine „beispiellose Tragödie“?**

Laut der EU-Resolution nahm mit dem Hitler-Stalin-Pakt für das polnische Volk eine *„beispiellose Tragödie“* ihren Anfang. (Punkt C. S.4)

In der Tat war es eine Tragödie, dass die autokratische Regierung Polens darauf vertraute, von England und Frankreich bei einem Überfall Deutschlands unterstützt zu werden, obwohl diese erkennbar nicht im Traum daran dachten, ihre Versprechungen einzulösen (vgl. 3.6).

In der Tat war es eine Tragödie, dass das russenfeindliche und anti-kommunistische Polen jeden militärischen Beistand durch die Sowjetunion ablehnte. Polen *„förderte nach dem Tod von Piłsudski eine gefährliche Haltung einer Neutralität, an der die Polnische Republik nicht zuletzt auf Grund der zurückhaltenden Position der Westmächte 1939 zugrunde ging.“*<sup>207</sup> Dass die Sowjetunion bereit war, das ungeteilte Polen gegen den Aggressor Deutschland zu verteidigen, wird in der EU-Resolution mit Schweigen übergangen.

Die Tragödie besteht darin, dass Polen ein umfassendes Bündnis der kollektiven Sicherheit durch England, Frankreich und die Sowjetunion ablehnte. Und es ist eine Tragödie, dass Polen damit die Einverleibung Westpolens nach Deutschland und die Schaffung eines Generalgouvernements gefördert hat, dessen Ziel die Ausrottung möglichst vieler Polen war bzw. ihre Verwandlung in Arbeitsklaven für Deutschland.

---

206 Churchill 1948/1985, S. 187

207 <https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP48.pdf> vom August 2003

Hat die polnische Regierung nicht gewusst, dass die slawischen Einwohner Polens von den deutschen Hitlerfaschisten für tierähnliche „Untermenschen“ gehalten wurden, mit polnischen Juden an der Spitze? Die Tragödie besteht darin, dass der von Deutschland ausgehende Überfall 6 Millionen polnischen Staatsbürgern das Leben gekostet hat, darunter 3 Millionen Juden. Das EU-Parlament aber schiebt diese Tragödie auch der Sowjetunion in die Schuhe.

Die Rückübertragung der großpolnischen Annexion an die Sowjetunion war keine Tragödie, sondern eine Art Befreiung für die überwiegend ukrainischen, bjelorussischen und litauischen Einwohner, die unter der Polonisierungsknute der polnischen Nationalisten zu leiden hatten. Die Sowjetunion hatte nicht den Plan, die Einwohner in größtmöglichem Umfang zu ermorden, sie hielt sie auch nicht für Untermenschen. Sie verwandelte sie nicht in Arbeitsklaven, die in der UdSSR ausgebeutet werden sollten. Sie machte die Spaltung der ukrainischen Nation durch polnische Nationalisten rückgängig, ebenso die der bjelorussischen Nation und gab die annektierten litauischen Gebiete an Litauen zurück.

Das Parlament der Europäischen Nation hält merkwürdigerweise die polnische Annexion der Westukraine und West-Weissrusslands für einen legitimen Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes. Es akzeptiert die nationale Unterdrückung von Menschen ukrainischer, weissrussischer und litauischer Nationalität und erwähnt den starken polnischen Antisemitismus nicht. *„Die Westukraine rechnet sich ja historisch nicht Polen zu, sondern war schon vor 1939 die Hochburg des ukrainischen Strebens nach Eigenstaatlichkeit. Der Einmarsch der Roten Armee infolge des Pakts wird daher bislang in der gesamten Ukraine positiv gesehen. Die Rede ist vom "Goldenen September 1939", in dem die widerrechtlich von den Polen "geraubte" Westukraine der Ukraine zurückgegeben wurde. Ganz ähnlich wird bis heute in Weißrussland argumentiert.“*<sup>208</sup> So der Osteuropahistoriker Stefan Troebst.

---

208 in: <https://www.sueddeutsche.de/politik/75-jahre-hitler-stalin-pakt-deutschlands-verzerrter-blick-1.2097705>; Barbara Galaktionow, SZ 23.8.2014

## 4.3 Besetzung Bessarabiens - Annexion?

Die Entschließung kritisiert auch, dass die Sowjetunion „im Juni 1940 Teile **Rumäniens** besetzte und annectierte – die seitdem nicht mehr an Rumänien zurückgegeben worden sind.“ Das Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt erklärt: „Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.“<sup>209</sup> Bessarabien gehörte seit 1812 zu Russland. Rumänien nutzte ebenso wie Polen aus, dass das revolutionäre Russland vorrangig die ausländischen und die zaristischen Invasionstruppen besiegen musste. Es annectierte 1918 Bessarabien und die Nord-Bukowina und vergrößerte damit sein Staatsgebiet erheblich. Das Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag machte es der Sowjetunion möglich, im Juni 1940 Bessarabien einzugliedern, ohne Krieg dafür zu führen. Das war keine sowjetische Annexion, wie das Europaparlament behauptet, sondern machte eine rumänische Annexion rückgängig. Bessarabien war der überkommene Name vor allem für die Sowjetrepublik Moldau. Die Angliederung der hauptsächlich von Ukrainern besiedelten Nordbukowina vereinigte sie mit der im Süden liegenden Sowjetrepublik Ukraine.

### 4.3.1 Rumänien - Bündnispartner Hitlerdeutschlands

Ab September 1940 herrschte in Rumänien mit Antonescu ein faschistischer General, der Rumänien zu einem ethnisch homogenen Land machen wollte. In diesem Zusammenhang waren er und seine Anhänger für die Ermordung von mindestens 300.000 Juden verantwortlich. Am 23. November 1940 trat Rumänien dem Dreimächtepakt Deutschland, Italien und Japan bei. Der Hitlerfaschismus strebte die Verfügung über Rumäniens Erdöl und Getreide an. Das Land beteiligte sich mit Hunderttausenden Soldaten am Überfall des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion. Es eroberte 1941 Bessarabien und die ehemalige Nordbukowina zurück. In der Schlacht um Stalingrad ließen 1942/43 rund 180.000 rumänische Soldaten für die

---

209 Michalka 1999, S. 171

Weltherrschaftspläne Deutschlands ihr Leben. Der Faschist Antonescu wurde 1946 hingerichtet. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sprach die Pariser Friedenskonferenz Bessarabien und die Nord-Bukowina der Sowjetunion zu. Sie bestätigte nicht nur in Bezug auf Polen, sondern auch in Bezug auf Rumänien die Legitimität des Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. Das Europaparlament bedauert dagegen, dass diese Gebiete bis heute nicht an Rumänien „zurückgegeben“ worden sind. Es befürwortet Annexionen, sofern sie sowjetisches Territorium betreffen.

## 4.4 Annexion Finnlands - Kriegsziel?

Das Zusatzprotokoll erklärt im Punkt 1 für den Fall einer „*territorialpolitischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten ...*“ die nördliche Grenze Litauens zur „*Grenze der Interessensphäre Deutschland und der UdSSR.*“<sup>210</sup> Litauen sollte also zur Interessensphäre Deutschlands gehören, Finnland, Lettland und Estland zu der der Sowjetunion. Ende September/Anfang Oktober 1939 schloss die Sowjetunion Verträge mit Estland, Lettland und Litauen. Die Sowjetunion erhielt das Recht, in diesen Staaten Garnisonen, Flughäfen und Marinestützpunkte zu errichten. „*Die Rote Armee und Luftwaffe sperrten nun die westlichen Einfallstore in die Sowjetunion, wenigstens soweit es sich um den Ostseeraum handelte. Es blieb nur noch der Zugang durch Finnland offen.*“<sup>211</sup> Churchill sah also den Zugang der faschistischen Armeen über das „Einfallstor“ der baltischen Staaten versperrt, den Zugang über das Einfallstor Finnland jedoch noch nicht. Auch diesen Zugang mit einer Ostseefront (so Churchill) zu versperren, war das Ziel der Sowjetunion.

### 4.4.1 Finnische Grenze nach Norden verschoben

Die Sowjetunion forderte Finnland auf, die Grenze in Südkarelien so zu verschieben, dass die finnische Grenze nicht mehr 30 km von Le-

---

210 Michalka 1999, S. 171

211 Churchill 1948/1985, S. 231

ningrad entfernt wäre, sondern etwa 150 km weiter nördlich.<sup>212</sup>

Moskau bot als Kompensation doppelt so große sowjetische Gebiete in Nordkarelien an. Die sowjetische Regierung forderte auch, auf der Halbinsel Hangö am Eingang zum finnischen Meerbusen einen Flotten- und Luftstützpunkt gegen Pacht errichten zu können. Beiderseitige Grenzkorrekturen und militärische Stützpunkte zu pachten bedeuten noch keine Annexion dieses Landes, das etwa so groß wie Deutschland war. Darum ging es gar nicht. Die sowjetische Revolutionsregierung hatte dem seit 1809 zu Russland gehörenden Finnland ja auch schon 1918 die Unabhängigkeit zugestanden.

Die UdSSR nannte für ihr Vorgehen militärische Gründe. Leningrad lag in der Reichweite schwerer Artillerie und die Flugzeit von nächsten finnischen Flughafen betrug nur etwa fünf Minuten. Die Sowjetunion wollte erschweren, dass Leningrad im Falle eines faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion erobert werden konnte. Finnland selbst besaß zwar kaum Flugzeuge und schwere Waffen, war aber Bündnispartner des hochgerüsteten Hitlerfaschismus. In Finnland gab es 23 militärische Flughäfen, im Verhältnis zu der Anzahl finnischer Flugzeuge war das überdimensioniert. Finnlands führende Figur, General Mannerheim, war ein ehemals zaristischer Militär schwedischer Herkunft, der gegen Ende des Ersten Weltkriegs Oberbefehlshaber der finnischen Armee wurde. Unter seiner Führung wurde eine sozialistische Revolution niedergeschlagen. *„Nach dem Zusammenbruch des „roten Finnlands“ wurden 70.000 bolschewistische Sympathisanten, darunter auch Kinder, in Konzentrationslager verbracht, 12.000 starben in den folgenden sechs Monaten. Obwohl Mannerheim persönlich keine Grausamkeiten vorzuwerfen waren, ist nicht vorstellbar, dass er über die Zustände im größten Konzentrationslager, der Festung Suomenlinna nicht informiert war: Hier wurden 3.000 „Rote“ erschossen, gehängt, bajonettiert oder erschlagen. Zwar ordnete er die Tötungen nicht an, unternahm aber auch kaum etwas dagegen. Zu der Zeit erhielt er den Spitznamen „der blutige Baron“. Mannerheim war Monarchist und überzeugt, dass es genüg-*

---

212 Rühl 1981, S. 350 ff.

*te, die roten Führer zu erschießen und die Arbeiter sofort wieder in die Fabriken zu bringen.*“<sup>213</sup>

Entlang der sowjetischen Grenze war eine 35 km lange, mit deutscher Hilfe ausgerüstete Reihe von Festungsbauten aufgebaut worden, die Mannerheimlinie. Sie galt als „undurchdringlich“. Als diese Festungslinie der Vollendung entgegen ging, wurde sie von Hitlers Generalstabschef Halder inspiziert.<sup>214</sup> Finnland lehnte mit deutscher Zustimmung den sowjetischen Vorschlag einer Grenzkorrektur ab. Die Sowjetunion eröffnete daraufhin am 30. November 1939 einen verlustreichen Krieg. Finnland leistete heftigen Widerstand und kapitulierte erst im März 1940. Auf der Oberfläche erscheint der Krieg gegen Finnland als „Angriffskrieg“ der Sowjetunion, wie das Parlament der EU urteilt. In Wirklichkeit war es ein Präventivkrieg zum Zweck der Selbstverteidigung gegen einen bevorstehenden Angriff nicht nur der faschistischen Wehrmacht, sondern auch Finnlands.

#### **4.4.2 Kriegspläne gegen die UdSSR umsetzen?**

England und Frankreich unterstützten Finnland mit einem großen Arsenal von Waffen und entwickelten Pläne mit 100.000 Mann (England) und 50.000 Mann (Frankreich) in den Krieg gegen die Sowjetunion einzugreifen. Das Kommando über die französischen Truppen im Nahen Osten wurde 1939 General Weygand überantwortet, einem der führenden Kollaborateure mit Hitlerdeutschland. Während des sowjetisch-finnischen „Winterkriegs“ plante er einen Angriff auf die sowjetischen Erdölförderzentren im Kaukasus. Nach einem Luftangriff sollte das Gebiet um Baku durch französische und britische Truppen besetzt werden.<sup>215</sup> Nur die Kapitulation Finnlands durchkreuzte diese Pläne. Die Appeasement-Staaten führten lieber Krieg gegen die Sowjetunion, als ein Bündnis mit ihr gegen den Hitlerfaschismus einzugehen. Sie erkannten kein berechtigtes Interesse der Selbstverteidigung der UdSSR gegen die Pläne Hitlerdeutschland an und schlossen das Land aus dem Völkerbund aus.

---

213 [https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_Gustaf\\_Emil\\_Mannerheim](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Gustaf_Emil_Mannerheim)

214 Sayers, Kahn, o.J., S. 353

215 [https://de.wikipedia.org/wiki/Maxime\\_Weygand](https://de.wikipedia.org/wiki/Maxime_Weygand)

### 4.4.3 Finnland – Bündnispartner Hitlerdeutschlands

„Als Adolf Hitler am 22. Juni 1941 die Welt in einer Radioansprache über den Überfall auf die Sowjetunion in Kenntnis setzte, bezeichnete er Finnland von Anfang an als Verbündeten. In der Tat hatten die Finnen deutsche Kriegsvorbereitungen auf ihrem Territorium zugelassen, die unter anderem auch eine Durchmarschgenehmigung für deutsche Truppen durch Finnland sowie die Bewilligung zur Rekrutierung von Finnen für die Waffen-SS umfassten.“<sup>216</sup> Im August 1941 kämpften auf der Seite des Hitlerfaschismus insgesamt 700.000 nicht-deutsche Soldaten, „überwiegend finnische und rumänische Verbände,“ darunter 15 Divisionen aus Rumänien und 20 aus Finnland.<sup>217</sup> Die finnischen Streitkräfte umfassten etwa 300.000 Soldaten. Sie rückten rasch vor und eroberten die an die Sowjetunion verlorenen Gebiete zurück.

### 4.4.4 Aushungern von Leningrad

Generalstabschef Halder notierte am 8.7.1941: „Feststehender Entschluss des Führers ist es, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, um zu verhindern, dass Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssten.“<sup>218</sup>

Leningrad war die zweitwichtigste Großstadt der UdSSR. Die Stadt sollte als „Geburtsstätte des Bolschewismus“ ausgehungert und vernichtet werden. „Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teils dieser großstädtischen Bevölkerung besteht (...) unsererseits nicht.“ So steht es in einer geheimen Direktive des Stabes der deutschen Kriegsmarine vom 22. September 1941. Deutschland führte den Krieg gegen Leningrad mit Hunger, Kälte und Krankheiten. Arbeiter hatten in Leningrad dank der Blockade nur 250 Gramm Brot zur Verfügung, Familienangehörige 125 Gramm. Im Winter 1942 starben bei bis zu 40 Grad Minus teilweise über 2.000 Personen pro Tag an Hunger und Kälte. Kannibalismus war verbreitet. Mehr als 1,1 Millio-

---

216 <https://globalbridge.ch/alte-fragen-und-alte-rezepte-finnlands-fortsetzungs-krieg/> 6. Mai 2025 Ralph Bosshard

217 Rürup 1991, 175 f.

218 Rürup 1991, S. 68

nen der 2,5 Millionen Einwohner Leningrads verhungerten während der Blockade, die vom 8. September 1941 bis 27. Januar 1944 dauerte. *„An der Belagerung Leningrads (1941-1944) waren die finnischen Streitkräfte im Norden beteiligt ...“*<sup>219</sup> Sie riegelten die Stadt nach Norden ab, um Leningrad auszuhungern. Adolf Hitler fand sich zu Mannerheims Geburtstag am 4. Juni 1942 in Finnland ein und erwies seinem Verbündeten damit eine große Ehre. Ein Großteil des zur Sowjetunion gehörenden **Ostkarelien** war zwischen 1941 und 1944 von finnischen Armeen besetzt. Der Krieg wurde von Misshandlungen an der russische Bevölkerung begleitet, einschließlich Zwangsarbeit oder Internierung in Gefangenenlagern als Mitglieder einer feindlichen Nation. Die Annexion Ostkareliens war in Finnland sehr populär. Sie diente der Verwirklichung Großfinnlands. Hitler erklärte am 16.7.1941 im Führerhauptquartier die Kriegsziele Deutschlands: *„Die Finnen wollen Ost-Karelien, doch soll wegen der großen Nickel-Vorkommen die Halbinsel Kola zu Deutschland kommen. Mit aller Vorsicht muss die Angliederung Finnlands als Bundesstaat vorbereitet werden. Das Gebiet um Leningrad wird von den Finnen beansprucht; der Führer will Leningrad dem Erdboden gleichmachen lassen, um es dann den Finnen zu geben.“*<sup>220</sup> Die finnischen Streitkräfte waren auch nach dem Bruch der Blockade Leningrads durch die Rote Armee von großem Nutzen. Vor der sowjetischen Sommeroffensive 1944 band die finnische Armee schätzungsweise 26 Divisionen, 5 Brigaden und 16 Regimenter der Roten Armee.<sup>221</sup>

Finnland lag also nicht, wie das Zusatzprotokoll feststellt, in der „Interessensphäre“ der Sowjetunion, sondern Hitlerdeutschlands. Risto Ryti war Präsident Finnlands von Dezember 1940 bis zum 1.8.1944. Ryti hatte am 26.6.1941 mit Ribbentrop eine Vereinbarung unterschrieben, dass er oder die von ihm benannte Regierung mit der Sowjetunion nur im Einvernehmen mit Deutschland Frieden schließen dürfe. Als Gegenleistung erhielt Finnland verstärkte Waffenhilfe für die Abwehr eines Angriffs der Sowjetunion. Ryti wurde 1946 zu zehn

---

219 <https://www.weltkrieg2.de/finnische-streitkraefte-1941-44/>

220 Rürup 1991, S. 77 f.; Opitz 1994, S. 814

221 <https://www.wikiwand.com/de/articles/Ryti-Ribbentrop-Vertrag>

Jahren Zuchthaus verurteilt und 1949 freigelassen. Mit ihm wurden weitere sieben führende Politiker als Kriegsverbrecher zu Gefängnisstrafen verurteilt. 1956 kürte die Universität Helsinki Ryti zum Ehrendoktor.

Der Publizist und Wahl-Finne Roman Schatz stellt hierzu fest: *„Vergangenheitsbewältigung – allein das Wort existiert nicht in der finnischen Sprache. Die Finnen wurden von Stalin überfallen und mussten sich mit dem Teufel verbinden, nämlich mit Deutschland, um irgendwie da rauszukommen, und es hat geklappt. Es gibt kein Interesse, aus der eigenen Vergangenheit stinkende Kadaver ans Tageslicht zu ziehen“.*<sup>222</sup> *„In Finnland relativiert man durchaus die Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland‘, bestätigt auch die Historikerin Anu Heiskanen (ebd.). Bis heute existiert in Finnland eine Verehrung der Veteranen. Bei der jährlichen Unabhängigkeitsfeier am 6. Dezember sind die Veteranen des sogenannten Fortsetzungskrieges die ersten Gäste im Präsidentenpalast: Sie gelten vielen nach wie vor nicht als Kollaborateure, sondern als Helden.“*

Die Rolle Finnlands als Helfershelfer des deutschen Faschismus wird in der Regel verheimlicht. Reinhard Müller stellt die Sache so dar: *„Finnland hatte sich und der Welt gezeigt, dass es gegen das größte Land der Erde bestehen konnte.“*<sup>223</sup> Ein kleines Land im „Freiheitskampf“ gegen ein aggressives großes Land. So sah es auch der Völkerbund und schloss die Sowjetunion aus.

Bei den Angriffskriegen Hitlers und Mussolinis auf die spanische Republik, auf Abessinien, die Tschechoslowakei usw. blieben England und Frankreich neutral. Bei einem Krieg der Sowjetunion gegen Finnland zwecks Selbstverteidigung nahmen sie Partei gegen die Sowjetunion. Die von der Sowjetunion mit Krieg erreichte Grenze von 1940 wurde nach dem Krieg von den Siegermächten anerkannt. Damit wurde noch nachträglich die Berechtigung des Präventivkriegs der Sowjetunion anerkannt.

---

222 [www.deutschlandfunk.de/finnland-im-zweiten-weltkrieg-das-verschweigen-und-die-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/finnland-im-zweiten-weltkrieg-das-verschweigen-und-die-100.html)

223 Reinhard Müller, Der Geist des Winterkriegs, FAZ 24.02.2024

## 4.5 Annexion der baltischen Staaten?

Das Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt erklärt Litauen zum deutschen und Lettland und Estland zum sowjetischen Einflussbereich. Einen Monat später gestand Berlin zu, dass Litauen ebenfalls zum sowjetischen Einflussbereich gehöre.

Das bedeutete nur, dass die Einverleibung Litauens nach Deutschland aufgeschoben wurde. Denn für das Hitler-Regime gehörten alle baltischen Länder „zur Abrundung unseres Kerngebiets“ zum „stahlharten Machtkern“ Großdeutschlands. „Es gehören auch dazu ... die baltischen Staaten, die Jahrhunderte hindurch eine dünne deutsche Oberschicht gehabt haben. ... Wir werden die Bevölkerung (in den baltischen Ländern) leicht germanisieren können. Es sind Stämme, die uns rassisch nahestehen.“<sup>224</sup> Himmler forderte als völkischer Reichskommissar im Juni 1942 die „totale Eindeutschung von Estland und Lettland ...“.<sup>225</sup> Nach Meinung von Sachverständigen konnte Deutschland einen gleichzeitigen Flotten- und militärischen Angriff zu Lande durch das Baltikum in Richtung auf Leningrad als einen von zwei Hauptplänen für den Angriff auf Russland im Sinn haben. So das Urteil des damaligen US-Botschafters in Moskau, Joseph E. Davies Ende Juli 1937.<sup>226</sup>

Die Sowjetunion wollte im Rahmen eines gegenseitigen Beistandspakts mit England und Frankreich von diesen militärische Hilfe erhalten, wenn Hitlerdeutschland auf dem Weg über die baltischen Länder die Sowjetunion angreifen würde. Eine solche Garantie wollten England und Frankreich nicht geben. Die Sowjetunion hätte also den faschistischen Truppen Deutschlands bei ihrem Einfall in die baltischen Länder alleine gegenüber gestanden. Sie musste also selbst zusehen, wie sie ein Einfallstor des deutschen Imperialismus an den Küsten der Ostsee schließen konnte.

---

224 Rauschnig 1940/1973, S. 42 f.

225 Heiber 1958, S. 535

226 Davies 1943, S. 160

## 4.5.1 Faschistische Diktaturen im Baltikum

*„Auch die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen werden autoritär regiert. Politische Gegner werden dort genauso verfolgt wie unter Hitler, die Pressefreiheit gibt es ebensowenig wie eine Rede- und Meinungsfreiheit und ebensowenig ist eine Versammlungsfreiheit bekannt, wie etwa das Streikrecht der Arbeiter.“<sup>227</sup> In allen drei Staaten regierten die Präsidenten als Führer per Dekret mit Hilfe eines Ausnahmezustandes. „Die Menschen in Estland und Lettland waren seit 1934, die in Litauen seit 1926 daran gewöhnt, an politischen Entscheidungen nicht beteiligt zu werden.“<sup>228</sup> Aber es soll eine milde Diktatur gewesen sein, ja sogar eine der mildesten. „Unter allen Diktatoren Europas in jener Zeit waren die baltischen die mildesten.“<sup>229</sup> Wie beruhigend!*

In Litauen herrschte nach einem Staatsstreich von 1926 bis 1940 eine „rechtsnationale“ Partei unter Smetona. In Lettland übernahm der „rechtsnationale“ Präsident Ulmanis 1934 mit einem Staatsstreich bis 1940 die Macht und verbot alle Parteien. Dasselbe geschah 1934 in Estland mit einem Staatsstreich unter Päts. Auch hier wurden alle Parteien verboten. Es muss also starke Kräfte in den drei Ländern gegeben haben, die von den herrschenden Eliten gefürchtet wurden und unbedingt unterdrückt werden mussten.

## 4.5.2 Baltikum - Beziehungen zu Deutschland

Litauen war schon 1915 von deutschen Truppen erobert worden. 1917 und 1918 folgten Lettland und Estland. Damit unterstand die gesamte baltische Region deutschen Besatzern. Eine Militärverwaltung regierte das baltische Land. Es trug die berühmt-berüchtigte Bezeichnung OberOst (für Oberbefehlshaber Ost). Die deutsche Herrschaft schlug sich in der Ausbeutung der Ressourcen der Region ebenso nieder wie in Germanisierungsbestrebungen. In Estland und Lettland sprachen sich die von Deutsch-Balten dominierten Landes-

---

227 Zentner 1963/1975, S. 136

228 Feest 2020, S. 259

229 <https://de.wikibooks.org/wiki/>

Baltische\_Laender:\_Unabhaengigkeit\_in\_der\_Zwischenkriegszeit

versammlungen sogar für einen Beitritt zum Deutschen Reich aus. Die Niederlage Deutschlands machte dem im November 1918 ein Ende.<sup>230</sup>

Auf Wunsch Deutschlands und mit Zustimmung der Sowjetunion siedelten unter der Parole „Heim ins Reich“ bis Dezember 1939 14.000 Deutsche aus Estland und 52.500 Deutsche aus Lettland in das von Deutschland annektierte Westpolen. *„Das erforderte wiederum, dass die ortsansässige Bevölkerung in den Ansiedlungsgebieten vertrieben oder umgesiedelt wurde.“*<sup>231</sup> Die Entschädigung für die Umsiedler erfolgte aus enteignetem polnischen und jüdischen Vermögen. Die Deutsch-Balten verloren durch die Umsiedlung ihre bisherige Staatsangehörigkeit. Wer sich gegen die Ausreise wehrte, wurde als Verräter am deutschen Volk betrachtet. 1941 wanderten ferner mit Zustimmung der inzwischen zur Sowjetunion gehörenden baltischen Republiken 17.000 deutsche Nachumsiedler aus Estland und Lettland aus, diesmal direkt ins Altreich. Hinzu kamen etwa 52.000 Menschen aus Litauen. *„Damit endete ... die Jahrhunderte alte Geschichte der Deutschen im Baltikum.“*<sup>232</sup>

### 4.5.3 Baltikum – Beziehungen zur Sowjetunion

Am 28.9.1939 unterzeichnete Estland einen Beistandspakt, mit dem der Sowjetunion Flottenstützpunkte und Flugplätze überlassen und 25.000 sowjetische Soldaten stationiert wurden. Am 5. und 10. Oktober stimmten Lettland und Litauen ähnlichen Beistandspakten zu. Als im Laufe des Juni 1940 die Kapitulation Frankreichs vor Hitlerdeutschland absehbar war, stieg die Gefahr eines deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Denn jetzt hätte der Hitlerfaschismus beim Angriff auf die Sowjetunion auf dem Weg über die baltischen Staaten keinen Zweifrontenkrieg mehr führen müssen.

Die Sowjetunion forderte deswegen die Stationierung weiterer Truppen in den drei baltischen Ländern. Am 17. Juni 1940 bot der französö-

---

230 Joachim Tauber, Geschichte der baltischen Staaten bis 1945 <https://studylib-de.com/doc/17017062/die-geschichte-der-baltischen-staaten-bis-1945>

231 <https://www.wikiwand.com/de/articles/Umsiedler>

232 Feest 2020, S. 258

sische Ministerpräsident Pétain Hitlerdeutschland einen Waffenstillstand an (vgl. 3.7.3 ff.). Am gleichen Tag besetzte die Rote Armee Estland, Lettland und Litauen. „Die Vernichtung der unabhängigen Republiken geschah zumindest dem äußeren Anschein nach auf Grundlage der bestehenden Gesetze.“<sup>233</sup> Der litauische Präsident Smetona und sein Verteidigungsminister widersetzten sich, fanden nicht die Unterstützung der Militärführung und flohen nach Deutschland. Die neuen Regierungen bestanden überwiegend aus Linkssozialisten. Kommunisten waren in ihnen nicht vertreten. Die Regierungen stellten die Pressefreiheit wieder her, hoben das Verbot freier Aktivitäten der Arbeiterbewegung auf, verbesserten die Arbeitsbedingungen und entließen die politischen Gefangenen.<sup>234</sup>

### **Parlamentswahlen und ihre Ergebnisse**

Die neuen Regierungen schrieben für den 15. Juli **Parlamentswahlen** aus. In **Estland** lag die 1942 unter deutscher Besatzung korrigierte Wahlbeteiligung bei 80,1 Prozent statt vorher 84 Prozent. Die Wahlbeteiligung war höher als irgendwann in der Geschichte Estlands. Zugelassen war nur eine Union der Werktätigen Estlands (STNE), der Gewerkschaften, die Union der Landarbeiter, die Kommunistische Jugendliga und andere sowie die Kommunistische Partei angehörten, die wieder zugelassen war. Über 90 Prozent stimmten für den STNE. Jeder der 80 Abgeordneten der Staatsversammlung, die 1940 gewählt wurden, hatte mit 6.858 Stimmen eine Unterstützung der Wähler, die 2,3-mal höher war als mit 2.948 Stimmen pro Abgeordneten die Unterstützung der Abgeordneten der Staatsversammlung, die 1938 gewählt wurden.<sup>235</sup>

Bei den Wahlen in **Lettland** stimmten von insgesamt 1.226.216 Wahlberechtigten nach offiziellen Angaben 97,84 % aller Wähler für den „Block der Werktätigen“. Die „Lettische Gewerkschaft der Arbeiter“ erhielt als Ergebnis der Wahlen alle 100 Sitze in der Volkssaeima, dem Parlament. In **Litauen** wurde die Union der Werktätigen Litauens gebildet. Für jeden Wahlkreis war eine entsprechende Anzahl

---

233 Feest 2020, S. 259

234 ebda. S. 261

235 Parlamentswahlen in Estland <https://de.wiki7.org/wiki>

von Arbeitern, Bauern, Künstlern und Mitgliedern der Kommunistischen Partei erforderlich. Nach offiziellen Angaben erreichte die Wahlbeteiligung 95 %. Die Liste der litauischen Union der Werktätigen erhielt mehr als 99 % der Stimmen.<sup>236</sup> Auch wenn die Stimmabgabe gefälscht sein sollte, ist die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch. Eine deutliche Opposition hätte sich mit Wahlboykott oder Nicht-zur-Wahl-Gehen bemerkbar machen können.

**Maßnahmen der neuen Regierungen** Im August/September 1940 wurden auch die ersten Ansätze zu einer **Bodenreform** festgelegt. Kein Bauer durfte mehr als 30 Hektar bewirtschaften. Landlosen und Bauern mit Parzellen von weniger als 10 Hektar Land wurde Land zugewiesen, das Großbauern abgenommen wurde, die mehr als 30 Hektar besaßen. Innerhalb weniger Monate wurden 51.762 neue Farmen mit jeweils 10 Hektar geschaffen und Land wurde zusätzlich an 23.321 Farmen übertragen, die weniger als die angegebene Landfläche hatten.<sup>237</sup> Ähnliche Ansätze hatte es schon nach dem Ersten Weltkrieg in den baltischen Ländern gegeben.

Ab Ende September 1940 gab es deutliche Lohnerhöhungen für Arbeiter, Lehrer, Ärzte, Agronomen usw. Andere soziale Maßnahmen waren die Einführung einer kostenlosen Bildung in weiterführenden Schulen; die Abschaffung der Bezahlung für medizinische Versorgung für "Arbeiter, Angestellte und Bauern"; die Einführung einer gesetzlichen Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte; Ankündigung eines Verbots der Erhöhung von Mieten und Nebenkosten. Für die Bauern war geplant, die Einkaufspreise für alle landwirtschaftlichen Produkte, außer Getreide, ab dem 1. Oktober im Bereich von 10-25 % zu erhöhen. Weiterhin sollten Reedereien, Handelsunternehmen (mit einem Umsatz von über 200.000 Lats, Litas und Kronen, also Unternehmen großer und mittlerer Unternehmen) sowie große Haushalte in Staatsbesitz übergehen. Es wurde auch Pläne vorgelegt, Grund und Boden als Eigentum des ganzen Volkes einzustufen.<sup>238</sup> All das waren weniger sozialistische als radikale bür-

---

236 Parlamentswahlen in Litauen <https://de.wiki7.org/wiki/>

237 Sowjetisierung des Baltikums - <https://de.wiki7.org/wiki/>

238 Sowjetisierung des Baltikums - <https://de.wiki7.org/wiki/>

gerlich demokratische Maßnahmen, die breiten Schichten des Volkes zu gute kamen. Die Regierung war eine der Volksfront wie zeitweise in Frankreich oder Spanien. Könnte das nicht die große Wahlbeteiligung und das Ausbleiben von Protesten erklären?

Es *„ist nicht zu bestreiten, dass es die politischen Führungen Estlands, Lettlands und Litauens in ihrem Bestreben, einen blutigen Konflikt zu vermeiden, der sowjetischen Besatzungsmacht sehr leicht machten, ihr Vorgehen zu legitimieren.“*<sup>239</sup> Aber drohte überhaupt ein blutiger Konflikt? Die neu gewählten Parlamente und ihrer Regierungen unterließen jeden diplomatischen Protest gegen eine Verletzung der Unabhängigkeit ihrer Länder.<sup>240</sup>

Vertreter der neuen Parlamente beantragten die Eingliederung der drei Länder in die Sowjetunion. Der Oberste Sowjet der UdSSR stimmte dem Anfang August 1940 zu. Der Beitritt wird vom EU-Parlament und auch den baltischen Staaten als Annexion hingestellt, obwohl kein einziger Schuss gefallen ist. Die Wahlen werden als „Scheinwahlen“ abgetan, obwohl der Beitritt nicht mit militärischer Gewalt gegen den erklärten Willen der Wähler vollstreckt wurde, sondern mit der Stimmabgabe der Wähler und der Zustimmung durch ihre Regierungen.

Dass die Stationierung sowjetischer Truppen in Lettland und Estland sowie der „Regime Change“ in diesen Ländern und Litauen der UdSSR nicht zur Welteroberung, sondern der Selbstverteidigung gegen den Hitlerfaschismus diente, wurde von den Alliierten in ihren Konferenzen während und nach dem Krieg anerkannt. Michael Ludwig dagegen behauptet, *„dass Stalin im Schatten Hitlers, dessen faktischer Verbündeter er während der ersten beiden Jahre des Zweiten Weltkriegs war, mit Waffengewalt daran ging, das Sowjetimperium um neue Länder und Gebiete zu vergrößern.“*<sup>241</sup> Die Eingliederung der baltischen Staaten gilt ihm als imperialistisch und soll mit Verteidigung gegen den Hitlerfaschismus nichts zu tun gehabt haben. In dem die UdSSR sich selbst verteidigte, leistete sie jedoch allen von

---

239 Feest 2020, S. 268 f.

240 Feest 2020, S. 251-266

241 Michael Ludwig, Gleichstellung verboten, FAZ 22.08.2009

Deutschland bedrohten Staaten Hilfe, weil sie die militärische Kraft Hitler-Deutschlands und ihrer Bündnispartner schwächte und schließlich zerbrach. Auch Churchill konnte die *„Schlussfolgerung, die die Geschichte ziehen wird“* nicht in Frage stellen, *„dass der russische Widerstand die Kraft der deutschen Armeen brach ...“*<sup>242</sup>

#### 4.5.4 Baltikum - Bündnispartner Hitlerdeutschlands

Vor der Eroberung des Baltikums durch Hitlerdeutschland galt: *„Die alten Eliten blieben ... passiv ... und hofften auf ... ein Eingreifen Deutschlands zugunsten der baltischen Staaten,“*<sup>243</sup> also auf die „Befreiung“ durch den Hitlerfaschismus. Nach der Eroberung durch die Wehrmacht im Juli 1941 wurden sie zu offenen militärischen Verbündeten des Hitlerfaschismus. *„Deutschland kam im Baltikum erst im Sommer 1941 durch den Vormarsch der Wehrmacht ins Spiel. Dieser Vormarsch wurde von den meisten Bewohnern der drei baltischen Staaten als Befreiung von der sowjetischen Besatzung begrüßt.“* So der Historiker Stefan Troebst.<sup>244</sup> Wie ist zu erklären, dass die „meisten Bewohner der drei baltischen Staaten“, die im Juli 1940 den demokratischen Maßnahmen der gewählten Unions der Werktätigen zugestimmt hatten, ein Jahr später von der sowjetischen Besetzung durch den Hitlerfaschismus befreit werden wollten?

160.000 Letten standen beim Kampf für die Eroberung der Sowjetunion in deutschen Diensten, in der Lettischen Legion der Waffen-SS oder der Wehrmacht usw.<sup>245</sup> Ende der 1990er Jahre wurde ein Ehrenfriedhof der Lettischen Legion errichtet. Hier werden die 40.000 „Legionäre“ geehrt, die im Kampf für den Endsieg des faschistischen Deutschland ihr Leben ließen. Auf dem Ehrenfriedhof heißt es, *„die Legionäre hätten nicht für Hitler, sondern nur gegen die Sowjetunion gekämpft – in der Hoffnung auf die Wiederherstellung von Lettlands Unabhängigkeit.“*<sup>246</sup> Auch in Estland wurde eine Division der Waffen-

---

242 Churchill Bd. 3 Zweites Buch Oktober 1985, S. 27

243 ebda.

244 in: <https://www.sueddeutsche.de/politik/75-jahre-hitler-stalin-pakt-deutschlands-verzerrter-blick-1.2097705>; Barbara Galaktionow, SZ 23.8.2014

245 [https://de.wikipedia.org/wiki/Lettische\\_SS-Verbaende](https://de.wikipedia.org/wiki/Lettische_SS-Verbaende)

246 Reinhard Veser, In Hitlers und Stalins Fängen, FAZ 29.3..2025

SS mit estnischen Freiwilligen aufgestellt. In Litauen gab es keine SS-Division, wohl aber litauische Polizeieinheiten und Batallione und zahlreiche Zivilisten, die sich aktiv der Beseitigung von Juden in Pogromen und Morden beteiligten.<sup>247</sup> Vor dem Krieg gab es in Litauen 215.000 jüdische Einwohner, 200.000 von ihnen wurden nach dem Einmarsch der Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 mit tätiger Hilfe von Litauern ermordet. Das neue „unabhängige“ Litauen musste judenfrei sein. Die Wehrmacht schritt gegen die Morde nicht ein.<sup>248</sup>

Die Letten, Esten und Litauer, die als Gehilfen der Wehrmacht für die Eroberung der Sowjetunion durch den Hitlerfaschismus kämpften, verteidigen das bis heute, obwohl es dem Hitlerfaschismus nie um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ging. Eine provisorische litauische Regierung wurde schon im August 1941 aufgelöst. Litauen, Estland und Lettland standen 2008 noch auf der vom Simon-Wiesenthal-Zentrum zusammengestellten „Schwarzen Liste“ als *„ein Land, das ... nichts tut, um die Nazikollaborateure zu entlarven. Litauens Nachbarn auf dieser Liste sind Kroatien, Lettland, Estland und die Ukraine.“*<sup>249</sup> *„Das Simon-Wiesenthal-Zentrum beklagte eine ‚Kampagne‘ in den Baltenstaaten Estland, Lettland und Litauen, die Verbrechen der Nazizeit mit denen der kommunistischen Ära gleichzustellen. Damit betrieben diese Staaten ‚Geschichtsfälschung‘.“*<sup>250</sup> Diese Geschichtsfälschung wird auch von der EU und ihrem Parlament betrieben.

## 4.6 Territoriale Gewinne als Ziel?

Metzheimer behauptet, es sei der Sowjetunion darum gegangen, *„in erster Linie Deutschland mit England und Frankreich zu verfeinden und möglichst große territoriale Gewinne zu erzielen.“*<sup>251</sup> Da die Sowjetunion ein Bündnis mit England und Frankreich **gegen** Deutschland schließen wollte, wollte sie tatsächlich diese beiden Staaten mit

247 [https://de.wikipedia.org/wiki/Holocaust\\_in\\_Litauen](https://de.wikipedia.org/wiki/Holocaust_in_Litauen)

248 ebda.

249 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Litauen/partisanen2.html>

250 <https://newsv2.orf.at/stories/2056030/> vom 11.5.2011

251 Metzheimer 1966, S. 396

Deutschland „verfeinden“. Beide Staaten wollten sich jedoch nicht zum Feind Deutschlands machen lassen. Sie wollten lieber Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem Hitlerfaschismus und Feindschaft mit der Sowjetunion.

Die „territorialen Gewinne“ der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland dienten nicht in erster Linie der imperialistischen Vergrößerung dieses Landes, sondern der Selbstverteidigung gegen die deutsche Mordmaschine und ihre Verbündeten und Helfershelfer. Laut dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags vom 19. August 2014 setzte sich die Sowjetunion mit der Behandlung Polens, der baltischen Staaten und Finnlands über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweg.<sup>252</sup> Alles, was die Sowjetunion unternahm hätte also unterbleiben sollen. Das aber hätte dem Hitlerfaschismus die Eroberung der Sowjetunion erleichtert. Gibt es hier einen Hintersinn, dass die Niederlage der Sowjetunion erwünscht war?

#### **4.6.1 Der Pakt – Bündnis zwischen Hitler und Stalin?**

Hitler-Deutschland profitierte zweifellos vom Nichtangriffspakt, den es Stalin überraschend angeboten hatte. Die Sowjetunion aber profitierte ebenfalls in erheblichem Maße. Stalin ist laut Herfried Münkler davon ausgegangen, *„dass Frankreich und Großbritannien einen Angriff Hitlers auf die Sowjetunion unterstützen würden, um das sozialistische Experiment in Russland beendet zu sehen. Unter diesen Umständen ging er lieber ein Bündnis mit Hitler ein, um die Grenzen der Sowjetunion wieder in Bereiche vorzuschieben, die bis 1917 zum Bestand Russlands gehört hatten.“*

Andererseits stellt Münkler aber fest: *„Stalins Bündnis mit Hitler ist auch damit zu erklären, dass die Westmächte bis zum Frühjahr 1939 der Erpressungspolitik Hitlers ein ums andere Mal nachgaben.“* Er nennt dann u. a. die Annexion Österreichs und der Tschechoslowa-

---

252 <https://www.bundestag.de/resource/blob/295520/Hitler-Stalin-Pakt.pdf>

kei. *„Für Stalin war das Grund genug, den Westmächten zu misstrauen und sich nicht auf sie als Bündnispartner einzulassen.“*<sup>253</sup>

Münkler will unbedingt den Eindruck erwecken, als wollte sich Stalin auf Grund von Misstrauen nicht auf ein Bündnis mit den Westmächten einlassen und „lieber“ mit Hitler ein „Bündnis“ eingehen. Das sind Falschnachrichten. Hören wir dazu Joseph E. Davies, den Botschafter der USA in Moskau von 1936 bis 1938, der ab 1939 Regierungsberater der USA in Fragen der Politik im Ausnahmezustand des Krieges war. Er schrieb am 18. Juli 1941: *„Sogar noch nach München und selbst noch im Frühjahr 1939 erklärte die Sowjetregierung sich bereit, sich mit Großbritannien und Frankreich zu verbünden, falls Deutschland Polen oder Rumänien angreifen sollte, nur bestand sie darauf, dass eine Konferenz der nicht angreifenden Staaten stattfinden sollte, um objektiv und realistisch zu bestimmen, was jeder von ihnen zu tun habe, und dann Hitler von ihrem gemeinsamen Widerstandswillen in Kenntnis zu setzen. Sie behaupteten, dies sei das Einzige, was Hitlers Angriffen auf den europäischen Frieden Einhalt gebieten könne. Der Vorschlag wurde von Chamberlain abgelehnt, mit der Begründung, dass Polen und Rumänien die Hinzuziehung Russlands nicht wünschten; darauf wurden die unseligen einseitigen Bündnisse von England gefördert und abgeschlossen“*<sup>254</sup> ... und nicht eingehalten!

Im Übrigen ist es auch eine Geschichtsfälschung, dass die UdSSR mit Hitlerdeutschland ein Bündnis eingehen wollte. Der Hitlerfaschismus war der Todfeind. *„Das Abkommen zwischen Hitler und Stalin war kein Bündnis, wie es so oft von Historikern behauptet, die es besser wissen sollten, sondern ein Abkommen, das beide Seiten mit bemerkenswerten, aber nur zeitweiligen Vorteilen versah.“*<sup>255</sup>

---

253 Münkler 2016, S. 133

254 Davies 1943, S. 383 f.

255 Pauwels 2017, S. 181

## 5 Zweiter Weltkrieg - Vorgeschichte von einer Woche?

Die führenden Regierungs- und Oppositionsparteien der EU behaupten in ihrer EntschlieÙung vom September 2019, „**dass der Zweite Weltkrieg, der verheerendste Krieg in der Geschichte Europas, als unmittelbare Folge des auch als „Hitler-Stalin-Pakt“ bezeichneten berüchtigten Nichtangriffsvertrags ... ausbrach ...**“ (Punkt 2., S.6)

Sie behaupten ferner, „**dass vor 80 Jahren die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische deutsche Reich den als Hitler-Stalin-Pakt bekannten Nichtangriffspakt und dessen Geheimprotokolle unterzeichneten, womit die beiden totalitären Regime Europa und die Hoheitsgebiete unabhängiger Staaten untereinander aufteilten und in Interessensphären einteilten und damit die Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten.**“ (Punkt B., S.4)

Wenn der Weltkrieg, der am 1.9.1939 ausbrach, die „**unmittelbare Folge**“ des Paktes vom 23. August war und wenn die „**Weichen für den Zweiten Weltkrieg**“ „**damit**“ (mit dem Pakt, d. V.) gestellt wurden, hätte der Zweite Weltkrieg nur eine Vorgeschichte von einer Woche. Es wäre **vor** dem 23. August 1939 rein gar nichts zu finden, was Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt hätte.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), eine Bundesbehörde, die über politische Sachverhalte informieren und das demokratische Bewusstsein fördern soll, schließt sich dieser Erklärung an: „**Mit Abschluss des Vertrages, der als Hitler-Stalin-Pakt in die Geschichte einging, wurden die Rahmenbedingungen geschaffen für den deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939.**“<sup>256</sup> Nur eine Woche vor dem Überfall Deutschlands schossen also die **Bedingungen** aus der Tiefe des geschichtlichen Bodens empor. Nur der Pakt gab den **Rahmen** für den Krieg ab, in der Zeit davor gab es keinerlei Rahmenbedingungen dafür.

---

256 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/190237/vor-80-jahren-hitler-stalin-pakt/>

Die Resolution des Parlaments der EU richtet sich auch hier frontal gegen das Nürnberger Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs vom 1. Oktober 1946. Im Urteil heißt es: *„Der erste Angriffskrieg, der unter Anklage gestellt ist, ist der am 1. September begonnene Angriffskrieg gegen Polen. ... Der Krieg gegen Polen kam nicht plötzlich aus heiterem Himmel, das Beweismaterial hat klar ergeben, dass dieser Angriffskrieg wie auch die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei wohlüberlegt und eingehend vorbereitet war, und dass er erst begonnen wurde, als der geeignete Zeitpunkt gekommen schien.“*<sup>257</sup> Auch Hitler war schon am 23. Mai 1939, also vor dem 23. August 1939, der Meinung: *„Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies (die Probleme zu lösen, d. V.) nicht möglich. ... Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen.“*<sup>258</sup> Hitler selbst stellte am 22. August 1939 fest: *„Ich fasste den Entschluß schon im Frühjahr.“*<sup>259</sup> Der Entschluss zum Angriffskrieg auf Polen brauchte keinen Hitler-Stalin-Pakt. Das EU-Parlament unterschlägt die Vorgeschichte<sup>260</sup> des Zweiten Weltkriegs und fälscht damit die Geschichte.

Indem die führenden Parteien des EU-Parlaments behaupten, der Zweite Weltkrieg sei die **unmittelbare** Folge des „Hitler-Stalin-Pakts“ stellen sie indirekt eine Reihe **falscher Behauptungen** auf:

## 5.1 „Zweiter Weltkrieg - kein Revanchekrieg!“

**Zur Erinnerung:** Die große Mehrheit der politisch und militärisch Verantwortlichen Deutschlands erklärte 1918, das Heer sei *„im Felde*

---

257 Das Urteil von Nürnberg 1946, S. 27

258 ebda. S. 40 f.

259 ebda. S. 41

260 Eine Kriegs-Vorgeschichte zu unterschlagen ist weit verbreitet. Wer behauptet, der Überfall der Hamas vom 7.10.2023 auf Israel habe eine Vorgeschichte, gilt oft als Anhänger der Hamas und des Terrors oder/und Antisemit wegen israel-bezogenem Antisemitismus. Wer behauptet, der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24.2.2022 habe eine Vorgeschichte, gilt als Freund oder sogar als Marionette Putins usw. usf., wird als Verbreiter von „Desinformation“ gemäß Verhaltenskodex 2022 und Digital Service Act (DSA, 2024) womöglich kriminalisiert.

*unbesiegt*“ gewesen, aber von Antikriegskräften in der Heimat mit einem Dolchstoß in den Rücken außer Gefecht gesetzt worden.<sup>261</sup> Diese Einschätzung rief geradezu nach einem besser vorbereiteten zweiten Versuch.

Bis 1960 war die Meinung vorherrschend, *„eine deutsche Verantwortlichkeit für die Auslösung des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 bestehe nicht, diesen Krieg habe kein verantwortlicher Politiker oder Militär gewollt oder gar bewusst herbeigeführt. ... Es gebe keinerlei Kontinuität zwischen der deutschen Kriegszielpolitik von 1914 bis 1918 und der außenpolitischen Linie des NS-Regimes.“*<sup>262</sup>

Der Historiker Fritz Fischer räumte 1961 mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ damit auf. Deutschland trage eine große Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Es sei nicht hineingeschlittert. *„Es gebe eine durchgängige Linie aggressiver Außenpolitik vom Kaiserreich bis zur NS-Zeit.“*<sup>263</sup> Fischer hatte in den Archiven das Kriegszielprogramm Bethmann-Hollwegs vom September 1914 entdeckt.<sup>264</sup>

Der Historiker Herfried Münkler wirft Fischer vor, *„dass er die Intentionalität, mit welcher der Weg in den Krieg 1939 beschritten wurde, in die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs hineinprojiziert und damit eine Kontinuität der deutschen Politik konstruiert hat, die es so nicht gegeben hat.“*<sup>265</sup> Es könne also kein Revanchekrieg gewesen sein.

Offensichtlich hat auch Hitler die „Intentionalität“ für den Zweiten Weltkrieg in die Vorgeschichte des Zweiten „hineinprojiziert“. *„Machen wir uns nichts vor,“* so Hitler im Frühjahr 1934: *„Unsere Aufgabe ist es, den 1918 abgebrochenen Krieg unter günstigeren Bedingungen zum siegreichen Ende zu führen. ... Was hinter uns lag, war ein Waffenstillstand; was vor uns liegt der Sieg, den wir 1918 fort-*

---

261 Gerd Krumeich, Der Dolchstoß war nicht bloß eine Legende, FAZ 10. Juli 2017

262 <https://de.wikipedia.org/wiki/Fischer-Kontroverse>

263 <https://www.abendblatt.de/vermischtes/journal/thema/article208040783/Fischers-Geschichten.html>

264 Opitz 1994, S. 216

265 Münkler 2016, S. 30

warfen.“<sup>266</sup> Der Erste Weltkrieg sollte mit dem Zweiten fortgesetzt werden - diesmal siegreich.<sup>267</sup> „Das Bedürfnis (großer Teile der deutschen Eliten) nach Revision und Revanche fand seinen extremsten Ausdruck im nationalsozialistischen Regime Adolf Hitlers, das 1939, sechseinhalb Jahre nach seiner ‚Machtergreifung‘ den Zweiten Weltkrieg entfesselte.“<sup>268</sup> Das schrieb der Historiker Heinrich August Winkler, der laut Spiegel vom 5.11.2023 „seit Jahrzehnten zu den führenden Intellektuellen der Bundesrepublik“ zählt.<sup>269</sup> Er bescheinigt Münkler zu Recht „nationalapologetische Tendenzen“.<sup>270</sup> Münkler möchte unter den Teppich kehren, dass der deutsche Imperialismus als aggressive Macht schon vor dem Dritten Reich bestanden hat. Die Entschließung des EU-Parlaments leugnet, dass der Zweite Weltkrieg ein Revanchekrieg für den Ersten war, dass er also eine lange Vorgeschichte hat. Sie betreibt Geschichtsfälschung.

## 5.2 „Kriegsziele 1914 und 1939 sind nicht gleich!“

Wenn der Zweite Weltkrieg keine Vorgeschichte im Ersten hatte, können nach Meinung des Parlaments der EU die Allgemeinen Kriegsziele Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht dieselben gewesen sein wie im ersten Weltkrieg gewesen.

**Zur Erinnerung:** Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 9. September 1914: „Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reichs nach **West und Ost** auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht

---

266 Rauschnig 1940/1973, S. 120

267 Der „Blitzkrieg“ im Westen von 1914 wurde schon 1905 mit dem Schlieffenplan geplant. Wie konnte es dazu kommen, wenn Deutschland nicht schon seit dem Ende des 19. Jahrhundert ein imperialistisches Land mit entsprechenden aggressiven Interessen war?

268 Winkler 2009, S. 1199

269 <https://www.spiegel.de/panorama/heinrich-august-winkler-ueber-lehren-der-geschichte-der-bundesrepublik-deutschland>; Karl-Heinz Janßen im Sonderheft der ZEIT Nr.3 /1995: „Erstes Ziel Hitlers und seiner Generäle war die Revision des Versailler Vertrages und Revanche für die Niederlage von 1918.“

270 Winkler, Die Oktoberreform, FAZ 2. Juni 2014

*neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.*<sup>271</sup>

Die „Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit“ war auch das „allgemeine Ziel“ des Hitlerfaschismus.

**Im Westen** galt wie im Ersten Weltkrieg als allgemeines Ziel, hauptsächlich **Frankreich** auszuschalten. Am 8. März 1939 verkündete Hitler vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der Generalität und der NSDAP großmäulig: „Deutschland wird in 1940 und 1941 ein für allemal mit seinem Erbfeinde Frankreich abrechnen. Dieses Land wird von der Karte Europas verschwinden.“<sup>272</sup> Am 10. Mai 1940 überfiel Deutschland Frankreich. Am 22. Juni 1940 ergab sich Frankreich, nur sechs Wochen später.

Schon in seinem Standardwerk „Mein Kampf“ von 1925 hatte Hitler erklärt, dass man „in der Vernichtung Frankreichs wirklich **nur ein Mittel** sieht, um **danach** unserem Volk endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können.“<sup>273</sup> Mit „an anderer Stelle“ war die Sowjetunion gemeint.

**Im Osten** war die Eroberung des Vielvölkerstaates **Sowjetunion** das „allgemeine Ziel“. Hitler hatte den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 9.1.1941 als Kriegsziel verkündet: „Der russische Riesenraum berge unermessliche Reichtümer. Deutschland müsse ihn wirtschaftlich und politisch beherrschen, ohne ihn sich anzugliedern. Damit verfüge es über alle Möglichkeiten, um in Zukunft auch den Kampf gegen Kontinente zu führen, es könne dann von niemandem geschlagen werden.“<sup>274</sup> Auch nicht von den USA.

Hitler am 17./18. 9. 1941 im Führerhauptquartier: „Der Kampf um die Hegemonie in der Welt wird für Europa durch den Besitz des russischen Raumes entschieden; er macht Europa zum blockadefesten Ort der Welt. Es sind das wirtschaftliche Perspektiven, die den liberalsten westlichen Demokraten der neuen Ordnung geneigt ma-

---

271 Opitz 1994, S. 216

272 Hörster-Philipps 1978, S. 269

273 Hitler 1933, S. 766-7

274 Kühnl 1977, S. 324

chen werden.“<sup>275</sup> Hitler verschließt sich dem Gedanken nicht, die westlichen Demokratien nach dem Sieg über die Sowjetunion an der Beute zu beteiligen. Darauf hoffte zeitweise auch England (vgl. 1.2.4). In einer weniger eindeutigen Formel hieß es im April 1942 über den Generalplan Ost (vgl. 2.4): *„Für uns Deutsche kommt es nur darauf an, das Russentum derart zu schwächen, dass es nicht mehr in der Lage ist, den deutschen Führungsanspruch im europäischen Raum zu gefährden.“*<sup>276</sup>

Mit der „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ befahl Hitler am 18. Dezember 1940: *„Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein ... Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. ... Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, dass die Absicht eines Angriffs nicht erkennbar wird.“*<sup>277</sup> Am 22. Juni 1941 brachen die Wehrmacht und ihre Verbündeten mit sechs Millionen Soldaten ohne Kriegserklärung in die Sowjetunion ein. Die Weichen für beide Weltkriege wurden von ein- und demselben kapitalistischen und imperialistischen Deutschland gestellt, das danach strebte, die führende imperialistische Weltmacht zu werden. Hitler proklamierte 1926 im Schlusswort zu einer Neuauflage von „Mein Kampf“ dieses Endziel des deutschen Imperialismus auch als logische Folge der Überlegenheit der arischen Rasse gegenüber minderwertigen Rassen: *„Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muss eines Tages zum Herrn der Erde werden.“*<sup>278</sup> Deutschland sollte mit dem Krieg zur Eroberung der Sowjetunion zum Herrn der Erde werden.

Die Entschließung des EU-Parlaments leugnet, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg dieselben allgemeinen Kriegsziele hatte wie im Ersten Weltkrieg. Sie betreibt Geschichtsfälschung.

---

275 Michalka 1999, S. 247

276 Hörster-Philipps 1978, S. 304

277 Hörster-Philipps 1978, S. 290

278 Hitler 1933, S. 782

## 5.3 „Machtübergabe ‘33 – bereitet Krieg nicht vor“

Wenn der Zweite Weltkrieg die „unmittelbare Folge“ des „Hitler-Stalin-Paktes“ war und Hitler und Stalin *„damit die Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten“*, bedeutet das, dass 1933 die Übergabe der Macht an den Hitlerfaschismus **nicht** der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs diene.

**Zur Erinnerung:** Die maßgeblichen Kräfte aus Industrie, Großbanken, Großgrundbesitz und Reichswehr kannten und billigten die Kriegsziele der NSDAP im Osten und Westen. Führende Vertreter der Schwerindustrie wie Thyssen, Hugo Stinnes (der *„Elon Musk seiner Ära“*<sup>279</sup> und Herrscher über ein Imperium mit 600.000 Beschäftigten mit der Montanindustrie als Kern), Emil Kirdorf (bis 1926 Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, dem größten Kohlebergbaukonzern Europas), Albert Vögler (ab 1926 Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke) und Fritz Springorum (ab 1925 Generaldirektor der Hoesch AG Dortmund) unterstützten schon früh die NSDAP als Kraft zum Sturz der Weimarer Demokratie und führende Kraft für einen Revanchekrieg.

Hitler sprach es schon **1925** in seinem Buch „Mein Kampf“ offen aus. *„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Russlands geschehen, dann musste sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“*<sup>280</sup> Dieser *„schwere Kampf“* sollte nicht für Kolonien, sondern *„für Land im Heimatkontinent selbst ausgefochten“* werden, also auf dem Boden der Sowjetunion. *„Ein solcher Entschluss erfordert dann freilich ungeteilte Hingabe. ... Dann musste auch **die gesamte politische Leitung des Reiches diesem ausschließlichen Zwecke huldigen**; niemals durfte ein Schritt erfolgen, von anderen Erwägungen geleitet, als von der Erkenntnis dieser Aufgabe und ihren Bedingungen. Man hat sich*

---

279 Wirtschaftswoche 15.12.2024

280 Hitler 1933, S. 154

*Klarheit zu verschaffen, dass dieses Ziel nur unter Kampf zu erreichen war und musste dem Waffengange dann aber auch ruhig und gefasst ins Auge sehen.*<sup>281</sup> „Mein Kampf“ hatte eine Auflage von über zwei Millionen und war jedermann zugänglich, auch den Regierungen in England, Frankreich und den USA und auch den Parteien in der EU.

1933 übergaben Industrie, Banken, Generalität und Großgrundbesitzer mit Hilfe des Kriegshelden von 1914-18, des Großlandwirts Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorf und Hindenburg, die *„gesamte politische Leitung des Reiches“* an Hitler und seine Partei. Damit war die Eroberung der Sowjetunion (Russland genannt) der *„ausschließliche Zweck“* der von ihnen unterstützten Reichsregierung geworden. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach schrieb als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24. März 1933 an Hitler: *„Der Reichsverband der Deutschen Industrie ... wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werk zu helfen.“*<sup>282</sup>

Das *„schwere Werk“* war, für einen erneuten Angriffskrieg gegen die äußeren Feinde die modernsten Waffen in ausreichender Zahl zu produzieren. Damit sollte es möglich sein, die Feinde im Westen und Osten mit *„Blitzkriegen“* niederzuwerfen, ohne an beiden Fronten gleichzeitig antreten zu müssen. Die Übergabe der Macht an Hitler und Co. kam einer Kriegserklärung an die Sowjetunion gleich. Die führenden Vertreter des Kapitals in Industrie, Banken und Landwirtschaft stimmten zu, die Arbeiterbewegung, ihre Gewerkschaften und Parteien, die Hitler und die NSDAP als Kriegstreiber zu großen Teilen ablehnten, mit brutalem Terror auszuschalten. So sollte das Volk kriegstüchtig werden. Ein Sieg im Krieg nach außen war unmöglich ohne den Sieg im Krieg gegen die Kriegsgegner im Inneren. *„Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, d.h. gegen den Marxismus ...“*, so Carl Friedrich von Siemens auf einem Essen der General Electric Company in New York am 27.

---

281 ebda., S. 153

282 Hörster-Philipps 1978, S. 163

Oktober 1931.<sup>283</sup> Das Großkapital auf der ganzen Welt begrüßte die Niederschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland und erhoffte von Hitlerdeutschland die Vernichtung des Sozialismus, der in einem einzigen Land der Welt gesiegt hatte.

Vor allem die Schwerindustrie und die mit ihnen eng verbundenen Großbanken Deutschlands stellten schon lange vor 1933 insgeheim die Weichen zum Zweiten Weltkrieg. Gustav Krupp bekannte Ende 1943: *„Es ist ein einmaliges Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, dass sie in diesen bösen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte ihre Wirksamkeit auch aus erklärlichen Gründen dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. ... Nur durch die ... verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums (die versteckte Aufrüstung in der Weimarer Republik, d. V.) ... konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluss an die neuen Aufgaben der Wiederwehraufbau erreicht ... werden. Da galt es, neue Rohstoffe zu erschließen, zu forschen und zu experimentieren, um die deutsche Wirtschaft unabhängig und stark, kurz gesagt **kriegs**stark zu machen.“*<sup>284</sup>

Die Entschließung des EU-Parlaments leugnet, dass die Übergabe der Macht an die NSDAP im Jahr 1933 der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs diene. Sie betreibt Geschichtsfälschung.

## 5.4 „Vierjahresplan ‘36: keine Weichen zum Krieg“

Da der Zweite Weltkrieg nach Meinung des EU-Parlaments nur eine Vorgeschichte von einer Woche hatte, diene nicht hauptsächlich der Vierjahresplan von 1936 dazu, Weichen für den Krieg zu stellen.

**Zur Erinnerung:** Nach dreieinhalb Jahren unerhörter Aufrüstung konnte der „Führer“ am 26. August 1936 die Aufgabe stellen: *„Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. ... Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig*

---

283 Hörster-Philipps 1978, S. 106

284 Hörster-Philipps 1978, S. 206

sein.<sup>285</sup> Hitler ordnete den Beginn des Kriegs für 1940 in einer streng geheimen Denkschrift an, kaum dass die Olympischen Spiele am 16. August 1936 beendet waren.<sup>286</sup> Das Parlament der EU erfindet das Märchen, Stalin, nicht Hitler habe die Weichen für den Weltkrieg gestellt. Und zwar mit einem Pakt vom 23. August 1939. Mehr noch: Der Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung war ein Plan der IG Farben, des damals bedeutendsten Chemiekonzerns der Welt.<sup>287</sup> Die Deutsche Bank hatte mit 38 % der Stimmrechte im IG Farben-Konzern das Sagen.<sup>288</sup> Sie besaß „unter allen deutschen Banken die weitreichendsten und am tiefsten verwurzelten Verbindungen zur Industrie.“<sup>289</sup> „Die Operationen der Deutschen Bank richteten sich in den Jahren nach 1933 immer stärker darauf, Deutschlands Vorbereitungen für einen Aggressionskrieg und dessen Durchführung zu unterstützen.“<sup>290</sup>

Unter der Leitung des IG-Farben-Vorstandes Carl Krauch (NSDAP) wurde im August 1938 ein „Schnellplan“ verabschiedet, mit dem „auf allen Gebieten praktisch die größte im Weltkrieg noch erzielte deutscher Erzeugungsmöglichkeit erreicht“<sup>291</sup> werden konnte.<sup>292</sup> Die Produktion von Mineralöl, synthetischem Kautschuk, Aluminium, Magnesium sowie von Pulver, Brandbomben, Kampf- und Sprengstoffen wurde danach so schnell gesteigert, dass der Überfall auf Polen auf 1939 vorverlegt werden konnte.

IG Farben Vorstand Carl Krauch erläuterte in einem Arbeitsbericht vom 28. April 1939: „**Heute wie 1914** erscheint die deutsche Politik und wirtschaftliche Lage – eine von der Welt belagerte Festung - eine rasche Entscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der

285 Kühnl 1977, S. 287 f.

286 Die USA, Großbritannien und Frankreich verhalten mit ihrer Teilnahme an den Berliner Spielen dem Dritten Reich zu einem friedvollen Aussehen. Sie beteiligten sich daran, die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs zu tarnen. Die Sowjetunion dagegen boykottierte die Spiele.

287 Hörster-Philipps 1978, S. 265

288 OMGUS Deutsche Bank 1985, S. 92

289 OMGUS Deutsche Bank 1985, S. 87

290 OMGUS Deutsche Bank 1985, S. 133

291 Hörster-Philipps 1978, S. 266

292 Hörster-Philipps 1978, S. 266

*Feindseligkeiten zu verlangen. Diese verschlingen naturgemäß täglich ein Vielfaches der Kriegskapazität an Munition. Freiheit des Handelns ist für die Oberste Kriegsleitung also nur gegeben, wenn die Vorräte an Pulver und Sprengstoff so groß sind, dass der Bedarf vieler aufeinanderfolgender Kampfhandlungen gedeckt werden kann. Die Erinnerung an die entscheidende Auswirkung des Munitionsman- gels vom September 1914 an müsste Deutschland nur zu äußersten Anstrengungen veranlassen, um der eigenen Munitionsreichweite zu Kriegsbeginn gegenüber der feindlichen die absolute und damit viel- leicht kriegsentscheidende Überlegenheit zu sichern. ... Deutschland muss das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stär- ken, dass die Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist. ... Wenn diese Gedanken nicht raschestens in die Tat umgesetzt werden, so schützen alle Blutopfer im nächsten Krieg nicht vor dem aus Mangel an Voraussicht und an Entschlusskraft schon einmal selbst verschuldeten Ende.“<sup>293</sup> Hitler war weniger ein „Führer“ als ein von IG Farben und Co. Geführter.*

Die Entschließung des EU-Parlaments leugnet, dass der unter Füh- rung der IG Farben beschlossene Vierjahresplan von 1936 **unmittel- bar** der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs diene. Sie betreibt Ge- schichtsfälschung.

## **5.5 „Demokratien stärkten Hitlerfaschismus nicht“**

Die Vorbereitung des deutschen Imperialismus und seiner Verbün- deten zur Eroberung des Ostens wurde von Anfang an von Frank- reich und vor allem von England unterstützt (vgl. 3). Die massive Förderung des Hitlerfaschismus durch demokratische Mächte wird als wichtige **Weiche** für den Zweiten Weltkrieg unter den Teppich gekehrt, indem Stalin zum wahren Verursacher aufgebaut wird.

Die Entschließung des EU-Parlaments und der meisten seiner Partei- en ist von hinten bis vorne eine durchdachte Geschichtsfälschung, eine professionelle Desinformation.

---

293 Opitz 1994, 649, 651

## 6 Bündnis Deutschland – Russland?

Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter von 1977 bis 1981, schrieb in seinem 1997 erschienenen Buch „Die einzige Weltmacht“: *„Am augenfälligsten wurde die Verknüpfung von Nationalismus und Territorialbesitz im nationalsozialistischen Deutschland und im kaiserlichen Japan. Der Versuch, das tausend-jährige Reich zu errichten, ... verfolgte auch den Zweck, sich die Kornkammer Ukraine sowie andere slawische Länder einzuverleiben, deren Bevölkerungen dem Deutschen Reich als billige Lohnsklaven dienen sollten.“*<sup>294</sup> Nicht zu vergessen auch den Zweck, die bedeutenden Bodenschätze der Ukraine und die Ölvorkommen des Kaspischen Meeres über dessen Anrainerstaat Aserbaidschan und seinen Hafen Baku unter Kontrolle zu bekommen.

Unübertroffen fasst George Friedman, ein bedeutender US-Politikberater, die Interessen der USA zusammen: *„Also, das primäre Interesse der Vereinigten Staaten durch das letzte Jahrhundert hindurch – also im Ersten, Zweiten und im Kalten Krieg – sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gewesen, denn vereinigt wären diese beiden die einzige Macht, die uns bedrohen könnte – und daher ist sicherzustellen, dass das nicht passiert.“*<sup>295</sup> Das gilt bis heute. Die Vereinigung zu verhindern, schließt das Interesse der USA ein, die Sowjetunion in ihre Einzelteile zu zerlegen und vor allem Ukraine aus jedem Verbund mit Russland herauszubrechen.

Unabhängig vom jeweiligen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Russlands, ob halbfeudal, sozialistisch oder offen kapitalistisch, bestand und besteht ein grundlegendes Interesse Deutschlands und auch der mächtigsten kapitalistisch-imperialistischen Länder daran, sich die ungeheuren Reichtümer dieses Landes (Bodenschätze, landwirtschaftliche Flächen) und die Erzeugnisse der Arbeitskraft von Millionen selbst anzueignen und entsprechende Wege zu gehen.

---

294 Brzezinski 1999, S. 61 f.; <http://tazelwurm.de/wp-content/uploads/2015/02/Die-einzige-Weltmacht.pdf>

295 [https://de.wikipedia.org/wiki/George\\_Friedman](https://de.wikipedia.org/wiki/George_Friedman)

## 6.1 Jelzins Staatsstreich – Putin als Helfer

Die Sowjetunion wurde 1991 von den Präsidenten Russlands (Jelzin), der Ukraine und Belarus in einem Handstreich aufgelöst. Die Ukraine erklärte sich für unabhängig und bestätigte das mit einer Volksabstimmung. Die alte Sowjetverfassung hatte das Selbstbestimmungsrecht der Völker in dieser Form anerkannt. Putin erkennt es nicht an. Jelzin (1991 -1999) führte unter dem Beifall des Westens und seiner Ökonomen mit einer brutalen „Schocktherapie“ in Russland den offenen Kapitalismus ein.<sup>296</sup>

Jelzin brachte das Parlament dazu, ihm für 1992 zu gestatten, ein Jahr lang per Dekret als Diktator zu regieren. Er hatte die Freiheit, alle staatlich festgesetzten Preise auf Grundnahrungsmittel inklusive Brot abzuschaffen. Er hatte die Freiheit, mit der Privatisierung der 225.000 Staatsunternehmen zu beginnen und sie von staatlichem Einfluss zu befreien. Er kürzte die Staatsausgaben massiv, darunter auch die Zahlungen an Betriebe. Millionen von Arbeitern erhielten monatelang keinen Lohn, ein Drittel der Bevölkerung fiel unter die Armutsgrenze.

Weil der versprochene Wohlstand nicht eintrat, entzog ihm das Parlament im März 1993 die Freiheit, per Dekret zu regieren. Jelzin rief den Notstand aus und regierte alleine weiter, obwohl auch das Verfassungsgericht es für verfassungswidrig erklärte. Diktator Jelzin erließ einfach das Dekret 1400, setzte die Verfassung außer Kraft und verkündete die Auflösung des Parlaments. Im Oktober 1993 ließ Jelzin das Parlament von 5.000 Soldaten erstürmen und mit dem Beschuss von Panzern in Brand setzen. Viele hundert Menschen wurden getötet. Der Westen begrüßte Jelzins Staatsstreich als „Sieg für die Demokratie“, wie die Washington Post schrieb. Demokratie bedeutete die Freiheit einer kleinen Clique von Wirtschaftsmanagern, Parteibonzen und Staatsbürokraten, sich die Reichtümer des Landes unter den Nagel zu reißen, also zu privatisieren. Freiheit bedeutete auch freie Märkte ohne Staatseinfluss.

---

296 Klein 2009; S. 303 bis S. 340 Belege für die folgende Darstellung.

In der Ukraine gab es eine ähnliche Entwicklung. Mit Hilfe des Westens, darunter auch Deutschlands, wurden die Oligarchen erzeugt, die schnell zu Milliardären wurden. Diese Freiheit blieb jedoch aus westlicher Sicht unvollkommen. Das Staatseigentum sollte für den nationalen Freiheitskämpfer Jelzin vor allem von Russen geraubt werden, nicht von ausländischen Investoren. Die russischen Oligarchen mit ihren Medien und Kapitalien sorgten also dafür, dass Jelzin 1996 trotz der nach seinem Staatsstreich erheblich gesunkener Zustimmung als Präsident wiedergewählt wurde. Jetzt konnten auch die riesigen Rohstoffkonzerne für einen Bruchteil ihres Werts verschleudert werden. Ausländische Konzerne konnten sich einkaufen, aber nur als Juniorpartner.

1998 brach Russland in einer Finanzkrise zusammen. 80 Prozent der russischen Bauernhöfe waren bankrott. 70.000 staatliche Fabriken wurden geschlossen. Die Arbeitslosigkeit war riesig. 1995 lebten laut Weltbank 72 Millionen Russen in Armut; fast 37 Millionen sahen ihre Lage als verzweifelt an. Jelzin hatte abgewirtschaftet. Sein Wohlstandsversprechen war eine einzige Lüge. Er trat ab und bestimmte wie ein absoluter Monarch Wladimir Putin, seinen engsten Berater, Vizekanzelechef und stellvertretenden Chef der Präsidentsverwaltung zu seinem Nachfolger als Präsident der Russischen Föderation. Mehrere Oligarchen hatten diese Machtübergabe organisiert. Putins erste Amtshandlung war auf Jelzins Wunsch ein Gesetz, das Jelzin Straffreiheit für alle seine Handlungen während dessen Amtszeit von 1991 bis 1999 zusicherte.

## **6.2 Putin für Bündnis Russlands mit der EU**

Dass die despotische Jelzindiktatur mit schmerzhaften Reformen eine Minderheit steinreich und die Mehrheit arm gemacht hatte, verkaufte Putin 2001 im Bundestag als Demokratie und Freiheit. *„Das Hauptziel der Innenpolitik Russlands ist vor allem die Gewährleistung der demokratischen Rechte und der Freiheit, die Verbesserung des Lebensstandards und der Sicherheit des Volkes. ... Russland ist den schmerzhaften Weg der Reformen gegangen.“*<sup>297</sup> Diese Dar-

---

297 <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/>

stellung entsprach der Einschätzung des Westens insgesamt.<sup>298</sup> Putin erzeugte 2001 im deutschen Bundestag Hoffnungen auf ein Bündnis zwischen Russland und Europa. *„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird. (Beifall) Die ersten Schritte in diese Richtung haben wir schon gemeinsam gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, daran zu denken, was zu tun ist, damit das einheitliche und sichere Europa zum Vorboden einer einheitlichen und sicheren Welt wird.“* Putin sprach vom „Gemeinsamen Haus Europa“, vom „Aufbau des europäischen Hauses“ usw. Die Abgeordneten des Bundestages erhoben sich und feierten ihn mit begeistertem Beifall.

2010 reiste Putin nach Berlin, um beim 4. Führungstreffen Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung eine Rede zu halten. Er schrieb unter dem Titel „Von Lissabon bis Wladiwostok“ einen Artikel in der Süddeutschen, in dem er dafür warb, eine *„Zukunft durch die Partnerschaft zwischen Russland und der EU gemeinsam zu gestalten.“* Er schlug eine Freihandelszone und eine *„harmonische Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“* vor, die in einen *„gemeinsamen Kontinentalmarkt“* münden könnte. Er warb für eine *„gemeinsame Industriepolitik“*, aber vor allem für eine *„abgestimmte Energiepolitik“*, die darin bestehen sollte, Gaspipelines durch die Ostsee (Nordstream) und das Schwarze Meer (South Stream) zu bauen.<sup>299</sup>

Die USA hatten natürlich kein Interesse, dass ein europäischer Wirtschaftsgigant in Form der Verbindung russischer Bodenschätze und deutscher Technologie entstehen könnte. Sie versuchten von Anfang

---

putin\_wort-244966 vom 25.9. 2025

298 Klein 2009, S. 333

299 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908> 25.11.2010

an auch mit Sabotage, den Bau und Betrieb der Gaspipelines zu verhindern, die die Energiegrundlage der neuen europäischen Weltmacht sein sollte. Sie waren daran interessiert, die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland in möglichst großem Umfang zu unterbinden. Den Hebel setzten die USA bei der Ukraine an. Präsidentenberater Zbigniew Brzeziński hatte schon im Jahr 1994 erklärt: *„Ohne die Ukraine wird Russland nie wieder eine Weltmacht werden.“*

Der seit 2010 amtierende ukrainische Präsident Janukowitsch strebte sowohl zu Russland als auch zu Deutschland gute Beziehungen an. Nicht nur die USA, auch Deutschland und die EU hatten das Interesse, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen. Dazu diente ein EU-Assoziierungsabkommen, mit dem der ukrainische Markt für EU-Konzerne geöffnet, der russische Markt durch Zölle abgetrennt, die Ukraine von russischer Energie abgenabelt und eine mit der EU kompatible Rechtslage und Verwaltung geschaffen werden sollte. Russland überzeugte jedoch die Regierung Janukowitsch mit einem Angebot günstiger Energie, das EU-Abkommen zunächst abzulehnen.

Janukowitsch und seine Partei der Regionen (PR) hatten ihre soziale Basis im Donbass und auf der Krim. Bei der Wahl in 2010 siegte Janukowitsch auf der Krim und im Donbass mit 89 bzw. 90 Prozent der Stimmen, im Westen der Ukraine kam seine Konkurrentin Timoschenko in Lwiw und Iwano-Frankiwsk auf 86 bzw. 88 Prozent. Das Land war tief gespalten. Die EU unterstützte auf dem Maidan (= Platz) in Kiew, „proeuropäische“ Proteste gegen die „prorussische“ Regierung, die die Zustimmung zum EU-Abkommen verlangten. Sie begannen im November 2013 und hatten im Februar 2014 ihren Höhepunkt. Deutschland und Frankreich handelten deshalb mit Janukowitsch Neuwahlen für Ende 2014 aus. Die USA und ihre Helfer setzten jedoch darauf, Janukowitsch sofort mit einem Staatsstreich zu stürzen. An führender Stelle des Maidan standen Faschisten des rechten Sektors (Andrej Parubij war der Kommandeur des Maidan) und der Partei Swoboda. Sie gingen mit Terror vor und jagten entgegen der Verfassung Regierung und Parlament auseinander. Januko-

witsch floh nach Russland. „Mit dem Regimewechsel vom Februar 2014 war es den USA – unter der Federführung der Sondergesandten Viktoria Nuland – gelungen, Brüssel als Drahtzieher für das weitere Schicksal der (Rest-)Ukraine abzulösen.“<sup>300</sup>

Die erste Amtshandlung der von den USA eingesetzten neuen Regierung war, Russisch als Amtssprache in der Krim und im Donbass zu verbieten. Ziel der „Maidan-Revolution“ war, die starken Bindungen Russlands, die es mit der Ukraine und ihren Millionen ethnischer Russen im Osten dieses Landes hatte, zu schwächen bzw. völlig zu unterbinden. Der Staatsstreich in Kiew strebte den „endgültigen Bruch mit dem russischen Reich des Bösen“ an und die „Ukrainisierung“ der ethnischen Russen in der Ukraine.<sup>301</sup>

Die überwiegend aus ethnischen Russen bestehende Bevölkerung der Krim erhob sich dagegen. Sie setzte ihrerseits die Vertreter der Kiewer Putsch-Regierung mit einem Gegen-Staatsstreich ab. Schon Mitte März 2014 stimmte die Krim in einer Volksabstimmung mit 96 Prozent der Stimmen für den Anschluss an Russland, den sie schon seit vielen Jahren angestrebt hatte.<sup>302</sup> Im Donbass wurden in den Bezirken Donezk und Luhansk „Volksrepubliken“ gegründet.

In der FAZ wird behauptet: „Vor zehn Jahren ist Russland in den Donbass einmarschiert und hat die Krim annektiert.“<sup>303</sup> Die regionalen Gegen-Staatsstrieche wurden jedoch nicht von russischen Truppen gegen den Willen der Bevölkerung erzwungen. Sie waren Ausdruck des regionalen Widerstandes gegen einen russenfeindlichen Staatsstreich.

Die Putsch-Regierung in Kiew eröffnete mit ihrer Armee einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung im Donbass und scheiterte. Es kam 2015 zum Waffenstillstand und zu einem zweiten Abkommen in Minsk. Es sollte dazu führen, in der Ukraine eine gewisse Selbstverwaltung der Donbass-Bezirke einzuführen. Es wurde von

---

300 Hannes Hofbauer, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=143538> 12.12.2025

301 <https://klartext-info.de/ukrainekrieg-wann-und-warum-begann-er/>

302 <https://klartext-info.de/uebertritt-der-krim-zu-russland-2014-selbstbestimmungsrecht-oder-annexion/>

303 Nikolai Klimentiouk, Putins deutsche Sockenpuppen, FAZ 3.4.2024

Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland ausgehandelt und auch von Vertretern der Aufständischen unterzeichnet.

Wenn das Abkommen umgesetzt worden wäre, hätte Russland keinen Vorwand gefunden, sieben Jahre später am 24.02.2022 die Ukraine als Ganze zu überfallen. Das Minsker Abkommen war völkerrechtlich bindend und wurde von Deutschland, Frankreich und der Kiewer Regierung gebrochen, nicht von Russland.

Völkerrechtlich bindend ist aber auch, dass Nachbarländer nicht mit Gewalt bedroht, angegriffen oder teilweise oder ganz annektiert werden dürfen. Das tat Russland jedoch. Es verstieß damit gegen das Völkerrecht. Die völkerrechtlich geltende territoriale Integrität, die zwischen Staaten herrscht, darf nur verletzt werden, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet wird, wenn also innerhalb eines Staates eine Nationalität eine anderen so massiv unterdrückt, dass eine Trennung erforderlich ist.<sup>304</sup> Die Ukraine hatte auf der Krim und im Donbass das Selbstbestimmungsrecht der ethnischen Russen verletzt. Das rechtfertigt jedoch nicht Russlands militärische Angriffe auf die Ukraine insgesamt und den Plan, alle vier Bezirke des Donbass vollständig zu erobern. Solange das nicht erreicht ist, ist Russland nicht zu einem Waffenstillstand bereit, der absolut notwendig wäre. Das zeigt, dass der Kapitalismus, der in Russland in einem langem Prozess den Sozialismus beseitigt hat, Russland in ein Land des Imperialismus verwandelt hat.

Nur wenn Russland den Donbass und die Krim annektiert hätte, würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zur Geltung kommen. Genau das wird behauptet und stimmt auf jeden Fall für die Krim nicht.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine wird vor allem von den USA, aber auch von Deutschland und der EU dazu genutzt, mit immer schärferen Sanktionen die Verbindungen Russlands zum Weltmarkt zu unterbinden. Das führte zum fast vollständigen Rückzug deutscher Firmen aus Russland. Über 2.700 russische Personen und Or-

---

304 [https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2023/10/klartext\\_2023\\_10\\_ukraine\\_krim.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2023/10/klartext_2023_10_ukraine_krim.pdf)

ganisationen stehen auf den schwarzen Listen Brüssels. *„Sanktioniert zu sein, bedeutete Einreiseverbot und Vermögensentzug in der gesamten EU. Hunderte Oligarchen verloren auf diese Weise den Zugriff auf ihre Unternehmen, Immobilien, Yachten und einer sogar seinen britischen Fußballklub „Chelsea“. EU-Konzerne profitierten davon, konnten sie sich doch mithilfe der Sanktionen lästige Konkurrenz vom Hals schaffen.“ Während die US-Wirtschaft von den Sanktionen fast unberührt blieb, schnitt sich die EU damit tief ins eigene Fleisch. Man könnte sich auch mit der Interpretation anfreunden, dass die von den USA betriebenen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Russland willentlich europäischen Volkswirtschaften Schaden zufügen sollten. Augenfällig ist dies spätestens am 26. September 2022 geworden, als die energetische Nabelschnur zwischen Russland und Deutschland, die Nord-Stream-Pipeline, gesprengt wurde.“*<sup>305</sup>

Die von Washington und Brüssel ab März 2014 verhängten Sanktionen gegen Russland sind in der Geschichte beispiellos. Der immer stärker werdende Wirtschaftskrieg begleitet den mit Waffen geführten Kampf, der sich zuungunsten der Ukraine zu entwickeln scheint. An ein Bündnis Deutschlands und der EU mit Russland ist dank des Staatsstreichs in Kiew, des Überfalls Russlands auf die Ukraine und angesichts der Sanktionen nicht mehr zu denken. Die USA haben aktiv daran mitgewirkt und damit Deutschland erheblich geschwächt. Was nun?

## **6.2.1 Welcher Lohn winkt in der Zukunft?**

Deutschland und die unter seiner Führung stehende EU akzeptieren keine territorialen Zugeständnisse der Ukraine als Preis für einen Friedensschluss. In der EU und der Ukraine gibt es starke Bestrebungen, eine bedingungslose Kapitulation Russlands als Voraussetzung für einen Frieden zu fordern. *„Bereits im Jahr 2022 skizzierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj seinen Friedensplan in zehn Punkten. Darin forderte er etwa den vollständigen Abzug russischer Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet, die Zahlung von Reparationen und die Verurteilung russischer Kriegsverbrecher. ...*

---

305 Hannes Hofbauer, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=143538> 12. 12. 2025

*Auch militärische Sicherheitsgarantien waren Teil der Forderungen. Für den Plan gab es seinerzeit seitens der EU breite Unterstützung und Zuspruch bei mehreren großen internationalen Konferenzen.*<sup>306</sup>

Das kommt einer bedingungslosen Kapitulation gleich, die auch für die FAZ allein einen „gerechten Frieden“ herstellen würde.<sup>307</sup>

Russland kann diese „Friedensbedingungen“ nicht akzeptieren. Also braucht es dazu einen langen Krieg der EU unter Führung Deutschlands. Und einen „Regime Change“ in Russland? Deutschland strebt an, eine nach oben unbegrenzte Summe oberhalb von 500 Mrd. Euro für Aufrüstung auszugeben und weitere 500 Mrd. Euro, um die Infrastruktur auf den Ernstfall vorzubereiten. Ferner sind fünf Prozent vom BIP als Ziel für die jährlichen Rüstungsausgaben das Ziel. „Bedrohungslage geht vor Haushaltlage“ meint Verteidigungsminister Pistorius. Das gesamte Waffenarsenal soll auf den modernsten Stand gebracht, die Bundeswehr die stärkste Armee in Europa werden. So soll Deutschland „kriegstüchtig“ werden.

Zinsen und Tilgung der Sondervermögen genannten Schulden fressen wachsende Teile des Bundeshaushalts auf, aus dem sie letztlich bezahlt werden sollen. Nur mit massiven Kürzungen und Verschlechterungen bei Renten, Krankenversicherung, Löhnen und Arbeitsbedingungen kann diese „Kriegstüchtigkeit“ hergestellt werden.

Warum werden die riesigen Verluste in Kauf genommen, die sich Deutschland und die EU durch die Sanktionen zugefügt haben. Der Stopp der billigen Gaslieferungen hat zu Preissteigerungen geführt, die sich auf mindestens 200 Mrd. Euro belaufen sollen.<sup>308</sup> Die EU plant im Einklang mit den USA jetzt auch den Stopp von Öl- und Gaslieferungen aus Russland ab Ende 2027. Warum haben Deutschland und die EU die Sprengung der Nordstream-Pipelines klaglos hingenommen? Warum wird klaglos hingenommen, dass die Regierung der Ukraine und ihre militärische Führung die Sprengung der Nordstream-Pipeline organisiert haben, wie der Bundesgerichtshof

---

306 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/friedensverhandlungen-friedensplane-fur-die-ukraine--ein-uberblick-14989829.html> vom 25.11.2025

307 Berthold Kohler, Zwischen Pest und Cholera, FAZ 25.11.2025

308 Hofbauer ebda., S. 293

feststellte.<sup>309</sup> Kämpft die Ukraine mit Staatsterrorismus gegen Milliardeninvestitionen Deutschlands und anderer europäischer Staaten für unsere „Freiheit“? Ist es einfach nur Freiheit, LNG-Gas aus den USA statt aus Russland zu kaufen? Akzeptiert Deutschland wirklich eine Rolle als willenloser Vasallenstaat? Welche Vorteile winken in der Zukunft, die Deutschland dazu bewegen, das alles in Kauf zu nehmen? Wofür gilt es Opfer zu bringen? Winkt der erhoffte Lohn vielleicht auch darin, in einem dritten Anlauf mit heutigen Mitteln das riesige reiche Russland unter Kontrolle bekommen zu können? Russland war unter Jelzin und Putin schon einmal bereit, sich dem „Westen“ anzuschließen. Die Oligarchen, die die ökonomische Basis Russlands bilden, haben hunderte von Milliarden im Westen investiert, die eingefroren oder noch aktiv sind. Könnte es sein, dass sich unter ihnen Kräfte finden, die sich von einer Westbindung größere Vorteile versprechen als jetzt, wenn der Krieg immer länger dauert?

### 6.3 Hitle2r-Stalin-Pakt und Ukrainekrieg

Für den Wirtschaftshistoriker Carl-Ludwig Holtfrerich folgt aus dem Krieg Putins gegen die Ukraine: *„Putin ist mit seiner Heim-ins-Russische Reich Politik in die historische Rolle Hitlers geschlüpft.“*<sup>310</sup> *„Am deutlichsten ist dies gegenüber der Ukraine geschehen, mit der Annexion der Krim, der Kontrolle von Teilen der ostukranischen Gebiete Donezk und Luhansk durch prorussische Separatisten seit 2014 ...“* usw. Die Krim militärisch annektiert hat Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Es wollte sie dem Deutschen Reich einverleiben. Dazu brauchte Hitler keine Volksabstimmung, nur die Wehrmacht. Russland hat die Krim nicht mit einer Invasion der Roten Armee gegen den Willen der Bevölkerung annektiert, sondern dank einer Volksabstimmung nach Russland aufgenommen.

Putin habe auch nach Holtfrerich *„alle sicherheitspolitischen Garantien Russlands für die Ukraine beiseite gewischt ... ,“* ebenso wie Hitler sein Versprechen gebrochen habe, die *„territoriale Integrität der Tschechoslowakei ohne das Sudetenland zu achten.“* Verschwiegen

---

309 FAZ 17.1.2026

310 Carl-Ludwig Holtfrerich, Diesmal sind es die USA, die schlafen FAZ 25.11.2025

wird, dass damals **nur** die Sowjetunion die Annexion des Sudetenlandes und der Rest-Tschechei entschieden verurteilt hat. **Nur** die Sowjetunion strebte eine gemeinsame französisch-sowjetische militärische Antwort an. Laut Holtfrerich nahmen Großbritannien und Frankreich „durch ihre Kriegserklärungen an Deutschland nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September („ihre Rolle als Garantemächte“ d. V.) wahr.“ Das ist eine offensichtliche Lüge. Sie nahmen sie **überhaupt nicht** wahr. Sie eröffneten den Krieg nicht und ebneten damit dem Hitlerfaschismus den Weg nach Osten. Es waren die westlichen imperialistischen Mächte, die mit Hitler paktiert haben, nicht Stalin.

Gegenüber Putin als Wiedergänger Hitlers soll der Fehler des Münchener Abkommens nicht wiederholt werden. *„Das mörderische russische Regime hat keinen Anspruch auf fremdes Territorium. Im Gegenteil: Es ist dazu verpflichtet, den Zustand vor seiner Invasion wiederherzustellen und Schäden zu ersetzen. ... Wer die Hand reicht zu einem „Frieden“, der Gewalt belohnt, der wird sich bald im Krieg wiederfinden.“*<sup>311</sup> Die Alternative zum Münchener Abkommen war, wie es die Sowjetunion damals anstrebte, ein militärisches Bündnis mit England und Frankreich gegen Hitler. England und sein Premierminister Chamberlain haben das verhindert.

Das gilt heute als Fehler. Die richtige Lehre aus der Geschichte wäre also eine gemeinsame militärische Antwort der Länder der EU unter Führung Deutschlands gegen den neuen „Hitler“ Putin. Die EU und Deutschland müssten also merkwürdigerweise in die Fußstapfen Stalins treten, wenn sie den Machthaber Putin militärisch besiegen wollen. Die Formel der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des Europarats lautet, dass der Krieg nur mit der Wiederherstellung der durch Russland verletzten „territorialen Integrität“ d.h. der Grenzen der Ukraine enden kann. Der Krieg gegen Russland müsste also so lange weitergeführt werden, bis die Krim und die Oblaste (Bezirke) des Donbass vollständig zurückerobert sind. Russlands Imperialismus gegenüber der Ukraine leistet dieser Absicht Vorschub.

---

311 Reinhard Müller, Wer Gewalt belohnt, FAZ 19.08.2025

### 6.3.1 Trump-Putin- Pakt

Doch wieder grätschen die USA unter Donald Trump dazwischen. Der US-Präsident verlangt mit einem „Friedensplan“ territoriale Zugeständnisse von der Ukraine. Ein solcher Frieden nach Trumps Muster rückt auch näher, weil die russischen Truppen im Donbass immer weiter vorrücken und die Ukraine durch die Angriffe Russlands mit Drohnen und Raketen zermürbt wird.

BILD und die FAZ nennen diesen Plan, territoriale Zugeständnisse zu akzeptieren „Trump-Putin-Pakt“.<sup>312</sup> Mit dieser „Kapitulation“ vor dem Aggressor „*schlüpft Trump (laut Holtfrerich d. V.) in die Rolle von Chamberlain (und Daladier) in München.*“ Putin bleibt auf diese Weise noch in der Rolle des Hitler von heute.

Für Martin Schulze-Wessel schlüpft jedoch Trump in die Rolle von Hitler, da er über den Kopf der Ukraine die Abtretung von ukrainischen Gebieten durchsetzen will wie damals Hitler.<sup>313</sup> Nicht vor einem „Hitler“ kapitulieren, kann nur bedeuten, dass jeder Hitler, sei es Putin oder zuvor Gaddafi, Assad, Saddam Hussein, Milosevic gewaltsam zu stürzen ist. Der Trump-Putin-Pakt ist also ein Hitler-Hitler-Pakt. Den Hitler Trump stürzen zu wollen, plant allerdings niemand.

### 6.3.2 USA verlagern Hauptverantwortung auf EU

Die USA haben 2014 an führender Stelle den Staatsstreich in der Ukraine gefördert. Sie waren die Hauptgeldgeber und Waffenlieferanten in der ersten Zeit des Kriegs. Die USA haben sich die Rückzahlung der Dutzenden Milliarden Kredite vertraglich zusichern lassen, auch in Form von ukrainischen Bodenschätzen. Jetzt wollen sich die USA aus der Finanzierung des Kriegs gegen Russland zurückziehen. Europa und Deutschland sollen die Hauptverantwortung für die Finanzierung Kiews und seine Bewaffnung übernehmen. Ziel der neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA ist „*Europa in die Lage zu versetzen, auf eigenen Füßen zu stehen und als Verbund gleichgesinnter souveräner Nationen zu handeln, einschließlich der Übernah-*

---

312 BILD 22.11.2025

313 Martin Schulze Wessel, Von Hitler gelernt, FAZ 29.11.2025

*me der Hauptverantwortung für seine eigene Verteidigung, ohne von einer gegnerischen Macht dominiert zu werden.*<sup>314</sup> Da die USA nicht durch Russland bedroht sind, soll die EU unter Führung Deutschlands die Verantwortung für die Finanzierung der Ukraine und des Kriegs übernehmen. Donald Trump scheint im Gegensatz zu Biden nicht mehr das Ziel zu verfolgen, Russland zu ruinieren. Die USA halten unter Trump nicht mehr an Präsident Bidens Einschätzung fest, dass Russland eine militärische Bedrohung für Europa darstelle. Er strebt einen geschäftlichen „Deal“ mit Putin an. Dabei geht es um Geschäfte von US-Konzernen in allen Sektoren der Wirtschaft Russlands. Die Sanktionen der USA und der EU haben Deutschland und die EU-Staaten aus Russland verdrängt. Trump will nun die Früchte des Rückzugs für die Milliardäre der USA ernten.

### 6.3.3 Existentielle Bedrohung durch Russland?

Die ungeheuren Anstrengungen, in Windeseile alles auf Kriegstüchtigkeit umzustellen und die Bevölkerung Deutschlands dafür bluten zu lassen, werden mit der existenzielle Bedrohung. Deutschlands und Europas durch Russland gerechtfertigt.

Wie die Berliner Zeitung berichtet, enthüllte das WallStreetJournal (WSJ) am 26.11.2025, dass zwölf deutsche Offiziere insgeheim an einem Operationsplan Deutschlands für die Kriegsfall mit Russland arbeiten.<sup>315</sup> *„Im Hintergrund steht eine Bedrohungslage, die auch im WSJ-Bericht klar benannt wird: Deutsche Planer gehen davon aus, dass Russland spätestens Ende dieses Jahrzehnts in der Lage sein könnte, die NATO direkt anzugreifen. Politiker und Militärs nennen immer wieder das Jahr 2029 als Referenz.“* Die übliche Formel ist, dass die Ukraine die Freiheit ganz Europas verteidige, d.h. Russland diese bedrohe. Die Militärausgaben der NATO betragen 2024 das zehnfache der russischen 149 Mrd. Euro, das Kriegspotential der NATO ohne die USA das dreifache. Trotzdem soll es bei der milliardenschweren Unterstützung der Ukraine um „*Sein oder Nichtsein*“,

---

314 FAZ 9.12.2025

315 Alexander Schmalz, OPLAN DEU: Das ist Deutschlands geheimer Kriegsplan gegen Russland Berliner Zeitung 27.11.2025

gehen.<sup>316</sup> Ist Russland bereit zum Selbstmord oder hat Kriegspropaganda Vorrang, um die Bedrohung Russlands durch die Aufrüstung von NATO-Staaten zu vertuschen? Auf jeden Fall bedroht Russland mit imperialistischen Zielen die Ukraine und leistet damit den Absichten der Westmächte Hilfsdienste.

### 6.3.4 Putin verteidigt den Hitler-Stalin-Pakt

Putin strebt nach Ansicht von Berthold Kohler, einem der vier Herausgeber der FAZ, die „Wiedererrichtung des russischen Imperiums“ an.<sup>317</sup> Laut Kohler „bereitet (der 28-Punkte Plans Trumps und Putins d. V.) schon den Boden für den nächsten Angriff, auf die Restukraine und vielleicht andere Länder. Auch das Münchener Abkommen lässt grüßen.“<sup>318</sup> Das EU-Parlament hat 2019 behauptet, die Sowjetunion unter Stalin habe genau wie Hitler das Ziel der Welteroberung verfolgt. Die FAZ hat das 2025 präzisiert. „Nicht die ganze Welt, aber ganz Europa dachte Stalin mit seiner Wendung zu gewinnen: Wenn sich Deutschland im Osten ungefährdet glaubte und Krieg gegen Frankreich und England führte, lägen am Schluss alle drei erschöpft am Boden, und er stünde am Atlantik. Dazu rechnete Stalin mit rascher Ausdehnung seiner Herrschaft in Osteuropa.“<sup>319</sup>

Wenn schon damals eine existentielle Bedrohung Europas von Seiten der Sowjetunion bestanden haben soll, bestätigt das die angebliche Bedrohung, die von Russland heute ausgeht. Denn Russland verteidigt den „Hitler-Stalin-Pakt“. Putin bezeichnet den „Hitler-Stalin-Pakt“ als defensiv und die Sowjetunion als „wichtigsten Gegenspieler des aggressiven Nazi-Deutschlands“, nicht als Verbündeten des Faschismus. Putin rechnet entgegen der EU-Resolution von 2019 der UdSSR keine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg zu.<sup>320</sup> Alexey Tirimirov zieht daraus in der FAZ den Schluss: „Putin ist der Stalin von heute,

---

316 Berthold Kohler, Mit Hängen und Würgen, FAZ 20.12.2025

317 Berthold Kohler, Putins große Lüge, FAZ 1.2.2023

318 Berthold Kohler, Versailles und München lassen grüßen, FAZ 21.11.2025

319 Reißmüller, Der Pakt, FAZ 22.08.2025

320 <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/putin-aufsatz-zweiter-weltkrieg-thesen-102.html> 26. Juni 2020

sein Lehrling, ... <sup>321</sup> Warum? Weil mit Putin „*der Stalinismus rehabilitiert und das imperiale Narrativ wieder hergestellt wird ...*.“ Wie ausführlich nachgewiesen, war die sozialistische UdSSR nicht imperialistisch (vgl. 4 ff.) Das heutige kapitalistisch-imperialistische Russland akzeptiert die Souveränität der Ukraine und das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes nicht. Es stellt sich zu Unrecht in die Tradition des Vaterländischen Kriegs, der ein Krieg zur Selbstverteidigung gegen Hitlerdeutschland war. Die Verteidigung des Hitler-Stalin-Pakts durch Putin dient der EU als Beleg dafür, dass Russland heute ebenfalls die Eroberung von Nachbarländern und mehr plant. Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Christian Freuding, weiß, worum es geht. „*Es geht darum, durch Kriegsführung-Können und Krieg gewinnen-Wollen Krieg zu verhindern. Es ist unsere Freiheit, die wir zu bewahren und zu verteidigen haben. Es gibt keine größere Aufgabe. Alles dafür einzusetzen, das ist Freiheit.*“<sup>322</sup> Putin als angeblicher Nachfolger Stalins würde, wenn die „Festung Ukraine“ fällt, Polen überfallen wie schon 1939. „*Dann müssen die Europäer entscheiden, ob auch sie die Ukraine aufgeben – oder sie endlich so entschlossen unterstützen, dass sie weiterhin das erste Verteidigungsbollwerk Europas gegen den russischen Imperialismus bleiben kann. Fällt die Festung Ukraine, dann ist, wie es das Sprichwort sagt, Polen offen.*“<sup>323</sup>

### 6.3.5 Vertuschung der Annexionen Deutschlands

Nach Auffassung des EU-Parlaments und der Regierungsparteien der EU sollen Annexionen von Nachbarländern ein Wesensmerkmal der Sowjetunion gewesen sein. Die Rückübertragung der von Polen nach dem Ersten Weltkrieg annektierten Gebiete wird als Annexion polnischen Territoriums umgefälscht. Der Krieg gegen Finnland soll der Annexion finnischen Territoriums gedient haben. Der Beitritt der baltischen Staaten zur Sowjetunion wird ebenfalls als sowjetische Annexion hingestellt. Die Rückübertragung des von Rumänien nach

---

321 Alexey Tikomirov, Tyrann allgegenwärtig, FAZ 27. Mai 2025

322 „Wir sind bereit für den Fight tonight“, FAZ 20. November 2025

323 Berthold Kohler, Fällt die Ukraine, dann ist Polen offen, FAZ 21.11.2025

dem ersten Weltkrieg annektierten russischen Bessarabiens wird als Annexion rumänischen Territoriums verurteilt.

Die Verletzung der territorialen Integrität Russlands dagegen durch nationalistische großpolnische Ansprüche auf ukrainisches, bjelorusisches und litauisches Territorium wird begrüßt, die großfinnischen Ansprüche auf russisches Territorium in Karelien und Leningrad werden vertuscht, die großrumänischen Ansprüche auf sowjetisches Territoriums ebenso. Die Germanisierungspläne Deutschlands sahen sogar die Annexion ganz Polens, der Krim und der baltischen Staaten vor. Auch sie werden vertuscht.

Hitlerdeutschland plante die Zerlegung der Sowjetunion in ihre nationalen Einzelteile. Es hatte nie die Absicht, irgendeine „territoriale Integrität“ der Sowjetunion anzuerkennen. Es plante die physische Liquidierung möglichst vieler „slawischer Untermenschen“. All das muss vertuscht werden, um als den wahren imperialistischen Aggressor die damalige sozialistische Sowjetunion und ihren kapitalistischen Nachfolgestaat hinzustellen, die „Russische Föderation“, die sich nicht vom Vaterländischen Krieg unter Stalin distanziert. Weil die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und schon damals ihre Nachbarländer und Deutschland bedroht habe, ist es für die EU *„von entscheidender Bedeutung ... für die Stärkung der Widerstandskraft gegen die aktuellen Bedrohungen von außen, dass der Opfer totalitärer und autoritärer Regime gedacht wird.“* Geschichtsfälschungen helfen, einen langjährigen Krieg zur Ruinierung Russlands zu begründen. Helfen soll auch, dass der Hauptimperialist USA zusammen mit dem wegen „Staatsräson“ nicht zu behelenden Israel das Völkerrecht nach Jahrzehnten nun unverhohlen in die Tonne treten, dass auch Kanzler Merz sich traut, dem zu folgen und sich vom Völkerrecht zu verabschieden: Er befürwortet offen extralegale Tötungen und militärische Gewalt ohne UN-Mandat.<sup>324</sup>

Der deutsche Imperialismus meldet sich wieder laut zu Wort – und zwar immer aggressiver.

---

324 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kanzler-statement-nahe-osten-2409172> vom 2. März 2026

## 7 Literatur

- Altrichter, Helmut (Hg.), Die Sowjetunion Band 1: Staat und Partei, München 1986
- Aly, Götz, Hitlers Volksstaat: Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt 2005
- Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt 1999
- Broszat, Martin, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972
- Churchill, Winston S., Der Zweite Weltkrieg, Bern, München, Wien 1948/1985
- Churchill, Winston S., Der Zweite Weltkrieg Memoiren 3. Band Die große Allianz, Frankfurt, Berlin, Wien 1985
- Das Urteil von Nürnberg, Der vollständige Text, München 1946
- Davies, Joseph E. Als USA-Botschafter in Moskau, Authentische und vertrauliche Berichte über die Sowjetunion bis Oktober 1941
- Dobb, Maurice, Soviet Economic Development since 1917, London 1949
- Eichholz, Dietrich „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker, Utopie kreativ Heft 167 (September 2004)
- Elkins, Caroline Legacy and Violence, A History of the British Empire, London 2022
- Entschließung des EU-Parlaments vom 19. September 2019 RC/118056DE.-docx
- Feest, David, Das Baltikum vom Herbst 1939 bis 22. Juni 1941 in: Das Baltikum – Geschichte einer europäischen Region Bd. 3 Herausgegeben von Karsten Brüggemann, Ralph Tuchtenhagen und Anja Wilhelmi, Die Staaten Estland, Lettland und Litauen, Hiersemann Verlag 2020, 251-266, gefördert von der Bundesregierung und der Volkswagenstiftung.
- Fest, Joachim C., Hitler Eine Biographie, Frankfurt 1987
- Fischer Fritz, Juli 2014: Wir sind nicht hineingeschlittert, Das Staatsgeheimnis und die Riezler-Tagebücher, Reinbek 1983
- Förster G./Helmert H./Schnitter H., Der Zweite Weltkrieg. Militärischer Verlauf und Chronik, Leipzig 1962
- Furr, Grover, Chruschtschows Lügen. Berlin 2014

- Heer, Hannes, „Hitler war’s“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2008
- Heiber, Helmut, Der Generalplan Ost, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1958 Heft 4
- Hitler, Adolf, Mein Kampf, Zwei Bände in einem Band, München 1933
- Hörster-Philipps, Ulrike, Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945 Dokumente, Köln 1978
- Hürter, Johannes, Krieg ist Krieg, in Jahn, Wieler, Ziemer 2018,
- Informationsbüro des Ministerrats der UdSSR, Geschichtsfälscher, Berlin 1948
- Jahn, Peter, Wieler Florian, Ziemer Daniel (Hrsg.) , Der Deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945, Ereignisse und Erinnerung, Berlin 2018
- Kirsch, Hans-Christian (Hg.) Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten, München 1973
- Kissinger, Henry, Weltordnung, München 2014
- Klartext-Blog, Hitler – ein „Sozialist und „Kommunist“ ?, Zu den Interessen, historische Fakten auf den Kopf zu stellen, Frankfurt 2025
- Klein, Naomi, Die Schockstrategie, Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus, Frankfurt 2009
- Kuczynski, Jürgen, Die Bewegung der Deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, Berlin-Leipzig 1946
- Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich, Berlin 1955
- Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975
- Lenger, Friedrich , Der Preis der Welt Eine Globalgeschichte des Kapitalismus, München 2023
- Martens, Ludo, Stalin anders betrachtet, Frankfurt 2020
- Metzmacher, Helmut, Deutsch-Englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1966, Heft 4
- Michalka, Wolfgang (Hg.), Deutsche Geschichte 1933-1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt 1999

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR , Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges Bd. 1 November 1937-1938, Moskau 1948

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR , Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges Bd. 2 Das Archiv Dirksens 1938-1939, Moskau 1948

Münkler, Herfried, Kriegssplitter, Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert, Reinbek 2016

Murphy, J.T., Stalin, Eine Biographie mit einem Vorwort von Sir Stafford Cripps, Büchergilde Gutenberg Zürich 1945

Niedhart, Gottfried, Großbritannien und die Sowjetunion, München 1972

Niedhart, Gottfried, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert München 1996

Norden, Albert, Das spanische Drama, Berlin 1961

OMGUS Office of Military Government for Germany, United States, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen 1985

OMGUS Ermittlungen gegen die I.G. Farben, Nördlingen 1986

Opitz, Reinhard, Europastrategien des deutschen Kapitals, Bonn 1994

Pauwels, Jacques R., Big Business and Hitler, Toronto 2017

Plumpe, Werner, Das kalte Herz, Berlin 2009

Potjomkin, W.P., Geschichte der Diplomatie Dritter Band, Teil 1, Die Diplomatie in der Periode der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs, Berlin 1948

Potjomkin, W.P., Geschichte der Diplomatie Dritter Band, Teil 2, Die Diplomatie in der Periode der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs, Berlin 1948

Rau, Peter, Der Spanienkrieg 1936-1939, Köln 2012

Rauschnig, Hermann, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940/Wien 1973

Rühl, Lothar, Russlands Weg zur Weltmacht, Düsseldorf/Wien 1981

Rürup, Reinhard Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991

Sasuly, Richard. IG Farben, Berlin 1952

Sayers, Michael, Kahn, Albert E., Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzlisten gegen die Sowjetunion 1926-1936 Nachdruck von Sayers, Kahn, Die große Verschwörung, Volk und Welt 1949

Schnabel, Reimund, Macht ohne Moral, eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957

Schröder, Hans Christoph, Die Geschichte Englands. Ein Überblick in: Kastendiek Hans, Rohe, Karl, Volle Angelika (Hg.) Frankfurt 1999

SS im Einsatz, Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1958

Stalin, Josef, Über den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946

Steinbacher, Sybille, Hitler Geschichte eines Diktators, München 2025

Sternberg, Fritz, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg 1952

Topographie des Terrors, Eine Dokumentation, Berlin 2010

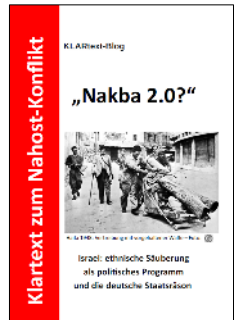
Woller, Hans, Churchill und Mussolini, Offene Konfrontation und geheime Kooperation? Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 49 (2001) Heft 4

Zentner, Kurt, Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges, München 1963/1975

## Werbung:

Wer die Gaza-Kriege – insbesondere den seit dem 7. Oktober 2023 – verstehen will, muss sich mit den geschichtlichen Ursachen von Kolonisation, Landraub, Enteignung, Vertreibung und Besatzung in Palästina/Israel befassen. Die Broschüre ist vor allem für diejenigen geeignet, die darüber noch wenig oder nichts wissen.

- als pdf herunterladen:  
<https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/01/nakba2.0-A4.pdf>
- englisch:  
[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/04/nakba2.0-A4-240213\\_en.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/04/nakba2.0-A4-240213_en.pdf)



Die Bilder aus dem Gazastreifen sind schwer zu ertragen. Trotz internationalen Protests führt Israel seinen Vernichtungs- und Vertreibungskrieg gegen die palästinensische Bevölkerung aufs Brutalste fort. Aber eine grundsätzliche Kritik am Vorgehen der israelischen Kriegspartei wird in Deutschland mit Verweis auf eine „Staatsräson“ nicht geduldet. Eine erläuternde Kritik dazu hat Tobias Weißert als Flugschrift vorgelegt, herausgegeben vom Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne.

- als pdf herunterladen:  
<https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/10/brosch-Staatsraison-WeissertA4.pdf>



„Nationalsozialisten, wie das Wort schon sagt, waren Sozialisten«, sagte Alice Weidel am 9. Januar 2025 in ihrem Online-Gespräch mit dem Multimilliardär und AfD-Unterstützer Elon Musk auf dessen Plattform X. Das ist eine unglaubliche Geschichtsfälschung. Steht Weidel damit alleine? Was bedeuten Kommunismus und Sozialismus nach der „marxistischen Weltanschauung“?

- als pdf herunterladen:  
[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2025/03/Weidel\\_Hitler-Kommunist-A4.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2025/03/Weidel_Hitler-Kommunist-A4.pdf)



- Die Print-Versionen der Broschüren (A5) sind nur noch als Restbestände vorhanden, die wir auf Spendenbasis abgeben. Zur Orientierung: Die Druckkosten betragen rund 3 Euro pro Stück - zu bestellen über [info@klartext-info.de](mailto:info@klartext-info.de)

## **SPRUCH**

Ich bin der Sieg  
mein Vater war der Krieg  
der Friede ist mein lieber Sohn  
der gleicht meinem Vater schon

Erich Fried  
1945/46